DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

115 | 11. JAHRGANG April '94 | 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

INTERN

-Wer nichts wird, wird Wirt-, spottet der Volksmund und wer nichts weiß, macht ne Umfrage. Mag ja für Parteistrategen im sog. Superwahljahr gelten – aber für die CONTRASTE? Nun ja: Wir haben eine LeserInnenbefragung gemacht und uns davon differenziertere Aussagen und Meinungen zu unserer Zeitung erhofft. Überzeugt Euch selbst auf Seite 2.

MAILBOXEN

Daß sich Neonazis in Mailboxen und anderen, bisher vermeintlich ausschließlich linken Informationsstrukturen tummeln, ist vermutlich kaum noch eine Schocknachricht. Doch wie, mit welch deutlichen Worten sie argumentieren und mit welcher Schlamperei und Untätigkeit die Behörden von nichts zu wissen vorgeben, ist schon einigermassen überraschend. Zur legalen Fassade vor den ausgeheckten Verschwörerplänen und vom scheinbar machtlosen Staat: ein Bericht aus der Mailbox auf Seite 11.

ZAPATISTAS

Kaum bricht in einem, bisher in den westlichen Medien nicht existierenden Landstrich ein bewaffneter Aufstand los, wollen alle darüber berichten. Doch der Konflikt ist alt und hat vor 500 Jahren begonnen. Auf Grund von Gesprächsnotizen mit zwei VertreterInnen des Koordinationskomitees von Basisgruppen in Chiapas erläutern wir das Streben nach demokratischen und menschlichen Grundwerten und nach Selbstbestimmung der Lacandonas auf Seite 4.

NICARAGUA-SERIE, TEIL 6

Nach mehreren Beiträgen zum Aufbau der ArbeiterInnen-eigenen Betriebe folgt nun eine Einschätzung der politischen Situation der FSLN, die sich in einer inneren Zerreißprobe befindet. Vor dem Hintergrund von nationalem Dialog, Sozialdemontage und der wirtschaftlichen Krise werden im Vorfeld des außerordentlichen Parteikongreß zwei programmatische Strömungen diskutiert. Eine -demokratische Linke-, die revolutionär sein will und auf kollektive Eigentumsstrukturen zielt, oder ein mehrheitsfähiger Sandinismus ohne -Caudillismo- und bewaffneten Kampf stehen zur Diskussion und werden erläutert auf Seite 5.

SOZIOKULTURELLE ZENTREN

Den Mißstand, daß es kaum aktuelle, gesamtdeutsche Zahlen zu den soziokulturellen Zentren gibt, hat nun deren Bundesvereinigung teilweise behoben. Eine neue Untersuchung hat dank eines sehr guten Rücklaufs die differenzierte Nachfrage nach nichtkommerziellen Zentren, die einen erweiterten Kulturbegriff zu Grunde gelegt haben, belegt. Hochgerechnete 14 Millionen BesucherInnen und aktive BenutzerInnen wollen keine weiteren Einsparungen mehr, da – wie die Untersuchung belegt – die Quote der eigenerwirtschafteten Gelder eh schon deutlich höher liegt als bei konventionellen Kultureinrichtungen. Untersuchung und Einschätzung auf Seite 12.

GENOSSENSCHAFTEN

Die Nachfolgebetriebe der ehemaligen LPG's sollen sich wirtschaftlich nicht stabilisieren. Zumindest politisch wird alles dafür getan. Mit den Altschulden aus der DDR-Zeit werden viele in den Ruin getrieben.
Die Wahlkampfzeit ist angebrochen: Zu einer Diskussion über die Rahmenbedingungen von Genossenschaften in der Wirtschaftsordung trafen sich SPD-Bundestagsfraktion und VertreterInnen der Genossenschaften. Im Falle eines Wahlerfolges sagten Vetreter der SPD-Fraktion zu, sich für die Belange der Genossenschaften einzusetzen. Seite 13.

PROJEKTE-NETZWERKE INTERNATIONAL

Lobbyarbeit in Europa

Die kommende Europäische Union (mit den EWR-Beitrittsländern Österreich, Norwegen, Schweden und Finnland) wird ab 1995 in ihren 16 Mitgliedsstaaten fast 40 % des gesamten Welthandels abwickeln. Dabei umfaßt die EU mit dem neuen Beitrittsgebiet insgesamt weniger als 380 Mio. EinwohnerInnen – noch nicht einmal 10 % der Weltbevölkerung. Unter ihnen jedoch auch alternative Projekte, die mit der europäischen Entwicklung zunehmend anfingen, sich international zu vernetzen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Da ist ein gigantisches und mächtiges Wirtschafts- und Interessengebiet in Entstehung. Die wenigen alternativen Ansätze, Initiativen, Projekte und Betriebe in diesem gewaltigen Mainstream haben Mühe, sich zu behaupten. CONTRASTE berichtet nicht das erste Mal und sicher auch nicht das letzte Mal von Ansätzen, sich international zu vernetzen.

Solche Bemühungen werden auch an der Projektebasis verfolgt. Ob Wuseltronic aus Berlin mit Ecotecnica aus Barcelona kooperiert, Frauenprojekte eine internationale Zusammenarbeit im Textilbereich vorbereiten oder das Nica-Büro aus Wuppertal Handelsbeziehungen mit dem ATP-Sektor in Nicaragua intensiviert – hier werden praktische Grundlagen gelegt, die neue Perspektiven anderer Wirtschaftsbeziehungen eröffnen.

Mehr als Krümel am Tisch der EU-Gewaltigen

Längst hat sich auch in Projektekreisen herumgesprochen, daß die *möglicherweise nutzbar zu machenden EU-Finanzquellen weitaus mehr sind als nur Krümel* am Tisch der Mächtigen. Für den Zeitraum 1994 bis 1999 stellen die Strukturfonds 27 Mrd. DM für den projektrelevanten Bereich der -Gemeinschaftsinitiativen- bereit. Das sind Mittel, die zusätzlich zum Gemeinschaftlichen Förderkonzept EU/Bundesregierung/Länder und Gemeinden von der Kommission ausgelobt sind.

Und allein über 20 % dieser Gelder betreffen Sektoren klassischer Projektearbeit im Sozialbereich, die sie in den beiden Programmen ADAPT (Anpassung an den industriellen Wandel durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen) und HUMANRESSOURCEN (Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt (NOW), Bekämpfung des Ausschlusses aus dem Arbeitsmarkt (Horizon) und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von unter 20-Jährigen (Youthstart)) bedenken sollen.

Bereits in der Vergangenheit waren transnationale Konsortien in- und ausländischer Projektegemeinschaften NutznießerInnen solcher Maßnahmen. Die Erfahrung zeigte, welchen Stellenwert internationale Vernetzung zur Kontaktvermittlung sowie Organisation und Lobbyarbeit für solche Kooperationen hat. Bereits zu Beginn der 90'er Jahre entstand unter Mitwirkung von CONTRASTE das Euro-Netzwerk REEAS (Europäisches Netzwerk der Alternativ- und Solidarwirtschaft), welches die Eröffnung eines Lobbybüros in Brüssel anstrebt. Dieses – vor allem in Frankreich und Südwesteuropa unterstützte internationale Projekt, mit Mitgliedschaften aber auch z.B. aus Moskau oder Tokyo – war in seinen inhaltlichen Ansätzen auch den Zusammenhängen hierzulande sehr sympathisch.

Vernetzt die Euro-Netze

Die sind zwar schon seit eh und je auf der Europaebene vertreten im Verband der neuen Genossenschaften (CECOP), erwägen jedoch mittlerweilen (zumindest in Form des Netz-Bundesverbandes nach Konsultation mit REEAS-VertreterInnen) *neben der genossenschaftlichen auch eine alternativ-ökonomische Euroschiene einzugehen*. Überhaupt bestehen neben den bislang aufgezählten internationalen Kooperationen eine Vielzahl weiterer fach- und themenorientierter Ansätze. Dargestellt werden in diesem CONTRASTE-Schwerpunkt z.B. die klar formulierten Vorhaben eines Europäischen Netzwerks mit dem Themenschwerpunkt Lokale Ökonomie. Daß die Vielzahl der so gebildeten Lobbyverbände aber auch zu einer gewissen Unübersichtlichkeit führen kann, mußte unsere Autorin beim Besuch des Frauen-Netzwerks OWEN erleben (s. S.8).

-Es liegt da ein Projekt auf dem Tisch, ein gemeinsames europäisches Informationsorgan zu schaffen.- sagte Rainer Schlüter (Generalsekretär des Genossenschaftsverbandes CECOP im Interview mit der -Wechselwirkung- schon vom 14. Juni 1993). Damals meinte er gemeinsame Ausgangspunkte mit dem alternativen Euro-Netz REEAS. Befragt nach den Unterschieden zwischen -denen und der CECOP- räumte er ein, daß im Rahmen seines Verbandes den Themen weniger Bedeutung beigemessen werde, die wohl eher bei den Alternativen diskutiert wurden, wie Umweltbewußtsein oder Formen der Selbstverwaltung sowie innovative Modelle für Gleichheitszahlungen.

ARIES – das künftige Euro-Info-Netz

Trotzdem wurde auch von REEAS-Seite eine gemeinsame Informationsvernetzung mit CECOP und anderen verfolgt: Heute hat das Kind bereits einen Namen. ARIES soll das Infosystem heißen, wo Euro-News aktuell auf Mailbox abrufbar sind, ein Programm der Generaldirektion XXIII (für Sozialwirtschaft).

Dennoch liegt das Projekt, ein gemeinsames europäisches Informationsorgan zu schaffen, nach wie vor -auf dem Tisch-, ohne wirklich vorangekommen zu sein. ARIES ist nämlich noch so gut wie leer – d.h. ohne projektrelevante Information, zumal auf deutsch.

Technisch machbar wäre es eigentlich ja schon längst: -wir- (d.h. in dem Fall eine Koalition entsprechender Projekte aus dem Bereich gerechter Welthandel) betreiben etwa in einer Kooperation mit der alternativen REEAS-Gruppe SEIKATSU in Japan und in Koordination mit uns gewogenen Fachleuten der GTZ ein gemeinsames Unterstützungsprojekt mit uns bekannten Adressen in Ländern z.B. des Trikonts. Oder -wir- (in diesem Fall eine NutzerInnengruppe von Projekten aus dem technischen Umweltschutz) koordinieren fachliche und förderökonomische Kooperationen mit internationalen PartnerInnen. Oder -wir- (hier ein Lobbyverbund ostdeutscher Initiativen für alternative Bildung und Beschäftigung) können genau abfragen, wo europäische Ausschreibungen und Programme ausgelobt sind, welche europäischen Stiftungen zur Verfügung stehen und wie solche Gelder abgerufen werden können.
Allein, die Voraussetzungen der Nutzbarmachung des Informationssystems Mailbox allgemein und von ARIES im besonderen sind noch nicht befriedigend gelöst. Die deutschsprachigen ARIES-Netze VDP (Verband Deutscher Produktivgenossenschaften) im Osten und Netz-Bundesverband im Westen verhandeln derzeit (auch unter Mitwirkung von CONTRASTE), wie eine gemeinsame NutzerInneninfrastruktur durch technische Ausrüstung, Bildung und partizipativer Vernetzung hergestellt werden kann. ●

Unser Schwerpunktthema auf den Seiten 6 bis 10.

P 8008 E

REAKTION ZUM LETZTEN SCHWERPUNKT-THEMA

Reflektierter Ausstieg als kollektiver Prozeß

Inhaltliche Reaktionen zu den veröffentlichten Texten freuen uns CONTRASTE-AutorInnen so gut wie immer. So auch die Antwort zum letzten Schwerpunkt-Thema zu »Kündigung alternativ«. Wenn sie sich dann auch noch zum eigenständigen Beitrag mausert, der inhaltlich vertieft und persönliche Erfahrungen wiedergibt, veröffentlichen wir den natürlich gerne auch an prominenter Stelle.

Von Wolfgang Nötzold ● Euren Schwerpunkt -Kündigung alternativ- im März habe ich mit großem Interesse gelesen, ja auch mit -Betroffenheit-, wie man so sagt. Bin ich doch selbst im Sommer 1991 nach sieben Jahren Zugehörigkeit aus dem Kollektiv des Energie- und Umweltzentrums am Deister ausgestiegen.

Viele der von Euch angesprochenen Probleme und Themen kann ich nur bestätigen und gut nachvollziehen. Das Umgehen der meisten Kollektive mit Trennungsprozessen ist äußerst unklar, hochgradig irrational geprägt und selten (für beide Seiten) befriedigend. Daß meine eigene Trennung vom Energie- und Umweltzentrum zum Glück gut und -erfolgreich- war, ist auch im EUZ eher die Ausnahme – in meinen sieben Jahren dort habe ich viele mißlungene, quälende, sehr schmerzhafte Weggänge erlebt, deren Wunden z.T. bis heute noch nicht vernarbt sind.

Daß mein Ausstieg damals ein reflektierter und im Kollektiv bearbeiteter Prozeß mit -gutem- Ausgang war, verdankten wir (neben persönlichen Aspekten und ein bißchen Glück) sicher zwei Dingen: nämlich (1.) Supervision und (2.) Organisationsentwicklung. Der Peter Streiff spricht beides in seinem Aufsatz kurz an, sagt auch zu recht, daß beide keine Schnell-Lösungs-Mittel für akute Krisen sind. Andererseits steckt aber viel mehr dahinter, was sich viele Kollektive und Betriebe nutzbar machen könnten, und deshalb möchte ich dazu einiges schreiben.

SUPERVISION

Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir Ende 88/Anfang 89 im Energie- und Umweltzentrum mit Supervision angefangen.

Allgemein definiert, hat Supervision zum Inhalt die Bearbeitung von mit der Berufstätigkeit zusammenhängenden, emotionalen, Beziehungs- und Rollen-Problemen. Die methodischen Ansätze sind dabei wohl fast so vielfältig wie es Personen gibt, die als SupervisorInnen arbeiten. Ein Großteil der Leute mit einer -anerkannten- Supervisionsausbildung ist übrigens in der -Deutschen Gesellschaft für Supervision- zusammengeschlossen; darüberhinaus gibt es viele Leute, die auf dem Hintergrund einer Therapieausbildung als SupervisorInnen arbeiten (wie ich z.B. auch).

Supervision gibt es vor allem in psycho-sozialen Arbeitsfeldern: für SozialpädagogInnen, im Suchtbereich, in Psychotherapie etc. pp. Meistens geht es dabei um -Fälle-, d.h. um die Bearbeitung von Schwierigkeiten, Konflikten, Unzulänglichkeiten, die der/die Einzelne erlebt im Umgang mit PatientInnen, KlientInnen usw., aber auch mit eigenen Institutionen bzw. mit KollegInnen. Das kann die Form der Einzel-Supervision haben, aber auch in Gruppen geschehen (so habe ich z.B. schon mal mit einer Gruppe von LehrerInnen aus verschiedenen Schulen gearbeitet). Es kann auch eine Gruppe sein, die zusammenarbeitet und die den Wunsch hat, nicht nur die Arbeit der Einzelnen zu -supervidieren-, sondern auch Aspekte des Miteinander-Arbeitens im Team oder im Kollegium. Das führt dann oft zu Mischformen zwischen Fall-Supervision und Team-Supervision.

Und sie kann vorrangig (oder ausschließlich) zum Ziel haben, Probleme des Miteinander zu bearbeiten, wobei es zwangsläufig auch oft um institutionelle und organisatorische Dimensionen geht.

Fortsetzung auf Seite 3

INTERN:

Die linke Spalte

Politische BeobachterInnen versteigen sich schon mal zur Behauptung, hierzulande werde nicht regiert, sondern nur auf Meinungsumfragen reagiert. Nun: Bei CONTRASTE gibt's nichts zu regieren, aber in mancher Hinsicht jede Menge zu gestalten (was ja auch für ne Regierung schon mal nicht schlecht wäre!). Wie regelmäßige LeserInnen wissen, diskutieren die aktiven Redaktionsmitglieder seit einiger Zeit auch die konzeptionelle Umgestaltung von CONTRASTE. Dafür stellt nun die ausgewertete LeserInnenbefragung wichtige Informationen zur Verfügung. (vgl. nebenan)

Auch wenn sie nicht professionell ausgearbeitet und wissenschaftlich begleitet war, bieten uns die Vielzahl an Kommentaren und persönlichen Randnotizen zusätzliche Hinweise und Wünsche. Einige LeserInnen bemängeln z.B. die »Beliebigkeit« der Themenauswahl oder wie's ein Leser ausdrückte: unsere »unklaren, inhaltlichen Standpunkte«. Zugegeben: Die sind oft nur sehr schwer auszumachen, was allerdings mit unserem Selbstverständnis zusammenhängt: »Wir legen Wert auf Vielfalt und Offenheit. CONTRASTE hat Forumscharakter und wir veröffentlichen nicht nur unsere eigenen Artikel, sondern wünschen uns Beiträge von Euch. CONTRASTE bietet als Infopool regelmäßige Informationen über selbstverwaltete Betriebe und Projekte, Veranstaltungen und Seminare im Selbstverwaltungs-Bereich.«

Mit dem, daß auch die LeserInnen mehrheitlich Themen aus und über Betriebe und Projekte sowie den Veranstaltungs-Service zu diesem Bereich wünschen, fühlen wir uns in unserer Prioritätensetzung bestätigt. Möglich, daß die auf den Seiten der CONTRASTE deutlicher zur Geltung kommen könnte. Die Frage, ob CONTRASTE Forumscharakter haben soll oder nicht, war so nicht gestellt in der Befragung, wurde aber in anderer Form – wie oben erwähnt – trotzdem beantwortet, positiv wie negativ. Die Diskussionen an unseren Redaktionstreffen zeigen dazu auch kein einheitliches Bild.

Wer entscheidet, welcher Beitrag jetzt reinkommt und welcher nicht? Wie in vielen Projekten sind es diejenigen Leute, die aktiv sind, sprich: oft die wenigen, die gerade über den Texten der aktuellen Nummer sitzen. Durch die dabei immer wieder wechselnde Zusammensetzung der Redaktionsmitglieder kommt besagte Vielfalt zustande, doch es bleibt die Frage, ob wir damit z.B. voll am Trend in Richtung Fachpublikation und weg von den allgemeingesellschaftlichen Zeitungen vorbeiproduzieren.

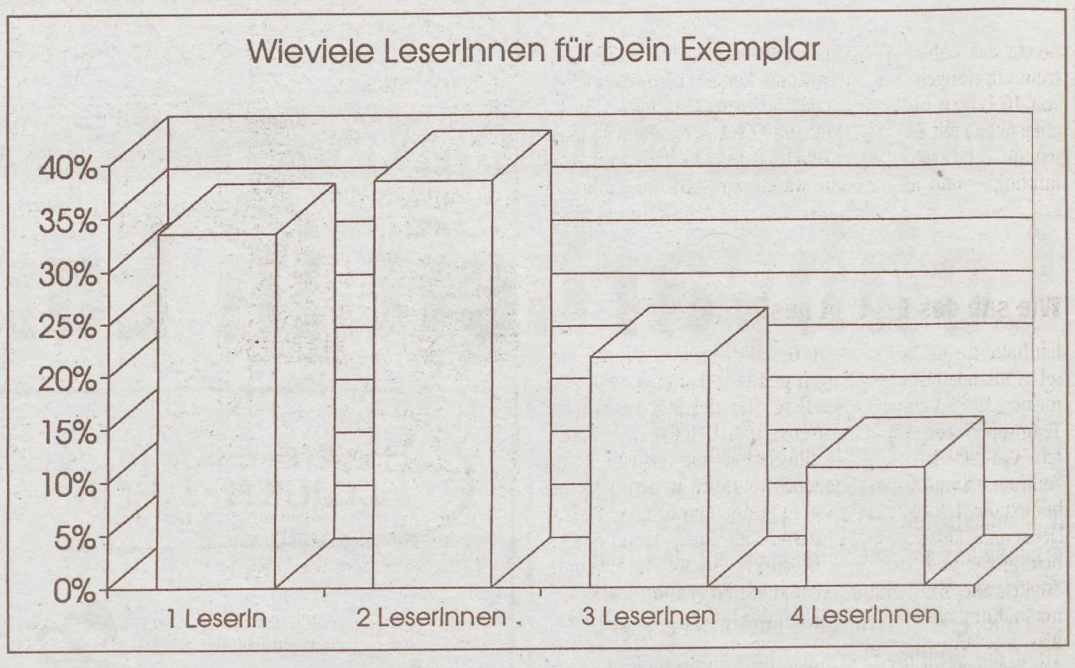
Anders ausgedrückt: Wer auf Grund meiner Einleitung nun klare inhaltliche Standpunkte erwartet hat, sieht sich (vielleicht einmal mehr?) getäuscht. Nur soviel wissen wir: Ein Klärung tut Not, wir arbeiten daran und wollen – auch: müssen – bis zum Sommer eine gemeinsame Basis gefunden haben, um die geplante Neugestaltung der CONTRASTE angehen zu können. Die Freude und den Optimismus, das zu schaffen, habe ich immer noch! ●

Peter Streiff

CONTRASTE – BEGUTACHTET

Auswertung der LeserInnenbefragung

Die Befragung der CONTRASTE-LeserInnen vor ca. einem Jahr hat zwar ein für die Branche relativ großes Echo gefunden und uns damit gleichzeitig ziemlich viel zusätzliche Arbeit beschert. Wegen dem nicht profimäßig ausgearbeiteten Fragebogen lassen sich Auswertungen leider nur begrenzt machen.



Von Kurt Regenauer aus Nürnberg/Peter Streiff, Red. Heidelberg ●
Balsam für streßgeplagte CONTRASTE-MacherInnen ist die Gesamtbeurteilung von der antwortenden LeserInnenschaft (fast 10 % der AbonnentInnen haben teilgenommen). Der Preis von CONTRASTE wird als angemessen empfunden: Lediglich 7 % der Antwortenden sehen CONTRASTE als zu teuer, immerhin 12 % sehen sie als günstig an.

DER INHALT

CONTRASTE hat offenbar verschärft politischen Nutzen für Projektarbeit (72 %) und bietet Gesprächsstoff (60 %). Dabei ist CONTRASTE eine ausgesprochene Zweitzeitschrift. Dies äußert sich an den Antworten zum allgemeinen Nutzen der CONTRASTE Inhalte. Zwar sehen über 22 % der Antwortenden den Inhalt woanders abgedeckt, aber immerhin 87 % halten ihn für notwendig. Ein dickes Lob auch den BUNTEN SEITEN. Lediglich 16 % der Antwortenden halten sie für unbrauchbar. Der Rest will sie beibehalten (ca. 60%) oder benutzt sie sogar oft (14%).

DER/DIE LESERiN

CONTRASTE findet viele LeserInnen. Es ist daher auch einigermaßen schwer zu ermitteln, wie groß der Rücklauf der Erhebung, gemessen an unserer LeserInnenschaft, ist. Lediglich ein gutes Drittel der Hefte finden nur 1 LeserIn. Weitaus zahlreicher der Anteil der von 2, 3 oder 4 LeserInnen gelesenen Hefte (siehe nebenstehende Grafik).

Aber trotzdem waren weit über drei Viertel aller Antworten von AbonnentInnen. Und über 2/3 aller Antwortenden lesen die Zeitung regelmäßig. Wir wissen nicht, ob dies bei unserer LeserInnenschaft dasselbe ist, aber nur 20 % der Antwortenden waren weiblich. Und über die Hälfte arbeitet in selbstverwalteten Projekten oder möchte dies zumindest einmal tun (weitere 27 %).

DAS ERSCHEINUNGSBILD

Geradezu sensationell ist die Beurteilung des Erscheinungsbildes durch die Antwortenden. Dieses wird nämlich in Lesbarkeit, Erscheinungsweise, aber auch grafischer Gestaltung überwiegend als positiv empfunden. Die Antwortenden benoten den Umfang als gerade richtig (69 %), zu umfangreich (7 %) oder als zu dünn (14 %). Die grafische Gestaltung wird von 17 % als unübersichtlich und von immerhin 45 % als lesbar empfunden, für 26 % ist dies nicht so wichtig. Die sprachliche Gestaltung empfinden 15 % als mühsam, 64 % als lesbar und 19 % als gut. Die Erscheinungshäufigkeit ist für 65 % der Antwortenden grade richtig und etwas mehr als ein Viertel könnte sich mit einem 2-Monats-Rhythmus anfreunden.

THEMATISCHE BINDUNG

Und dabei wird CONTRASTE auch nur von einer Minderheit von weniger als 1/4 als politisch einäugig angesehen – trotzdem: das schillernde und bunte Selbstverwaltungsspektrum getreu wiederzuspiegeln, das getraut auch nur eine relative Mehrheit aller Antwortenden CONTRASTE zu, denn ca. 40 % geben zu dieser Frage keine Antwort.

Haltet Euch fest: Schwerpunktthemen werden nur von etwa 18 % aller Antwortenden regelmäßig, von 43 % nur unregelmäßig, von 12 % selten und von 1 % gar nie gelesen.

Dabei werden aber auch die weniger wichtig empfundenen Themen Kultur und Medien zumindest interessant gefunden – die Hitliste der Themen verzeichen aber den Komplex Betriebe/Projekte, Wirtschaft und Ökologie ganz oben. Die Unzufriedenheit mit der politischen Einäugigkeit korreliert jedoch kaum mit thematischen Interessen (nur weniger als 10 % derjenigen, die politische Einseitigkeit kritisieren, fordern Wirtschaftsthemen ein). Dagegen findet 1/4 aller Antwortenden, die im Selbstverwaltungsbereich arbeiten auch das Thema Betriebe und Projekte besonders wichtig.

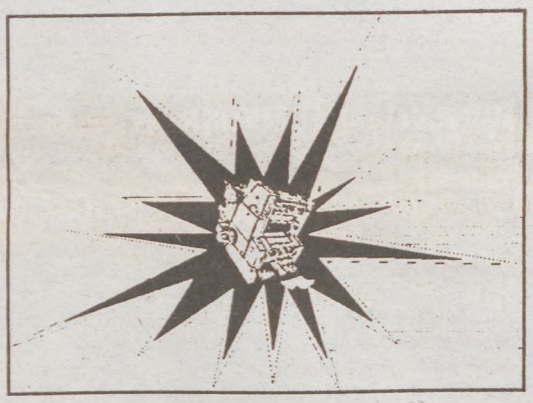
Und hier jetzt die definitive Themenhitliste aus unserer LeserInnenbefragung: ●

Inhaltliche Rubriken	wichtig	interessant	unwichtig	uninteressant
Frauen	54%	35%	4%	6%
Betriebe/Projekte	83%	21%	2%	1%
Kommunen/Lebensgemeinschaften	54%	48%	6%	2%
Genossenschaften	57%	39%	2%	4%
Aktuelles/Rassismus	49%	40%	9%	5%
Wirtschaft	64%	34%	3%	2%
Umwelt/Ökologie	61%	33%	5%	1%
Kultur	29%	45%	20%	6%
Medien	27%	48%	17%	6%
Service	50%	33%	9%	5%
Tagungen/Seminare/Treffen	70%	31%	4%	2%
Kleinanzeigen/Stellenmarkt	59%	26%	10%	6%

CONTRASTE, so will es eine relevante Mehrheit von über 2/3 aller Antwortenden, soll die Rubriken beibehalten oder ausweiten.

GRAFISCHE BETRIEBE: BEIM REISEN KOMMT ES NICHT DARAUF AN ANZUKOMMEN...

Futter bei die Fische



Frühlingstage 1994

...jedes Jahr im Mai, eine Ansammlung selbstverwalteter grafischer Betriebe, genannt FRÜHLINGSTAGE.
In den letzten 7 Jahren in Berlin, finden sie diesmal vom 12. bis 15. Mai in Hamburg statt, organisiert von einigen Hamburger grafischen Betrieben. Die FRÜHLINGSTAGE bieten ein Forum für Selbstverwaltungsdiskussionen, Austausch über technische, ökonomische, ökologische und strukturelle Themen. Es werden ehemalige und aktuelle politische Ansprüche mit Wirklichkeiten konfrontiert, Kontakte und Auseinandersetzungen gepflegt, bisweilen auch Beziehungen geknüpft und ...

Der zeitliche und inhaltliche Ablauf ist folgendermaßen geplant:

Donnerstag: 12.5.94
ca. ab 15.00 Eintreffen und Wiedersehensfreude
ca. ab 18.00 Eingangsplenum, anschl.gemeinsames Essen

Freitag: 13.5.94
ab 9.30 Veranstaltungen zu den Themen:
1.Was produzieren wir (nicht), für wen, was unterstützen wir (nicht)?
* Was sind die Kriterien unserer Entscheidungen, wo sind die Grenzen, wie haben sich diese Grenzen verändert, wann greifen wir ein und lehnen einen Auftrag ab?
* Hat sich unser politisches Selbstverständnis geändert? Wenn ja, warum und wie gehen wir damit um?
* Wir stellen mehr »Wegwerfprodukte« her, die von uns als unterstützenswert eingeschätzten Institutionen, Initiativen und Vereinigungen und deren Aufträge nehmen zahlenmäßig ab, auf der anderen Seite haben die Produktionskapazitäten und ökonomischen Zwänge zugenommen.
* Wollen wir diesen Zustand verändern, können und wollen wir »Kröten schlucken« (bestimmte Aufträge mit Bauchweh abwickeln)?
* Ist es ausreichend, nicht für rechte Organisationen zu drukken, warum entwickeln wir keinen eigenen politischen Standpunkt und vertreten diesen auch offensiv? Haben wir Angst, Teile unserer Kundschaft zu verlieren?
* Sollen wir konsequent handeln und Aufträge ablehnen oder mit Preisen und Produkten taktieren (Solidaritätspreise für politisch wichtige Projekte mit »gut verkauften« Aufträgen finanzieren)
* Wie werden Entscheidungen getroffen, welche Alternative gibt es zur bestehenden Situation, welche Ansätze können wir erarbeiten?

2.Innerbetriebliche Transparenz, Organisation, Hierarchie...
* Eine Weiterführung der Diskussion von den letzten FRÜHLINGSTAGEN über Transparenz, Informationsfluß, Eliten, innerbetrieblicher Demokratie und selbstorganisierte Arbeit als Projekt auf Lebenszeit.
* Gibt es informelle Hierarchien, entstehen Machtstrukturen durch Erfahrung, inwieweit wird Selbstverwaltung dadurch blockiert?
* Wie begegnen wir den Auswirkungen sogenannter ökonomischer Sachzwänge?
* Lassen sich unsere emotionalen, sozialen und politischen Bedürfnisse im Betrieb aktuell und perspektivisch verwirklichen?
* Sind alle an Gruppenprozessen und Entscheidungsfindungen gleichermaßen beteiligt?
* Welche Perspektiven, Methoden, Herangehensweisen kann es geben, um die gemeinsame Arbeitssituation dauerhaft attraktiv zu gestalten und zu erhalten? (»Arbeitszeit = Lebenszeit«).

Mittagpause 13.00 bis 15.00
ab 18.00 Alternative Hafenrundfahrt mit Informationen zur Unterdrückung und Ausbeutung von Ländern des Trikont.

Samstag: 14.5.94
ab 9.30 Techno - Time
Es sollen verschiedene Arbeitsgruppen gebildet werden:
* AnwenderInnen-Treffen des Kalkulationsprogrammes TEAMWORK
* Farbfernsteuerung an Druckmaschinen (CPC an Heidelberger Offsetmaschine)
* Farbbildbearbeitung am Mac (vom Scan bis zur Belichtung)
* Lokaltermin: Grenzen und Möglichkeiten konventioneller und elektronischer Arbeit in der Druckvorstufe anhand ausgewählter Beispiele (für EinsteigerInnen)
* Elektronische Druckvorstufe – welche neuen Probleme sind damit auf uns zugekommen (»Ausbildung der KundInnen«, zeitraubendes Beheben von Fehlern elektronisch erstellten Vorprodukte etc.)
* BuchbinderInnen hautnah: Austausch der weiterverarbeitenden Betriebe.
* Bericht und Auswertung aus den betriebswirtschaftlichen Seminaren von transfer.

Mittagpause 13.00 bis 15.00
ab 15.00
1. Vorstellung und Diskussion über Druckereiprojekte in El Salvador und anderswo. Austausch über Formen und Möglichkeiten (Notwendigkeiten) politischer Arbeit.
2. Spontanarbeitsgruppen

ab ca.17.00 Abschlußplenum

Sonntag: 15.5.94
ab 11.00 offenes Frühstück
Dazu Hamburg satt !!
Nähere Informationen sowie Material und Anmeldungsformulare über:
RESET GmbH/Hinterhof Druckerei, Holstenstraße 201, 22765 Hamburg, Tel.: (040) 432 24 25, FAX (040) 439 04 41.

NOCH EIN BRANCHENTREFFEN:

Elektrokollektivetreffen

Das Elektrixtreffen findet in diesem Jahr zum 8. Mal statt und zwar vom 10. bis 12. Juni bei »Reichling und Rauschmann« in Wiesbaden bzw. bei der »Blitzblume« in Mainz.

Anfangen werden wir mit unserem Dauerbrenner: Bericht aus den Betrieben – »Wie geht es uns denn heute?« (Oberarztvisite).

Der Erfahrungsaustausch über die Effizienz unserer Arbeit wird auch diesmal wieder im Vordergrund stehen. Die spannende Diskussion vom letzten Treffen ist noch nicht zu Ende: Wie kann das sein, daß jemand aus einem Kollektiv aussteigt, die gleiche Arbeit alleine weiter macht und jetzt bei kürzerer Arbeitszeit mehr Knete verdient, größere Freiräume hat? – Wo ist das Loch?!?

Weitere Themen sind Umweltschutz im Elektrohandwerk, Einsatz von BTX (Homebanking, Bestellen von Ersatzteilen), Einsatz von PC (Textverarbeitung, Schaltpläne zeichnen, Statistik, Buchführung, Bekämpfen von Monstern einer fremden Galaxie).
Anmeldungen & Kontakt:
Heinz Jung · Blitzblume Mainz, ☎ (0 61 31) 61 63 63

ZEITUNG FÜR BETRIEBE UND PROJEKTE!

Ein nicht gerade aussagekräftiges Bild ergibt das Resultat der Befragung im »netz-info«, die an Noch-Nicht-LeserInnen von CONTRASTE gerichtet war: Lediglich zehn LeserInnen des netz-info haben auf die wenigen Fragen geantwortet. Erstaunlich, daß fast alle CONTRASTE kennen, sie allerdings nicht abonniert haben und von »einer Zeitung aus dem Bereich alternativer Projekte« genau die Themen erwarten, die CONTRASTE auch wirklich abdeckt. Eine Parallele zu unserer eigenen LeserInnenbefragung (vgl. oben) ergibt sich immerhin in der Schwerpunktsetzung: Die Bereiche Projekte/Betriebe sowie die Ankündigung von Tagungen und Seminaren aus diesem Bereich werden an erster Stelle gewünscht. Was die Erscheinungsform betrifft, lehnen die Antwortenden eine magazinähnliche Aufmachung ab und bevorzugen das bisherige Zeitungsformat. Ob dabei telepathische Fähigkeiten bzgl. der Einschätzung unserer Finanzsituation mitgespielt haben oder ob tatsächlich das gemütliche Rascheln im Zeitungspapier immer noch wichtig ist, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis.

Mehr zu den direkten Konsequenzen auf CONTRASTE als Zeitung und auf CONTRASTE als Betrieb nach diesen beiden Befragungen wird regelmäßig auf dieser Seite zu lesen sein. Ein Einmischen in die Diskussion um unsere Zukunft ist ausdrücklich erwünscht.

Peter Streiff

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Reflektierter Ausstieg als kollektiver Prozeß

Genau das haben wir damals im Energie- und Umweltzentrum angefangen: Wir waren zu der Zeit ein komplexes Team von 16 Leuten in verschiedenen Arbeitsfeldern, unterschiedlichen Alters, mit Zugehörigkeit zum Kollektiv zwischen 3 Monaten und 8 Jahren, unterschiedlichster Qualifikation und Vorerfahrung – und als Kollektiv waren wir stark im Umbruch: nach dem Weggang alter und wichtiger Mitglieder, dem Zugang vieler Neuer, großer Unterschiedlichkeit in Zielsetzung und Einschätzung u.s.w.

Wie sah das konkret aus?

Ich hätte meine Ausbildung in Gestalttherapie im Alten Brunsel in Rhauderfahn angefangen und mitbekommen, daß zwei meiner-AusbilderInnen, Ulla Berg und Hartmut Laak, auch Teamsupervision mit (selbstverwalteten) Kollektiven machten. Also habe ich diese Idee aufgegriffen und versucht, sie im Zentrum schmackhaft zu machen, ohne zu wissen, was uns bevorstand. Ich habe nicht viel in Erinnerung von den Diskussions- und Entscheidungsprozessen, aber es gab mit Sicherheit große und vielfältige Bedenken, Ängste, Widerstände, Zweifel, Skepsis. Sicher berechtigt als Schutz und Vorsichtsmaßnahme, aber nicht bezüglich der Kompetenz der beiden. Was uns dann zugute kam, war, daß die zur Debatte stehenden Personen aus der niedersächsischen selbstverwalteten Bildungs-Szene kamen (vnb), einigen persönlich bekannt waren und daher bestimmt einen Vertrauensvorschuß genossen (das kann auch andersrum funktionieren: eine Kollegin und ich sind z.B. mal von einem Kollektiv u.a. wohl deshalb als TeamsupervisorInnen abgelehnt worden, weil wir ihnen szene-erfahrungsmäßig zu nahe standen; sie haben sich dann für ein Team aus der Hochschulszene entschieden).

Ich kann auch nicht leugnen, daß ich möglicherweise meinen (guten) Teil dazu beigetragen habe, die Idee der Supervision – und besonders mit Ulla und Hartmut – im Kollektiv -durchgesetzt- zu haben, weil ich die beiden kannte und schätzte, weil ich in der euphorischen Anfangsphase meiner Therapie-Ausbildung war und weil mir das Ganze -wichtig- war – ich wollte es einfach. Und als alternativer Geschäftsführer hat mensch sicherlich die eine oder andere Möglichkeit, Gruppenprozesse ein bißchen zu beinflussen... Verallgemeinert bedeutet das übrigens, daß es oft darauf ankommt, wie leitende bzw. meinungsbildende Personen im Kollektiv oder Betrieb zur Idee Supervision oder Organisationsentwicklung stehen.

Naja, schließlich kam es zur Verabredung eines zweitägigen Wochenend-Seminars, in einem befreundeten Tagungshaus, und es war ein anstrengendes, schwieriges, aber auch z.T. befriedigendes und befreiendes Wochenende. Zu den Erfahrungen, die wir alle machten, Ulla und Hartmut eingeschlossen, gehörte auch, daß eine von uns am Ende des ersten abends die Flucht antrat, daß wir es selbst und den beiden unheimlich schwer machten durch -Undiszipliniertheit- wie ständiges Quasseln und Witzeln, Weg-Lachen und Weg-Reden, Ausweichen, durch Zuspätkommen und so weiter – durch alles, was man sich so an Verweigerungsstrategien vorstellen kann. Aber wir waren da, blieben da (bis auf eine Ausnahme) – und ein Jahr später gab's das nächste Wochenende. Ich habe insgesamt drei davon erlebt, jeweils im Abstand von einem Jahr. Diesen Turnus gibt es bis heute.

Worum ging es in der Supervision?

Es ging um Aspekte und Probleme unserer Zusammenarbeit als Einzelpersonen, als vier verschiedene Abteilungen, als Leute mit unterschiedlicher Verantwortung usw. Es ging um unseren Umgang mit Geld, um unser gemeinsames Selbstverständnis. Es ging um Einfluß und Macht (ja: auch um Macht!!). Und es ging um Trennungsprozesse – deshalb sind mir das erste und das dritte Wochenende so deutlich in Erinnerung: am ersten habe ich zum ersten mal meinen Entschluß, das Kollektiv zu verlassen, geäußert und öffentlich gemacht. Beim dritten Treffen war ich so gut wie ausgestiegen, und das Wochenende fand bezeichnenderweise in dem Haus statt, in dem ich schon meinen neuen Arbeitszusammenhang aufzubauen angefangen hatte. Gerade an diesem dritten Wochenende haben wir klar thematisiert, was mein Weggang bedeutet, für mich wie für's Kollektiv.

Aus einigen Gesprächen in der Zeit nach meinem Weggang weiß ich, daß mindestens ein weiterer schwieriger Trennungsprozeß im Energie- und Umweltzentrum auf einem oder zwei Teamsupervisions-Wochenenden bearbeitet worden ist.

Und was kam rum?

Wir haben viele Klärungen und Weiterentwicklungen unserer Arbeitsbeziehungen möglich gemacht. Oft war es schon -die halbe Miete-, Gefühle/Ängste/Wünsche zu benennen, öffentlich auszusprechen, ohne daß es gleich in heillosem Clinch oder Fetzerei endete; allein die Anwesenheit zweier Leute, die nicht in die Prozesse verwickelt waren und die Vertrauen genossen, war sehr hilfreich dabei, daß diese Supervisions-Wochenenden uns als Kollektiv (mit extremer Komplexität, Vielfalt, mit Wachstum auf inzwischen gut 30 Menschen...) deutlich unterstützt und vorangebracht haben, respektvoller, befriedigender und produktiver miteinander umzugehen.

So, jetzt komme ich zum zweiten Punkt, nämlich,

ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Die begann bei uns deutlich früher, nämlich Ende 1986/Anfang 1987. Die Ausgangssituation war gekennzeichnet durch Unzufriedenheit, Stagnation, Unklarheit, Weggang wichtiger Leute. Streit über Perspektiven etc. Vieles davon ließ sich auf die Frage bringen -Was wollen wir eigentlich (noch) miteinander?-

Und da flatterte mir das Info-Blatt von Leuten auf den Schreibtisch, die Seminare anboten zu Zielfindung/Zielklärung, zu Kommunikation usw. Noch war ich nicht der Geschäftsführer des Zentrums (diese Funktion haben wir erst im Laufe der Organisationsentwicklung -erfunden-), aber ich habe dafür gesorgt, daß die interne Diskussion in die -richtige- Richtung lief. Sprich: Es gab die Entscheidung, diesen Helmut Mösk aus Minden mal einzuladen, zu befragen und zu prüfen.

Tja, er kam, und er konnte uns -erfolgreich- klar machen, daß wir gut beraten wären, mit einer Organisationsentwicklung anzufangen – wobei der erste Schritt ein zweitägiges Seminar sein sollte unter dem Titel -Stimmen unsere Ziele noch?-. Das Seminar fand dann statt, in Großmunzel bei Hannover. Es war ein schmerzhafter, klärender Prozeß miteinander – wir haben vieles über Bord geworfen, aber auch vieles geklärt und festgeschrieben an Zielsetzungen des Projektes. Gleichzeitig wurde auch deutlich, daß es -viel zu tun- gab – so kam es, daß wir pro Jahr 2-3 mal in der Regel zweitägige Seminare machten, meistens in einem anderen Tagungshaus, und Stück für Stück unsere organisatorischen Strukturen überarbeiteten, klärten, veränderten – bis hin zu Ein- und Ausstiegsregelungen, finanzieller Beteiligung und zur Definition von Leistungs-Strukturen und der Erfindung eines/einer Geschäftsführers/Geschäftsführerin.

Inzwischen ist dieser Prozeß der Organisationsentwicklung mit externer Begleitung ein integrativer Bestandteil der Entwicklung des Zentrums geworden. Seit ca. vier Jahren wird er moderiert von Gerhard Stey aus Kassel, hat verschiedene Formen angenommen (eintägige Arbeitssitzungen, z.T. nur in einer dafür zuständigen Arbeitsgruppe). Inzwischen sind auch die in den ersten zwei Jahren entwickelten Organisationsformen, die wir drei Jahre erprobt und gelebt haben, deutlich weiterentwickelt worden (z.B. zur derzeitigen Geschäftsführung). Und das enorme Wachstum des Kollektivs von 13 auf 30, einschließlich diverser Weg-Gänge, ist u.a. dadurch erfolgreich bewältigt worden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Zum Schluß will ich einige allgemeine Bemerkungen und Erfahrungsansätze aufschreiben (auch das meiner Erfahrung als jemand, der inzwischen selbst als Supervisor mit Teams und Organisationsberater arbeitet):

a) Supervision und Organisationsentwicklung sind keine Instrumente zur kurzfristigen Bewältigung aktueller Krisen, das spricht aber nicht dagegen, sie auch in Krisenzeiten anzufangen. Wir im EUZ z.B. befanden uns damals in unbewältigten Umwälzungen – von mir aus auch als Krise zu bezeichnen, Krise des Selbstverständnisses, der gesamten Organisationsformen, der Gruppe... Schön wär's natürlich, mit sowas -in guten- Zeiten anzufangen – aber offensichtlich gehört ein gerüttelt Maß an Leiden, Leidensdruck und Problembewußtsein dazu, um sich darauf einzulassen.

b) Idealerweise sollte -man- mit Supervision anfangen und dann zu den Organisationsstrukturen kommen. Aber oft geht es gerade andersherum: die Finanzen, die Gremien, die Arbeitsformen stimmen nicht mehr, also fangen wir damit an. Und nach und nach wird dann erfahrbar, daß das alles auch mit -zwischenmenschlichen- Geschichten zu tun hat, und daß deren Bearbeitung der Mühe wert ist.

c) Supervision und Organisationsentwicklung sind keine kurzfristen Maßnahmen, sondern setzen beide auf mittel- oder gar langfristige Veränderungsprozesse. Unser erstes Supervisions-Wochenende war schon ganz wichtig – aber richtig -greifen- tat alles erst, als klar war, jetzt gibt es noch ein viertes und fünftes... und als spürbar wurde, daß sich auch über das Abklingen der -post-Seminar-Euphorie- hinaus grundlegend was zu verändern begann.

Zwar werden in Workshops jeweils punktuelle Themen/Situationen bearbeitet, aber gründlichere Veränderungen im Miteinander (-Klima-, -Corporate Identity-, -Organisationskultur-...) brauchen längere Zeit. Wobei dann auch das Muster -ein Workshop im Jahr- absolut langfristige Dimensionen setzt – man kann auch einmal monatlich einen Tag machen o.ä.

Besonders Organisationsentwicklung braucht Zeit – die bewußte Veränderung gewachsener Strukturen, Identitäten, kulturelle Muster geht nicht über den Kopf per Beschluß an einem Wochenende.

d) Es kann auch was schiefgehen – das sei nicht verschwiegen. Man sollte sich gegenseitig (als -KlientInnen- und als -BeraterIn-) vorher prüfen, sollte gründliche Absprachen treffen darüber, was gewünscht und was nicht gewünscht wird, worum es geht, unter welchen Bedingungen usw. und nach Möglichkeit schriftliche Vereinbarungen darüber treffen. Und gegebenfalls diese Vereinbarungen ändern.

Ich habe selbst vor zwei Jahren einen Workshop mit einem Kollektiv -in den Sand gesetzt- – das lag zum Teil an mangelnder Klarheit in der Vorbereitungs- und Kontraktphase.

e) Noch eine Frage, die sich viele bei diesem Thema stellen: Können wir das nicht selbst machen, ohne externe (und teure) BeraterInnen?

Meine Antwort darauf ist ein JEIN, (drei viertel NEIN, ein viertel JA). Sicher sollten wir auf jeden Fall versuchen, Veränderungen aus eigener Kraft zuwege zu bringen – aber für grundlegende, substantielle Erkenntnisse und Veränderungen ist in der Regel die Moderation durch Außenstehende, deren -neutrale- bzw. -allparteiliche- Sicht und Herangehensweise, deren -Prozeßkompetenz- ohne inhaltliche und persönliche Verwicklung, unverzichtbar.

Darauf achten sollte man allerdings, daß das Grundverständnis externer BeraterInnen einschließt, daß die eigentlichen Fachleute für die jeweilige Organisation und ihre Veränderung die Menschen sind, die in ihr leben und arbeiten. Ich als Berater habe die Aufgabe, die Energien, Ressourcen, Kompetenzen der MitarbeiterInnen zu moderieren, freizusetzen, ins Fließen zu bringen – die Organisation zu einer lernenden zu machen. Und nicht die Aufgabe, Rezepte zu verschreiben.

f) Zu guter Letzt: das Geld.

Supervision und Organisationsentwicklung kosten Geld: für Honorare, für Fahrtkosten, für Unterbringung etc. Was die BeraterInnen-Honorare betrifft, kommt man inzwischen unter DM 1.000 pro BeraterInnentag nicht davon – eher mehr (in der Industrie werden Tagessätze von 2.000 oder 2.500 Mark verlangt und gezahlt, auch mehr!). Und wir von -MOVE- arbeiten immer zu zweit, als Mann und Frau. Nicht vergessen darf man auch, daß solche Prozesse, selbst wenn die Workshops am Wochenende stattfinden, Arbeitszeit sind, also auch hier Kosten verursachen.

Der Entschluß, sich Supervision oder extern moderierte Organisationsentwicklung zu kaufen, setzt also auch die Erkenntnis voraus, daß geplante Veränderungen nicht kostenlos zu haben sind. Ein letzter Satz dazu: Die Kosten für Supervision oder Organisationsentwicklung kann man kalkulieren – die für Unzufriedenheit, Krisen und Entwicklungsblockaden leider nicht! ●

DER AUTOR

Wolfgang Nötzold, 1984-1991 im Energie- und Umweltzentrum, erst als Bildungsreferent, dann als Geschäftsführer. Seit 1991 in Minden freiberuflich tätig als Gestaltungstherapeut, Supervisor und Organisationsberater. Geschäftsführender Gesellschafter der -MOVE-Agentur für Organisationsentwicklung, Supervision und integrierte Öffentlichkeitsarbeit- GbR.
Anschrift: Besselstr. 21, 32427 Minden
☎ 0571/8375420, Fax: 0571/8375429

NOCH ZWEI BÜCHER ZUM THEMA:

Gerade im Econ Verlag erschienen, sollen die beiden folgenden Bücher als Ratgeber zum Thema Kündigung noch nachgereicht werden. **-Wieder Freude am Beruf-** beschäftigt sich vor allem mit dem Thema der -inneren Kündigung- und wie sie überwunden werden kann, bzw. welche Konsequenzen der oder diejenige daraus ziehen sollte. Ursachenforschung bei MitarbeiterInnen von Betrieben wird auch als Chance innerer Organisationsentwicklung dargestellt, da Hintergründe oft Frustration über unbefriedigende Verhältnisse sind. Nach Analysen und Bestandsaufnahmen kommen Selbsttests und Handlungsmuster, mit denen der Zustand möglicherweise zufriedenstellend beendet werden könnte. Literaturliste und Sachwortregister folgen im Anhang.

-Was tun bei Kündigung- ist in kurze knappe Kapitel gegliedert und führt durch den gesamten Dschungel möglicher Kündigungsfälle. Gesetzliche Grundlagen, Vorgehensweisen und Notwendigkeiten werden aufgelistet, so daß vorbeugend, aber auch im akuten Fall, schnell damit gearbeitet werden kann. Das Buch geht sogar so weit, außergerichtliche Vorgehensweisen mit Musterbriefen vorzustellen, was ich persönlich für bedenklich halte. Auch der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zur Herausgabe von Arbeitspapieren scheint mir in das Handwerkszeug einer Rechtsvertretung zu gehören, die zu diesem Zeitpunkt, privat oder gewerkschaftlich finanziert, längst tätig sein sollte.

Wieder Freude am Beruf, 259 Seiten, 14,90 DM, ECON Düsseldorf 1994
Was tun bei Kündigung? Rechte und Möglichkeiten des Arbeitnehmers 208 Seiten, 12,90 DM, ECON Düsseldorf 1993 überarbeitet und ergänzt.

küma

Anzeige

VERBAND

netz
Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
44147 Dortmund
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

ERGÄNZUNG ZU CONTRASTE-SCHWERPUNKT MÄRZ '94

Kündigung alternativ

Im Schwerpunkt der letzten Ausgabe haben wir auch Fragen um Regelungen des Ausstiegs aus Kollektiven zur Diskussion gestellt. Unsere Bemühungen, Direktbetroffene zu finden, die öffentlich darüber reden wollen, haben nun noch einmal Früchte getragen. Das Interview führte Elisabeth Voß.

CONTRASTE: Du hast in einer baubiologischen Fachhandlung gearbeitet, einem Kollektivbetrieb und hast jetzt aufgehört. Welche Ausstiegsregelung gab es bei Euch?

Phillip: Da wir bereits negative Erfahrungen in Kollektivbetrieben gemacht hatten, hatten wir uns gleich zu Anfang auf eine Ausstiegsregelung festgelegt. Die sah so aus, daß wir uns in den ersten zwei Jahren wenig Gehalt ausgezahlt haben, um den Betrieb nicht zu belasten und uns für diese Zeit 200 DM pro Monat gutgeschrieben haben und für die Zeit danach 150 DM pro Monat.

C: Wie lange warst Du in dem Kollektiv?

P: Ungefähr vier Jahre. Wir hatten ein halbes Jahr Vorbereitungszeit bis zur Gründung der GmbH und ab dieser Zeit konnte die Ausstiegsregelung eigentlich erst greifen.

C: Hast Du daß Geld, daß Dir aus dieser Zeit gutgeschrieben wurde, auf einen Schlag ausgezahlt bekommen?

P: Nein, wir waren damals so verblieben, daß das Geld innerhalb von zwei Jahren ausbezahlt wird, um den Betrieb nicht zu überlasten. Wir haben uns nun aber nicht daran gehalten, sondern je nach wirtschaftlicher Lage des/der Aussteigenden und des Betriebes Kompromisse gesucht und auch gefunden.

C: Normalerweise braucht man ja gerade dann, wenn man aussteigt, das Geld.

P: Wenn man 10 Jahre in dem Betrieb gearbeitet hat, dann wären das ja ca. 20.000 DM, die einem zustünden und dann kann das ja unmöglich in so kurzer Zeit aufgebracht werden. Außer man würde das ein halbes Jahr vorbereiten durch Umschuldung. Deshalb haben wir gesagt, daß das innerhalb von zwei Jahren passiert.

C: Habt Ihr das vertraglich geregelt?

P: Das steht im Gesellschaftsvertrag drin.

C: Habt Ihr auch etwas für den Fall geregelt, daß der Betrieb Verluste macht? Bekommen die Leute das Geld dann bei einem Ausstieg auch oder werden sie an den Verlusten beteiligt?

P: Das haben wir damals nicht gemacht. Wir sind eine GmbH, die im Komkursfall nur mit dem Geschäftskapital haftet und wir versuchen das Stammkapital von 50.000 DM im Laufe der Zeit zu neutralisieren. Die Haftung für Gelder, die bei Banken über diese 50.000 DM hinaus aufgenommen werden, müssen sowieso privat übernommen werden. Wir haben intern Bürgschaften gemacht und das so verteilt, daß jedeR für die gleiche Summe der aufgenommenen Kredite haftet. Das ist nun aber ein anderer Aspekt. Ich hafte jetzt noch für Kredite, die mein Kollektivbetrieb aufgenommen hat, da kommt man so schnell nicht raus. Es sei denn, das Kollektiv beschließt den oder diejenige aus der Haftung rauszunehmen. Diesen Fall gab es bei uns auch, bei mir selbst ist es zur Zeit aber noch nicht möglich.

C: Du hast auch eine Einlage im Betrieb gehabt, bekommst Du diese jetzt zurückgezahlt?

P: Das ganze Geld, das jemand im Betrieb hat, wird verzinst. Bei einem Ausstieg versucht das Kollektiv, dieses Geld, plus das Ausstiegsgeld, wieder zurück zu zahlen.

C: Wie verlief Dein Ausstieg aus dem Kollektiv? Hast Du das Gefühl, was Du herausbekommst, entspricht dem Engagement, das Du aufgebracht hast für den Betrieb?

P: Wir haben vereinbart, daß ich die Materialien weiterhin günstiger bekomme und vom sozialen, menschlichen, politschen her gesehen ist es so, daß ich da nicht im Streit raus bin, sondern etwas Neues anfangen wollte und das hatte ich auch länger als ein halbes Jahr angekündigt. Es war auch damals, bei Beginn von diesem baubiologischen Fachhandel, für mich klar, daß das nicht meine berufliche Zukunftsperspektive ist. Da dieses Kollektiv auch stark mit anderen Kollektivbetrieben und politischen Gruppen vernetzt ist, ist für mich weiterhin ein Zusammenhang da.

C: Also von daher ist Dein Ausstieg für Dich sowohl menschlich als auch materiell voll o.k.?

P: Ja, ich bin sehr zufrieden.

SELBSTBESTIMMUNG FÜR MENSCHEN IN CHIAPAS

»Wir wollen kein größeres Stück Torte, wir wollen das Rezept ändern«

Chiapas und der Aufstand der Zapatisten: Bis vor kurzem wußte kaum jemand Genaueres zu dieser Randregion in Mexiko. Wir erläutern Hintergründe zum Streben nach demokratischen Grundwerten und nach Selbstbestimmung der Menschen in Chiapas.

Informationsbüro Nicaragua ● Vom 3. bis zum 17. Februar '94 organisierten das Informationsbüro Nicaragua und das Genarchiv Essen mit der Unterstützung des Ökumenischen Büros München, eine Rundreise mit zwei VertreterInnen des Koordinationskomitees von Basisgruppen aus Chiapas, CONPAZ: Adela Bonilla Vidal und Gabriel Salyano.

CONPAZ ist eine Einrichtung, die sich am 5.1.1994 mit dem Ziel gegründet hat, die indigene Zivilbevölkerung Chiapas, die unter den Attacken der mexikanischen Militärs litt, zu schützen. Die 12 Organisationen, die zu CONPAZ gehören, leisten seit vielen Jahren soziale Arbeit in Chiapas. Sie arbeiten dabei nicht nur mit der indigenen Bevölkerung zusammen, vielmehr umfaßt ihre Arbeit die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Sektoren. Thematisch im Vordergrund stehen dabei die Gesundheitsvorsorge und die Ausbildung von Gesundheitspromotoren, sowie die Vermittlung von Menschenrechten und Organisierung von kleinen Handwerksbetrieben für Frauen.

Im folgenden Text werden Aussagen Adela Bonilla Vidals und Gabriel Salyanos wiedergegeben. Es sind Antworten auf die Fragen, die ihnen immer wieder im Rahmen ihrer Rundreise durch die Bundesrepublik gestellt wurden. Dieser Text basiert auf einer Transkription des Mitschnittes der letzten Veranstaltung der beiden vom 17.02.1994 in München.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Warum haben die Zapatisten zu den Waffen gegriffen, wenn es Mexiko doch gut geht, wo Mexiko doch so schön ist?

Ich antworte darauf nur, daß die offizielle Sprache in Cancún englisch ist, und daß wir Mexikaner zu den Hotels in Cancún keinen Zutritt haben. Das dort zirkulierende Geld ist der Dollar. Ich glaube, daß sie sich jetzt durch das Fernsehen Rechenschaft darüber ablegen können, wie die Realität dieser Zone in Mexiko, die Realität Chiapas aussieht. Aufgrund der Unwürdigkeit der Lebensumstände in Chiapas erscheint es mir nur logisch, daß die indigene Bevölkerung zu den Waffen gegriffen hat.

Gabriel: Außerdem werden wir jedes Mal über die Verhandlungen befragt. Was ist geschehen, wie sieht momentan die Lage aus, worüber werden sie verhandeln?

Ich persönlich bin der Überzeugung, daß es viel wichtiger ist, mitzuteilen, daß zwar nach außen die mexikanische Regierung ihre Verhandlungsbereitschaft signalisiert, sich für die Suche nach politischen Lösungen für diese Probleme einsetzt, etc. Was die Regierung und das mexikanische Heer aber eigentlich vorantreiben, ist ein schmutziger Krieg gegen die Bevölkerung. Es wird festgenommen, es wird gefoltert, es wird gemordet – und die Aufmerksamkeit wird von diesen Tatsachen weg auf die Verhandlungen gelenkt. Und in diesem Sinn möchte ich hinzufügen, daß die Vermittlung und die Frage der Verhandlungen nicht dem guten Willen der Regierung zuzuschreiben sind. Sie ist der umfassenden sozialen Mobilisierung in Mexiko zuzuschreiben, dem internationalen Druck, dem die mexikanische Regierung ausgeliefert war. Es ist leider so, daß, obwohl die offizielle Sprache in Mexiko spanisch ist, die mexikanische Regierung englisch, deutsch, französisch oder russisch wesentlich besser versteht als spanisch.

Die nächste, immer gestellte Frage lautet: Wie unterstützt die Bevölkerung die Zapatisten? Greifen sie jetzt auch zu den Waffen oder was ist eigentlich los?

Von seiten der Bevölkerung, von seiten vieler Organisationen, vieler NGO's haben wir uns absolut hinter die sozialen Forderungen der Zapatisten gestellt. Ich glaube auch, daß diese bewaffnete Bewegung nicht mit anderen bewaffneten Bewegungen anderer Orte, aber auch einschließlich derer, die es in Mexiko gab, zu vergleichen ist. Ich glaube, daß die Zapatisten, wenn sie auch vorausgesehen haben mögen, daß die mexikanische Regierung mit Gewalt antworten wird, doch auch vorausgesehen haben, daß aufgrund derselben Bedingungen, die auch ihren Aufstand mitbegründeten, sie mit einer breiten sozialen Mobilisierung rechnen konnten, die ihre grundlegenden Forderungen für Veränderungen in Mexiko unterstützen würde. In der Kriegsstrategie der Zapatisten wurden diese Aspekte offensichtlich mitberücksichtigt. Was wir vor allem feststellen, ist, daß sie für die Zivilbevölkerung einen Freiraum geöffnet haben, den diese jetzt nutzen kann.

Adela: Was wollen denn nun eigentlich die Zapatisten, was konkret fordern sie? Nicht auf abstrakter Ebene, sondern auf absolut konkreter Ebene?

Von den Zapatisten gab es eine klare Antwort darauf. Ich werde also nur wiederholen, was sie vor den Mexikanern und der Weltöffentlichkeit erläutert haben. Konkret wollen sie: Arbeit, Land, Wohnraum, Ernährung, Gesundheitsversorgung, Erziehung, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden. Das ist – ganz konkret – das, was die Zapatisten fordern. – Nichts mehr!

Und ich bin der Auffassung, daß Präsident Salinas – auch wenn vielleicht im Ausland ein anderes Bild verbreitet wird, nicht die Fähigkeit hatte, eine Antwort auf diese Forderungen zu finden. Das sind nicht nur die Forderungen der Zapatisten, nicht nur die der Indigenas von Chiapas. Es sind die Forderungen der ganzen mexikanischen Bevölkerung. Weder die Regierung Präsident Salinas verfügte über die Kapazität, noch alle die vorhergehenden Regierungen, die sich selbst als revolutionär bezeichneten. Alle Regierungen der PRI, der staatstragenden Partei, sie alle waren nicht in der Lage, Antworten auf diese essentiellen Forderungen der mexikanischen Bevölkerung zu finden.

Viel weniger noch haben wir Mexikaner daran geglaubt, daß diese Bedürfnisse von dem Freihandelsabkommen befriedigt werden würden. Ich, wie auch jeder andere Mexikaner oder jede andere Mexikanerin, klage den Präsidenten Salinas an, daß er dabei ist, unser Land zu verkaufen. Und das zu einem Spottpreis.

Außerdem können wir sie darüber informieren, daß die Zivilbevölkerung auch nicht bewegungslos verharrte. Nicht nur wir, die mit der indigenen Bevölkerung gearbeitet haben, nicht nur wir, die wir während vieler Jahre mit ihnen zusammengelebt haben, haben uns zusammengeschlossen, um diese Bewegung zu unterstützen. Nein, das ganze Land überzieht eine Welle der Sympathie. Im ganzen Land gab es Beweise der Solidarität. Zivile Organisationen aus allen Teilen des Landes haben sich zusammengefunden, um ein nationales Koordinationskomitee für den Frieden zu gründen, das Freiräume einklagt. Außerdem haben sich auch die indigenen bäuerlichen Organisationen zusammengeschlossen. In Chiapas hat sich ein Rat von 280 indigenen Bauernorganisationen gegründet. Sie haben die Forderungen, die von den Zapatisten aufgestellt wurden, zu ihren Forderungen gemacht. Sie haben das zapatistische Heer zu ihrem Heer ernannt.

Emiliano Zapata - Freiheitsheld und/oder Mythos - Welche Rolle spielt Zapata?

Adela: Die Zuneigung, die wir gegenüber Zapata fühlen ist sehr, sehr groß. Auf jeden Fall – und das gilt vor allem mit noch viel mehr Nachdruck und Berechtigung für die Landbevölkerung. Stellt man sich jetzt die Frage, ob die Zapatisten die Macht wollen oder nicht: Ich glaube, daß die Zapatisten von heute ebenso wie die Zapatisten von gestern auf jeden Fall die Macht wollen. Was sie aber nicht wollen, ist die Macht, die unterdrückt. Das will niemand, niemand will die Macht, die korrumpiert. Es handelt sich hier um eine andere Art von Macht. Es handelt sich hier um eine Art von Macht, die uns ein würdigeres, menschlicheres Leben bringt, ein Leben ohne Unterdrückung, ein Leben ohne Ausbeutung. Das ist die Art von Macht, die wir wollen. Das Wort Macht jagt uns keine Angst ein. Ich erinnere mich gerade einer geschätzten italienischen Feministin, Alda Fazi. Sie antwortete auf die Bemerkung, daß die Feministinnen eigentlich ja nur ein größeres Stück von der Torte haben wollten: Nein! Wir wollen kein größeres Stück Torte, wir wollen das Rezept ändern.

Bei diesem Aufstand geht es nicht nur darum, vielleicht ein wenig mehr zu essen zu bekommen oder vielleicht ein schöneres, ein besseres Haus. Es geht uns nicht darum, täglich ein bißchen dem hinterherzuträumen, was es hier in der ersten Welt gibt. Ich muß sagen, wenn ich heute Deutschland verlasse, dann reise ich wirklich beeindruckt ab. Ich war niemals vorher in Europa. Aber ich will ihnen sagen, daß das, was ich hier gesehen habe, ganz und gar nicht das ist, was wir erreichen wollen. Ich will niemanden mit dem, was ich sage verärgern, auch nicht beleidigen. Wir wollen den Individualismus nicht, wir wollen diese Einsamkeit der Menschen nicht, wir wollen diese Zerstörung des Menschen nicht, wir wollen diese ökologische Zerstörung nicht ... das ist nicht das, was wir uns wünschen.

Entschuldigen Sie bitte den Ton – aber ich glaube, daß diese strukturellen Sünden nicht weiter begangen werden können. Man muß ihnen Einhalt gebieten. Das nicht nur in Mexiko, in den »Unterwelten«, der Dritten Welt, nicht nur in den Ländern der Peripherie, sondern ich meine, daß das eine Aufgabe aller ist, und ich glaube, daß Sie sensibel dafür sind. ●

WERKHOF DARMSTADT

Nicaragua im Würgegriff von IWF und Weltbank

Bei einer Arbeitslosigkeit von ca. 70% ist die Übernahme »ihres« Betriebes durch die ArbeiterInnen oft die letzte Lösung um dessen Schließung zu verhindern. Der **Werkhof e.V.** will das »Überleben« dieser ArbeitnehmerInnenbetriebe sicherstellen und unterstützt die Betriebe mit Ausbildung, Beratung und Finanzmitteln.

Weitere Infos bei:
Werkhof e.V. · Rundeturmstr. 16
64283 Darmstadt
Spendenkonto: PGiro Fffm Nr. 117315-602,
BLZ 500 100 60

Anzeige

Widerstanden, über lebt.
VHS-Film

Deserteure in deutschen Armeen – verdrängte Realität des Krieges. 50.000 Todesurteile, wovon mindestens 16.000 vollstreckt wurden, bilden die grausame Bilanz der nationalsozialistischen Wehrmachtsjustiz.
Der Film stellt Menschen mit ihren Lebensgeschichten vor, die ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr bereit waren Soldat zu sein. Es wird viel über Deserteure gesprochen, hier berichten sie selber.
Deserteure fordern die Anerkennung ihrer Motive und die Anerkennung ihrer Desertion als Widerstandsakt.

VHS-Video – Farbe/sw, „Widerstanden, überlebt.", Länge: 146 Minuten, Produzent: Michael Schehl, 78,– DM, Denk-Stein Verlag • Alt-Moabit 55c • D–10555 Berlin

Anzeige

FORUM
entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Heft 6 /9 DM
MiniAbo 15 DM
JahresAbo 50 DM

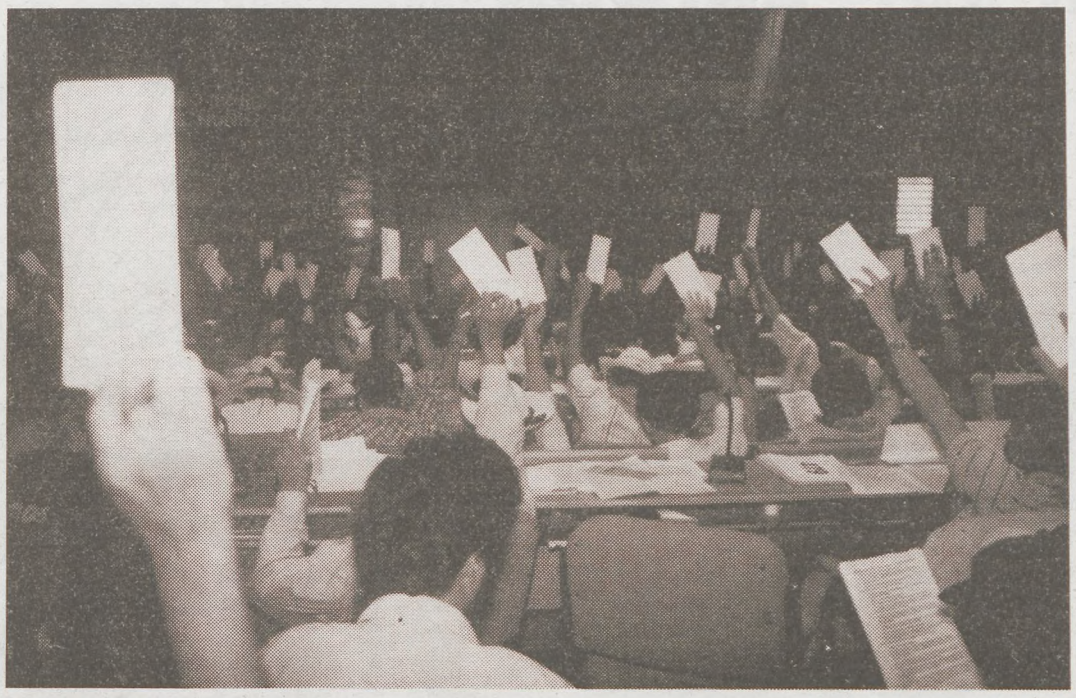
Schwerpunktthemen:
175/76 Landminenkampagne
177 Ökodemokratie/-diktatur
178 Organtransplantation/-handel
179 Zukunft d. Soli-Bewegung
180 Antisemitismus-Israel-Palästina

Redaktion FORUM, Buchtstr. 14-15, 28195 HB
Tel. 0421-32 51 56, Fax 0421-33 78 177
PGA Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 66 69-209

NICARAGUA-SERIE TEIL 6

FSLN – Vor dem zweiten Parteikongreß

In der CONTRASTE vom Februar 94 versprachen wir, die innere Zerreißprobe, der sich die FSLN vor dem Hintergrund von Nationalem Dialog, Sozialdemontage und der Krise gegenübersieht, zu beleuchten. Vor dem Parteikongreß werden zwei programmatische Strömungen diskutiert.



Juli 1991, Parteitag FSLN — Foto: Archiv Informationsbüro Nicaragua

Informationsbüro Nicaragua ● Vom 20. bis 22. Mai 94 wird die FSLN einen außerordentlichen Parteikongreß abhalten. Dies geht auf einen Beschluß der Asamblea Sandinista vom August 93 zurück, da es eine wachsende Unzufriedenheit an der Politik der FSLN gegenüber der Regierung und an den bestehenden Parteistrukturen und -kadern gibt. Der Kongreß soll eine neudiskutierte Politik gegenüber der Regierung definieren und außerdem Programm, Prinzipien und Statuten revidieren. Zwei Strömungen zeichnen sich momentan innerhalb der Frente ab. Beide sind mit Stellungnahmen an die Öffentlichkeit gegangen. Diese wollen wir im folgenden bewerten.

Da es ein außerordentlicher Kongreß ist, nehmen laut den derzeitigen Statuten die gleichen Delegierten, die für den Kongreß 1991 gewählt wurden, an diesem Kongreß teil. In einigen Departmenten gibt es mittlerweile eine Bewegung, die durchsetzen will, daß die Delegierten trotzdem neu gewählt werden. Beschlossen ist schon, daß der Kongreß für eine größere Anzahl von Mitgliedern geöffnet wird, die dann auch Rederecht haben werden. Ein anderes Thema, was von verschiedenen Seiten gefordert wird, ist die Neuwahl der Nationalen Leitung (D.N.). Auch das ist nach den aktuellen Statuten nur auf einem ordentlichen Kongreß alle 4 Jahre möglich. Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß die Delegierten auf dem Kongreß selbst die Statuten ändern und damit den Weg für die Neuwahl der D.N. freimachen.

Bereits im Juli 93 hatte sich die »Gruppe der 29« schriftlich zu Wort gemeldet. Sie kritisierten den hohen Preis, den die ständige Dialogbereitschaft der FSLN-Führung gegenüber der Regierung gefordert hat, konstatierten die Abnutzung dieses Dialogs, forderten eine größere Distanz der FSLN zur Regierung und eine stärkere Beteiligung der Partei an den Kämpfen der Volksbewegung und eine Rückbesinnung auf die revolutionären Prinzipien des Sandinismus.

Demokratische Linke: revolutionär und zielen auf kollektive Eigentumsstrukturen

Im Zusammenhang mit den Kämpfen in Estelí (Juli 93), den Geiselnahmen (Aug. 93) und dem Transportstreik (Sept. 93) kommt es zu heftigen Debatten innerhalb der FSLN über Kampfformen und die Gewaltfrage. Diese Debatte fand weniger an der Basis als vielmehr in der Parteistruktur und der D.N. statt und gipfelte in Auseinandersetzungen zwischen Daniel Ortega und Sergio Ramírez, wobei letzterer jegliche Form von Gewaltanwendung in den sozialen Auseinandersetzungen ablehnt, einschließlich Barrikaden auf den Straßen. Im Nov. 93 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen um die Verabschiedung eines Gesetzes zur Regelung der Privatisierung zwischen dem sandinistischen Gewerkschaftsdachverband F.N.T. und der sandinistischen Parlamentsfraktion, die von Sergio Ramírez geleitet wird.Die FNT, unterstützt von Daniel Ortega, forderte ein Gesetz welches die Privatisierung des Öffentlichen Dienstes verbietet, während die Parlamentsfraktion ein Gesetz verabschiedete, was diese Privatisierung nur reguliert.

Am 20.1.94 gab es ein Treffen der Gruppe der 29 wo drei Mitglieder der D.N. teilnehmen: Daniel Ortega, Henry Ruíz und René Núez. Auf diesem Treffen wurde ein Dokument verabschiedet, was in den folgenden Tagen auf einer öffentlichen Versammlung erneut diskutiert und danach als offizielles Dokument dieser Gruppe veröffentlicht wurde. Gleichzeitig verbreitet der Direktor von »Radio Ya« über dieses Medium Vorwürfe gegen S. Ramírez, er sei »Abkommen mit der Rechten eingegangen im Namen der FSLN um persönliche Interessen zu verfolgen, wie z.B. Präsidentschaftskandidatur und um Familienangehörigen Posten zu verschaffen.« Das Dokument der »29« die sich jetzt offiziell Forum der sandinistischen demokratischen Linken nennen, wird u.a. unterstützt von Personen wie Monica Baltodano, Orlando Núez, William Grigsby, Victor Hugo Tinoco, Carlos Fonseca Teran und der gesamten F.N.T.-Fraktion.

Juli 1991: Parteitag der FSLN — Foto: Archiv Informationsbüro Nicaragua

Anfang Februar 94 erschien ein zweites Dokument »Für einen Sandinismus der wieder mehrheitsfähig wird« mit mittlerweile über 3.000 Unterschriften u.a. von Sergio Ramírez, Luís Carrion, Ernesto und Fernando Cardenal, Dora Maria Tellez, Ray Hooker, Herty Levites, der gesamten UNAG-Leitung mit Daniel Núez an der Spitze, aber auch Sofía Montenegro und dem Direktor der Barricada Carlos Fernando Chamorro. Diesem Dokument hat sich mittlerweile auch die Gruppe »Für ein nationales Projekt«, besser bekannt als »Zentrumsgruppe«, angeschlossen.

Was sind die wesentlichen Elemente und Unterschiede der beiden Dokumente? Das Dokument vom Forum der sandinistischen demokratischen Linken (im folgenden Doc.1) befaßt sich schwerpunktmäßig mit der Politik der FSLN nach außen, klärt klarer ab, was die Prinzipien sind, was revolutionär-sein heute bedeutet, grenzt sich klarer gegen das neoliberale Modell ab, definiert klarer die Prinzipien einer Alternative. Es bekennt sich zum Anti-Imperialismus und zu einem »Sozialismus ohne Dogmen, Orthodoxie und Sektierertum«, während das Dokument der Gruppe um Sergio Ramírez (Doc.2) diese Prinzipien nicht mehr explizit benennt. Doc.2 befaßt sich schwerpunktmäßig mit der Erneuerung der FSLNStrukturen nach innen. Dieses Dokument ist klarer in der Frage der innerparteilichen Demokratie, fordert eindeutiger eine interne Erneuerung und spricht sich gegen den Caudillismus aus (sprich gegen den Führungsstil D. Ortegas) und geht selbstkritischer mit der eigenen Vergangenheit um. Es orientiert die Erneuerung der FSLN in Richtung Wahlpartei und hält Transformationsprozesse »nur von der Regierungsmacht« aus für möglich, während Doc.1 Transformationsprozesse aus der Opposition heraus, von unten, für möglich hält. Logischerweise orientiert die Strömung um das Doc.2 die FSLN mehr auf eine Insititutionalisierung und eine Orientierung auf die staatlichen Machtorgane wie Regierung und Parlament. So setzt sich die sandinistische Parlamentsfraktion fast ausschließlich aus dieser Gruppe zusammen.

mehrheitsfähiger Sandinismus ohne »Caudillismo« und bewaffneten Kampf

Die Strömung um das Doc.1 mißt den Kämpfen der Volksbewegung und der sozialen Bewegungen viel mehr Bedeutung bei. Die Fortführung des revolutionären Projektes in Nicaragua hält sie nur mittels der Organisation und Mobilisierung der Volks und der sozialen Bewegungen für möglich. Dieses Dokument bezieht sich wesentlich klarer auf die ArbeiterInnen und BäuerInnen und die verarmte Mehrheit als Bezugspunkt der Politik der FSLN. Diese Unterschiede setzen sich fort, wenn es um Kampfformen geht. Doc.1 spricht sich unter den »Bedingungen Nicaraguas gegen den bewaffneten Kampf aus als Methode zur Erringung der Regierungsmacht«, erklärt aber »alle Kampfformen der Volksbewegung, sofern sie über einen breitesten Konsens an der Basis verfügen«, für legitim. Demgegenüber lehnt Doc.2 »jede Form bewaffneten oder gewaltsamen Kampfes« kategorisch ab.

Zur Eigentumsfrage gibt es auch wesentliche Unterschiede: Das Doc.1 betrachtet das soziale Eigentum explizit als Basis für weitere Transformationsprozesse und erklärt die Förderung kollektiver Eigentumsstrukturen als Ziel und betrachtet das »soziale Eigentum der neuen ökonomischen Subjekte« (Coops, APT, etc.) »als Achse zur Entwicklung und Demokratisierung der Wirtschaft.« Doc.2 spricht sich ebenfalls für eine breite Verteilung des Eigentums aus, aber die Eigentumsstruktur wird nicht mehr als Basis von Transformationsprozessen gesehen. Doc.2 zeichnet sich dadurch aus, daß die politischen Köpfe, Sergio Ramírez, Luis Carrion etc. offen unterzeichnen, während dies bei der Gruppe um das Doc.1 nicht der Fall ist.

Daniel Ortega, Henry Ruíz und René Núez als Mitglieder der D.N. unterschreiben nicht, obwohl bekannt ist, daß sie dazugehören und zumindest Daniel Ortega der Mitinitiator ist. Um das Doc. 1 des »Forums der sandinistischen demokratischen Linken« sind vor allem die Kräfte der Gewerkschaftsbewegung FNT und des Parteiapparates gruppiert, die sich um Daniel Ortega gruppieren. Um das Doc. 2 der Gruppe um Sergio Ramírez sind vor allem die sandinistische Parlamentsfraktion und Mitglieder gruppiert, die sich außerhalb der Strukturen des Parteiapparates befinden. Hinter alldem verbergen sich politische Differenzen über die Fortführung des revolutionären Projektes in Nicaragua, wie beide Dokumente belegen. Es sind auch Machtkämpfe um die Führungsrolle in der FSLN.

Sergio Ramírez hat über die Reihen der sandinistisch gesinnten Bevölkerung hinaus viel Popularität gewonnen und profiliert sich zunehmend als möglicher Präsidentschaftskandidat der FSLN, während Daniel in diesen Kreisen nicht so viel Zuspruch findet. Außerdem gibt es starke Tendenzen, die Präsidentschaft gesetzlich auf eine Legislatur zu begrenzen, was eine erneute Präsidentschaftskandidatur Daniels verunmöglichen würde. Zudem hat die sandinistische Parlamentsfraktion eine Eigendynamik entwickelt, die nicht mehr politisch von der Asamblea Sandinista kontrolliert wird, wie es eigentlich vorgesehen ist. Es herrschen politisch andere Kräfteverhältnisse – eher zuungunsten der mehrheitlich moderaten Parlamentsfraktion – vor. Die »Gruppe der 29« und jetzt das »Forum der sandinistischen demokratischen Linken« sind Ausdruck dieser politischen Differenzen und der Versuch, im innerparteilichen Machtkampf Sergio Ramírez und die Parlamentsfraktion in ihre Schranken zu weisen. In diesen Machtkämpfen liegt vermutlich auch die Erklärung, warum das Doc.2 von Sergio von politisch sehr unterschiedlichen Personen unterzeichnet wurde. Viele Unterschriften sind eher Stimmen gegen den Caudillismus von Daniel Ortega als eine positive Zustimmung zum Gesamtdokument oder sind eine Zustimmung in der in diesem Dokument klarer geforderten innerparteilichenDemokratisierung.

Andererseits gibt es Aspekte, die in keinem der beiden Dokumente aufgegriffen werden, die aber heute die Krise des Sandinismus mit ausmachen. Die moralisch-ethischen Werte des Sandinismus, die einst die Mehrheit der Bevölkerung überzeugten, werden zwar in beiden Dokumenten erwähnt, nicht aber, daß die Partei damit an Glaubwürdigkeit verloren hat und wie die FSLN zu neuen Werten kommen kann, die auch in den eigenen Reihen und die Mehrheit der Bevölkerung überzeugen. Z.B. wird von der Situation der Arbeitslosen gesprochen, aber kein Vorschlag gemacht wie die FSLN mit ihren eigenen über 5.000 Arbeitslosen umgeht, die 1990 aus dem Parteiapparat entlassen wurden und den Zehntausenden von FSLN-Mitgliedern und -SympathisantInnen, die aus politischen Gründen entlassen wurden und keine Arbeit finden, aber gleichzeitig in der Partei viele wohlhabende Leute aktiv sind, ohne daß dies ein Problem wäre.

Gerade diese Erneuerung von Werten wird von der Basis gefordert, was die Infragestellung vieler ParteifunktionärInnen und FunktionsträgerInnen im Namen der Partei in öffentliche Einrichtungen mitbeinhalten würde. Beide Dokumente drükken Forderungen der Parteibasis aus, ohne daß die Parteibasis an der Erarbeitung beteiligt gewesen wäre, was in den Medien in den letzten Tagen häufig kritisiert wurde. Es ist aber das erste Mal, daß sich Strömungen schriftlich äußern und Mitglieder der D.N. in verschiedenen Strömungen auftauchen und nicht den Schein eines monolithischen Blocks aufrechterhalten. Das ist für die FSLN eine neue Erfahrung und hat bereits den Diskussionsprozeß an der Basis animiert und inhaltlich bereichert.

Otmar Meyer, Managua 23.2.94

NEU-AUSSCHREIBUNG

Besuchsreise beim APT Nicaragua

Wie wir bereits mehrmals auch in der CONTRASTE angekündigt hatten, wollten wir in der Zeit vom 22.4. bis zum 22.5. dieses Jahres eine Besuchsreise nach Nicaragua durchführen. Leider haben sich nur wenig Interessierte gemeldet, so daß es uns nicht angemessen schien zum jetzigen Zeitpunkt nach Nicaragua zu fahren. Wir möchten nun einen erneuten Versuch machen, Interesse für diese Reise zu wecken. In Absprache mit den bisher Interessierten planen wir nun, zum Jahreswechsel 1994/95 zu fahren. Wir erwarten einen TeilnehmerInnenkreis von ca.15-20 Personen aus Selbstverwaltungsbetrieben, Gewerkschaften, Dritte-Welt-Läden und MittelamerikaKomitees.

Die Gesamtkosten der Reise werden ca. DM 3.000, betragen. Das Informationsbüro Nicaragua wird zur Fundierung der Reise mindestens 3 Vorbereitungsseminare, eine intensive Betreuung vor Ort und zwei Nachbereitungsseminare anbieten. Ein erstes Treffen haben wir für den 1. Juni (abends) und 2. Juni geplant.InteressetInnen bitten wir daher, sich ganz schnell bei uns zu melden, damit wir in die weitere Vorbeitung gemeinsam einsteigen können. Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 101320, 42013 Wuppertal, Tel.0202-300030, Fax 0202-314346.

PLAKATMAPPE:
STADTGUERILLA

Plakate der letzten 25 Jahre aus:
BRD
Italien
England
Frankreich
Niederlande

14 verschiedene Plakate. Ein Plakatüberblick in der Geschichte der letzten 25 Jahre zum Thema Stadtguerilla in der BRD. Aus dem Beständen des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam. Der Überschuß kommt der Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen zu.
DIN A3 - teilweise vierfarbig, Mappe. (Gegen 30 DM + 10 DM Porto u. Verpackung, nur gegen Vorkasse - Scheck, Bargeld)

CONTRASTE
Postfach 104520
69035 Heidelberg

Eine Initiative von CONTRASTE in Kooperation mit ID-Archiv im ISG, Amsterdam

EUROPÄISCHES NETZWERK (REEAS)

Alternativen für Europa

Alternative und soziale Wirtschaft könnte mit Europa-Geldern auf dem ganzen Kontinent wesentlich aktiver koordiniert und unterstützt werden. Diesem Ziel hat sich das europäische Netzwerk REEAS verschrieben, dessen umfangreiche Aktivitäten und Projekte vorgestellt werden.

Von Ricarda Buch, Berlin ● Zur Erinnerung: Bereits 1992 berichtete CONTRASTE vom Europäischen Netzwerk der Alternativen und Solidarischen Wirtschaft (REEAS), das im damaligen Februar auf einem Kongreß in Brüssel gegründet worden war. An diesem Kongreß hatten sich ca. 200 Menschen aus selbstorganisierten Projekten, selbstverwalteten Betrieben, aus Arbeitsloseninitiativen, neuen Genossenschaften und Entwicklungsagenturen verschiedener europäischer Regionen und vereinzelt sogar aus Übersee beteiligt. Voller Elan und in mehreren Sprachen wurde darüber diskutiert, wie in der Festung Europa der wachsenden Ausgrenzung und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, der fortschreitenden Umweltzerstörung, dem Verfall städtischer und ländlicher Regionen, dem zunehmenden Rassismus und der Massenerwerbslosigkeit von Frauen und Jugendlichen begegnet werden könne. Vom Aufbau eines europäischen Netzwerks der Selbsthilfeinitiativen (auf Französisch: Freiwilligenorganisationen) und selbstverwalteten Betriebe versprachen sich die Teilnehmenden mehr überregionalen Erfahrungsaustausch und damit auch Anregungen für die eigene Arbeit, mehr Kooperation und damit auch die Möglichkeit gemeinsame Projekte aus EU-Förderprogrammen finanziert zu bekommen, mehr gemeinsame Lobbyarbeit und damit wachsenden Einfluß auf nationale und EU-Verwaltungen.

ORGANISATIONSSTRUKTUR DES REEAS

Das Europäische Netzwerk der Alternativen und Solidarischen Wirtschaft wurde als eingetragener Verein nach belgischem Recht mit Sitz in Paris gegründet. Ein Lenkungsausschuß wurde mit der Aufbauarbeit betraut. In diesem Ausschuß sitzen jeweils 2 ProjektvertreterInnen aus Frankreich, Italien, Großbritannien, Deutschland, Portugal und Belgien, Vorsitzende ist Aline Archimbaud aus Paris. Für die deutsche Alternativszene wurden Kurt Regenauer, CONTRASTE Redaktion Nürnberg/ Dresden und ich, CONTRASTE Frauenredaktion und Regionale EntwicklungsAgentur für Frauenbetriebe in den Ausschuß gewählt.

Der Ausschuß traf sich seit 1992 alle 3 Monate, um konkrete Arbeitsvorhaben abzustimmen. Diese Arbeitstreffen fanden in unterschiedlichen Ländern statt – einmal sogar in Lissabon, was für uns erhebliche Reisekosten verursachte. Überhaupt ist das Problem der Reisekosten bisher nicht gelöst, denn das REEAS ist im Aufbau und kann sich noch nicht über Mitgliedsbeiträge finanzieren. Die Reisekosten mußten deshalb zum Teil aus der eigenen Tasche finanziert werden.

Da vorwiegend südeuropäische Projekte im Netzwerk aktiv sind, hat sich Französisch als Verhandlungssprache durchgesetzt. Erstaunlicherweise entwickelte sich der Lenkungsausschuß trotz dieser Hürden zu einem funktionierenden Arbeitsgremium. Dies ist nicht zuletzt auf den erheblichen Einsatz der Franzosen zurückzuführen, die derzeit mit großem Elan am Aufbau ihrer Alternativkultur arbeiten und vor allem sehr solidarisch untereinander sind. Es gelang ihnen sogar innerhalb eines Jahres eine nationale Interessensvertretung ihrer Projekte und Betriebe aufzubauen – das Reas Frankreich. Es scheint in Frankreich eben doch eine besser funktionierende politische Kultur zu geben als bei uns: die Bedeutung einer politischen Lobby der Alternativen steht dort außer Frage. Im Laufe der Zeit lernten sich die in den Lenkungsausschuß gewählten ProjektvertreterInnen besser kennen, Freundschaften entwickelten sich und das Verständnis für die kulturellen Unterschiede der jeweiligen Alternativszene wuchs.

Arbeitsvorhaben und Arbeitsgruppen

EURALTER

Im Dezember 1992 wurde in Paris das EURALTER von den Projekten des Lenkungsausschusses gegründet. Für die BRD war der CONTRASTE-Verein mit von der Partie. EURALTER ist ein Wirtschaftsbetrieb auf Gegenseitigkeit nach europäischem Recht. EURALTER hat zum Ziel, finanzielle Standbeine für das REEAS auf der Basis einer europäischen Trägerform zu entwickeln. Im Laufe des Jahres 1993 mußte sich der CONTRASTE-Verein aber wegen einer angestrebten Änderung der Trägerform wieder aus EURALTER zurückziehen.

Die Europäische Bank der Bürger und Regionen

Es wird derzeit diskutiert, ob das EURALTER Träger einer europäischen Bank der Bürger und Regionen werden soll. Ein Konzept für diese Bank wurde von den Franzosen angedacht. So soll die Bank der Bürger und Regionen nach der Vorstellung Jean Paul Gautiers eine Genossenschaftsbank diverser lokaler Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Spar- und Kreditvereine werden. Sie sollen das Startkapital beisteuern und die Investitionspolitik demokratisch bestimmen. Über die Art der Kreditüberwachung wird bisher nichts ausgesagt. Ich gehe davon aus, daß diese auf lokaler Ebene über die an der Genossenschaft beteiligten Organisationen erfolgen soll. Das Vorhaben wird bisher vorwiegend von Projekten unterstützt, die im Bereich des lokalen Sparens im französischen Baskenland, in Flandern (Belgien und Frankreich) und auf Korsika Erfahrungen gesammelt haben und offensichtlich ziemlich erfolgreich arbeiten. Großes Interesse an diesem Vorhaben zeigen auch portugiesische und spanische Projekte. Ursprünglich wollte sich ein genossenschaftlicher Spar- und Kreditverein aus Ober- und Mittelitalien (Inter-MAG) ebenfalls einklinken. Zur Zeit hat Inter-MAG interne Probleme und hat sich deshalb erst einmal von diesem Vorhaben zurückgezogen.

Von der Gründung einer europäischen Bank der Bürger und Regionen versprechen sich die Südeuropäer und vor allem die Franzosen einen große symbolische Ausstrahlung für die "economie social". Immer wieder betonten sie, daß in Südeuropa eine große Solidarität mit den Erwerbslosen besteht. Dies sei auf die Rolle der Familie als Kern der Gesellschaft zurückzuführen. Erwerbslose und nicht erwerbsfähige Menschen würden in den südlichen Ländern in schwierigen Situationen von der Familie aufgefangen. So seien auch viele Menschen (Familien) bereit, solch eine Bank zu unterstützen. Für sie sei es besonders wichtig, den erwerbslosen Jugendlichen Identifikationsmöglichkeiten zu bieten und ein Zeichen gesellschaftlicher Solidarität zu setzen. Hierzu sei die Bank notwendig und geeignet.

Die an dem Vorhaben beteiligten Projekte wünschen sich einen engen Kontakt zur Ökobank und zu anderen Alternativbanken. Im Unterschied zur Ökobank rührt die Motivation der Initiatoren der europäischen Bank der Bürger und Regionen aus dem Kampf gegen die fortschreitende Armut und Erwerbslosigkeit. Ökologische Zielsetzungen sind den sozialen eher untergeordnet.

KONGRESSE

Das Europäische Netzwerk der Alternativen und Solidarischen Wirtschaft ist ein Verein und hält deshalb jährliche Versammlungen seiner Mitgliedsprojekte ab. So fand auch 1993 eine weitere REEAS-Konferenz statt – diesesmal in Portugal. Auf der Konferenz in Vimeiro wurden die einzelnen Arbeitsvorhaben in einem größeren Kreis ausführlich diskutiert. Die deutsche Beteiligung war aufgrund der großen Entfernung und geringer Mittel für Reisekosten entsprechend gering (Michael Berger, Aufsichtsratsmitglied der Ökobank und ich nahmen an dem Treffen teil). Stark vertreten waren natürlich portugiesische, spanische und französische Projekte. Inhaltlich wurde eingehend über das Bankprojekt diskutiert und über die auf Seite 9 abgedruckte Charta.

Die Charta wird als inhaltliche Plattform verstanden, die die politische Ausrichtung des Netzwerks umschreibt. Die von den Franzosen eingebrachte Vorlage wird allgemein nicht als endgültig angesehen. Sie gibt nur die Richtung an und es wird allgemein gehofft und für wichtig angesehen, sie zu erweitern, zu verfeinern. Arbeitskreise der Selbstverwaltung und Alternativökonomie, die Interesse haben, an diesem Diskussionsprozeß teilzunehmen, sind aufgefordert, sich einzuklinken.

OKTOBER 1994: REEAS IN WARSCHAU

Gelegenheit hierzu bietet das nächste Treffen des REEAS – voraussichtlich ab dem 15. Oktober 1994 in Warschau. Warschau – nach Brüssel und Vimeiro (Präsentation der portugiesischen Alternativen) – soll nun als Tagungsort den polnischen und osteuropäischen Initiativen Raum zur Präsentation bieten. Die Organisation und Vorbereitung der 4. REEAS-Konferenz hat der polnische Verband der Arbeitsloseninitiativen KOB übernommen. Wir erhoffen uns von dem Treffen, Menschen aus Polen, ihre Probleme und Lösungstrategien näher kennenzulernen und vor Ort Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu entwickeln. CONTRASTE wird das genaue Tagungsprogramm noch bekannt geben.

SEPTEMBER 1994: REEAS ZUR LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG

Beschlossen wurde auf der MV des REEAS in Vimeiro ferner einen 4-tägigen Kongreß zur ländlichen Entwicklung ab dem 20.9.1994 in Alentejo (Portugal) zu veranstalten. Die Reisekosten müssen vermutlich selbst übernommen werden, Unterkunft und Verpflegung werden gestellt. Vor dem Hintergrund des Inkrafttretens der Maastrichter Verträge, der EU-Landwirtschaftspolitik (PAC) und des Handelsabkommens GATT sollen Möglichkeiten der Entwicklung solidarischer Beziehungen und Kooperationen zwischen Bauern und der ländlichen Bevölkerung des Nordens, Südens und Ostens diskutiert werden. Der Kongreß wird von den portugiesischen Organisationen Inde und Terras Dentro vorbereitet. Jeweils 2 VertreterInnen des Südens, Nordens und Ostens sollen für die Vorbereitung von Themen für AG's 2 Wochen vorher nach Portugal eingeladen werden. Interessierte Projekte können Vorschläge an folgende Adresse schicken:
Terras Dentro · Rita Silva Graca
Rua Nova 50 · 7095 Alcacovas, Portugal
Fax: 00351 66 94002

Aufbau eines Netzwerks von Fraueninitiativen aus der Bekleidungsbranche

Auf dem Frauenforum in Vimeiro wurde beschlossen, eine Initiative zum Aufbau eines europäischen Konsortiums von Frauenbetrieben und -beschäftigungsprojekten im Bereich der Textil- und Bekleidungsbranche sowie aus dem Kunsthandwerk in Gang zu setzen. Hierzu soll im Herbst 1995 ein Kongreß mit Modemesse und -show im neueröffneten Gründerinnenzentrum Weiber-Wirtschaft in Berlin stattfinden. Bereits jetzt haben zahlreiche Frauenbetriebe aus Portugal und Frankreich ihr Interesse bekundet. Ziel des Kongresses ist es, Kooperationen in Produktion und Vertrieb länderübergreifender Qualifizierungsprojekte zu entwickeln. Damit könnten neue Erwerbsmöglichkeiten für Frauen in dieser Branche erhalten und ausgebaut werden. CONTRASTE wird über den Fortgang des Vorhabens berichten. Interessierte Frauen können sich an die Frauenredaktion wenden.

EIN BÜRO IN BRÜSSEL

Zur Bewältigung von Koordinierungsarbeiten benötigt das Europäische Netzwerk der Alternativen und Solidarischen Wirtschaft dringend ein Büro in Brüssel. Neben Öffentlichkeitsarbeit wie der Mitgliederwerbung und Tagungsorganisation soll das Büro vor allem die Beantragung von Gemeinschaftsprojekten der Mitglieder unterstützen. Erste Schritte zur Beantragung von Fördermitteln für das Büro wurden bereits unternommen. Es steht jedoch noch viel Lobbyarbeit an, bevor dieses Vorhaben realisiert werden kann. Deshalb wird innerhalb des Lenkungsauschusses auch über andere Finanzierungswege nachgedacht. Vorschläge hierzu werden auf dem Kongreß in Warschau diskutiert werden müssen.

AUFBAU EINES EUROPÄISCHEN COMPUTERNETZWERKS

Um einen schnellen Informationsfluß unter den Netzwerkmitgliedern zu gewährleisten, soll ein europäisches Computernetzwerk aufgebaut werden. Eine AG hierzu wurde ebenfalls in Vimeiro eingesetzt. In diesem Zusammenhang haben sich die CONTRASTE-Redaktionen bereits über eine Mailbox vernetzt. Ein europäisches Computernetzwerk kann neben der Vermittlung von Projekt- und Betriebspartnerschaften auch die Antragstellung im Rahmen von EU-Förderprogrammen erleichtern. Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken der lokalen Ökonomie und des europäischen Genossenschaftswesens sind bereits im Gang, denn diese arbeiten ebenfalls am Aufbau eines Computernetzwerks. Mehr dazu von Kurt Regenauer auf Seite 1.

BEREICH »FAIRE HANDELSBEZIEHUNGEN«

Der Aufbau von alternativen und solidarischen Wirtschaftsstrukturen kann sich nicht auf die europäischen Regionen beschränken. Produktionsauslagerungen nach und Importe zu Dumping-Preisen aus Billiglohnländern kennzeichnen unsere heutigen Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern und treibt diese in immer größere Abhängigkeit vom Markt Europa, in Verschuldung und Verelendung.

Kein Wunder, daß sich das REEAS, wie in der Charta angesprochen, für eine andere Wirtschaftspolitik mit den Entwicklungsländern einsetzen will. Als erster Schritt hierzu soll die Zusammenarbeit von Initiativen, die Produkte aus Entwicklungsländern zu fairen Preisen importieren, gestärkt werden.

KONSORTIEN

In der Vergangenheit wurden über das REEAS mehrere Projektpartnerschaften vermittelt, die für länderübergreifende Gemeinschaftsprojekte Fördermittel der EU bekamen: Das größte Vorhaben dieser Art ist das HORIZON-Konsortium innerhalb des REEAS. Daran sind 10 Projekte aus Portugal, England und Frankreich beteiligt, die in Bereichen wie Wohnungsbau und Sanierung im Kiez, Recycling von Altstoffen, Beschäftigung von sozial Benachteiligten und Behinderten tätig sind. Das HORIZON-Konsortium gilt auch in offiziellen EU-Kreisen als ziemlich erfolgreich. Da das HORIZON-Programm neu aufgelegt wird, ist das HORIZON-Konsortium des REEAS derzeit dabei, sich neu zu formieren. Weitere 10 Projekte werden zukünftig mitarbeiten. Neben der transnationalen Zusammenarbeit über HORIZON kam auch ein Gemeinschaftsprojekt von Fraueninitiativen zusammen. An diesem sind jedoch nur drei Organisationen aus der BRD, Frankreich und Portugal beteiligt. Ursprünglich wollten noch weitere Projekte aus Italien, Irland und Belgien im Rahmen von NOW (Förderprogramm zur Beschäftigung von Frauen in der EU) zusammenarbeiten. Dies scheiterte zum Teil an länderspezifischen und projektinternen Voraussetzungen. Auch in Zukunft wird sich das REEAS dafür einsetzen, daß Mittel zum Aufbau einer solidarischen und alternativen Wirtschaft bereitgestellt werden. An Ideen mangelt es nicht, sondern an Einfluß. ●

EUROPA

REEAS:

Charta und Zielformulierung

»Schon bald nach seiner Gründung hat sich das Europäische Netzwerk für Alternativ- und Solidarwirtschaft (REEAS) selber eine Charta gegeben, die am . in Pantin verabschiedet wurde.«

DEKLARATION UND AKTIONSPROGRAMM

Eine Welt in Angst

Das Ende des 20. Jahrhunderts ist nicht nur in Europa, sondern weltweit geprägt von einer zunehmenden Verdrossenheit gegenüber Wertvorstellungen, die das Denken und Handeln in diesem Jahrhundert entscheidend bestimmt haben.

- Der Fortschrittsglaube: Der wirtschaftliche, technologische und wissenschaftliche Fortschritt sollte das Glück auf Erden verwirklichen, Hunger und Armut beseitigen.
- Die Gesellschaftsveränderung: Ihr Hauptakteur ist die Arbeiterklasse. Hinter sich hatte sie als Basis den real existierenden Sozialismus.
- Die nationalen Befreiungsbewegungen und die politische Organisation der jungen Nationen als eigenständige Vision eines dritten Wegs.

Der ökonomische Kollaps und zeitweilig sogar Hungersnöte in den südlichen Ländern, im Norden Massenarbeitslosigkeit und zunehmende Verarmung, Chaos unter den Nationen im Osten, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, drohende ökologische Katastrophen scheinen Ausdruck einer Welt bar jeder Orientierung und Sinnhaftigkeit zu sein.

Wie die Auseinandersetzungen um die Währungen oder die Asylfrage zeigen, werden in Europa selbst positive Ansätze auf der lokalen und überregionalen Ebene durch technokratisches, rein materiell ausgerichtetes oder national-chauvinistisches Handeln behindert. Breite Bevölkerungsschichten, besonders die Einkommensschwachen erleben diese Entwicklung als Bedrohung und Unsicherheitsfaktor.

.....

Es scheint, als ob dieses Jahrhundert – mit seinen 2 verheerenden Weltkriegen und zahlreichen mörderischen Regionalkonflikten dem Planeten die offenen Rechnungen präsentiert, Rechnungen eines Wachstums ohne Grenzen, dessen kontraproduktive Wirkungen nicht auf sich warten lassen.

Erneuerungsperspektiven

Dennoch regt sich Anfang des 3. Jahrtausends Widerstand. Unter neuen Namen, mit anderen Aktionsformen und Solidaritätsbekundungen wird die Tradition früherer sozialer Bewegungen weiter- und neu entwickelt. Zeichen dieses Erneuerungspotentials ist:

- das Ende der Apartheid
- Friedensverhandlungen im Nahen Osten
- demokratischer Widerstand in Afrika
- Wiederentstehung sozialer Bewegungen in den ehemaligen Diktaturen des Ostens

Zum Schutz der Umwelt ist in vielen Regionen Europas inzwischen eine neue Bewegung mit neuen Aktionsformen und neuen Forderungen entstanden. Sie setzt sich ein für ein anderes Leben und Arbeiten, für die Mitgestaltung und -bestimmung von regionalen Förderprogrammen, für eine basisdemokratische Gewerkschaft. Sie agiert gegen die Agrarindustrie und gegen die fortschreitende Armut.

Für eine alternative und solidarische Wirtschaft

In ganz Europa setzen sich verschiedene Netzwerke und Bewegungen für eine solidarische und alternative Wirtschaft ein.

- Sie unterscheiden sich in ihren philosophischen, ethischen und politischen Wurzeln
- Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihres sozialen Ursprungs: (Stadt- und Landbewohner, Jugendliche und Senioren, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Beschäftigte und Arbeitslose, Handwerker und Händler)
- Sie unterscheiden sich in Bezug auf ihre Organisationsformen: (Vereine, Genossenschaften, GmbH's, lockere Netzwerke, Lebensgemeinschaften etc....)

Ähnliche Wertvorstellungen und Anliegen verbinden sie, z.B. Autonomie, Solidarität, Gleichberechtigung. Dadurch stellen diese Bewegungen die Werte des bestehenden Wirtschaftssystems in Frage.

Der Solidar- und Alternativwirtschaft geht es um die Einbeziehung und Verteilung aller Kosten (z.B. Entsorgungskosten von Atommüll beim Energiepreis aus Atomstrom), um die Art und den Ort der Arbeit (z.B. unbezahlte Schattendienste von Frauen im Haushalt bei der Betreuung Nichterwerbsfähiger), um die Funktion des Handels, um eine lokal sinnvolle Produktionsanbindung, um die Funktion des Tauschmittels Geld, um das Verhältnis von Konsumenten und Produzenten und um die Art der Produkte (sozial und ökologisch sinnvolle Produkte und Dienstleistungen).

Die Beschäftigung mit so dringlichen Problemen führt zwangsläufig zur Forderung nach einer sozialen Neuordnung, die andere Kriterien und Methoden entwickelt als die herrschenden, die uns angeblich aus der Krise führen, jedoch versagt haben.

Diese Neuordnung soll Rahmenbedingungen für eine Demokratisierung der Wirtschaft schaffen; dabei geht es weder um die Etablierung von autoritären Systemen noch um einen unkontrollierten Liberalismus, sondern um eine vorsichtige Kontrollfunktion des Staates, der die Bürger und Völker dauerhaft zu den Hauptakteuren zukünftiger Entwicklungen macht.

Späte Realisierungen

In dieser Hinsicht sind die Bewegungen für eine andere Wirtschaft nicht nur die Träger der Kritik an der herrschenden Logik, sondern auch der konkreten Umsetzung von zukünftigen bedeutenden Veränderungen.

Gezwungenermaßen gehen solche Veränderungen von vom Staat oder vom traditionellen Unternehmertum vernachlässigten oder nicht anerkannten Bereichen aus oder diese sind für große Organisationen kaum zugänglich; z.B. von der ökologischen Landwirtschaft, von autonomen Gesundheits-, Bildungs- und Kultureinrichtungen, von Betreuungsdiensten, von Projekten im Bereich recyclebarer Energien, neuen Informationsdiensten ...

Häufig sind diese Initiativen in Problemregionen anzutreffen: in verwüsteten oder verseuchten Gegenden, in verlassenen oder verfallenen Stadtvierteln.

Sie kümmern sich um soziale Randgruppen, die durch Arbeitslosigkeit oder die urbane Krise ins Abseits gedrängt wurden: die Jugendlichen in den Städten, Ausländer, Obdachlose.

Sie haßen die Tendenz, ihre Arbeitsfelder zu erweitern (auf das Handwerk, den Handel, Versicherungen, neue Produkte, Wohnen, Verkehr) und zeigen dadurch, daß sie nicht nur in den von der herrschenden Gesellschaft vernachlässigten Gebieten tätig sind.

Dennoch konnten diese sozialen Initiativen bisher kaum mit den traditionellen Reformbewegungen kooperieren, etwa mit der historischen Genossenschaftsbewegung, da diese mittlerweile etabliert und Neuem gegenüber wenig offen sind.

Trotz ihrer unbestritten aufklärerischen Wirkung, trotz vieler kleiner jedoch qualitativ hochstehender Erfolge bleiben ihre sozialen Leistungen eher unsichtbar und ihre politische Wirkung dementsprechend schwach.

Diese Situation behindert ihre Kommunikation untereinander sowie die Einschätzung ihrer Möglichkeiten. Ihre eingeschränkten Tätigkeitsbereiche erschweren den Zugang zur Forschung, sowie die Zusammenarbeit unter den Betrieben oder Branchen änd die Erschließung größerer Märkte. Diese Hemmschwellen sollten wir in unseren Ländern überwinden. Es ist an der Zeit, hier und dort nationale Vernetzungen aufzubauen. Wir brauchen einen themenbezogenen Erfahrungs- und Informationsaustausch, Treffen und lokale Messen und unsere eigenen Zeitungen.

Das Europäische Netzwerk wird solche Aktivitäten zukünftig ermöglichen.

Standort und konkrete Ziele des Europäischen Netzwerks

Die Kennzeichen einer neuen Herangehensweise an die Ökonomie – Ganzheitlichkeit, Vielfalt, globale Betrachtung – sowie das entsprechende Haushalten mit der uns zur Verfügung stehenden Zeit, die Berücksichtigung der Bedürfnisse jedes nationalen Netzwerks und die Notwendigkeit der Zirkulation und des Tausches: Dies alles verlangt eine eindeutige Position des Netzwerks als neues Sprachrohr eines Europas der Bürger, die sich für die Anerkennung regionaler Unterschiede, den Schutz der sozial Schwachen und der Umwelt sowie Weltoffenheit und Toleranz einsetzen.

Es handelt sich darum – sowohl in den institutionellen Prozessen als auch in den Verhandlungen mit den sozialen Akteuren – der neuen Ökonomie, angesichts der Wiederentdeckung des sozialen Nutzens des dritten Sektors, den ihr entsprechenden Platz einzuräumen, sie als Inbegriff einer demokratischen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wirtschaft neben den öffentlichen Sektor und das traditionelle Unternehmertum zu stellen. Aus diesen Global- und Einzelheiten ergeben sich mehrere Aufgaben und Arbeitsfelder:

1. Entwicklung eines Modells für die europaweite Zusammenarbeit zwischen Netzwerken und Betrieben, insbesondere Förderung eines europäischen Finanzierungsinstruments für die Bürger und Regionen.
2. Unterstützung und Ermutigung von Netzwerken im Bereich des fairen Handels
3. Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit syndikalistischen Koordinationsgruppen, die sich für Produktionsumstellungen in Landwirtschaft und Industrie sowie Arbeitsteilung, -veränderung und -schutz einsetzen.
4. Verbindungen zu den Netzwerken der Arbeitslosen schaffen, insbesondere um den Einfluß auf die Institutionen zu vergrößern und die Voraussetzungen für Genossenschaftsgründungen zu verbessern.
5. Aufbau eines Netzwerks zum Informationsaustausch und zur Weiterbildung im Bereich alternativer Technologien und Innovationen.
6. Rahmenbedingungen für den theoretischen Austausch als unentbehrlich für die Weiterentwicklung der Praxis schaffen. Das gegenseitige Kennenlernen der Mitglieder des Netzwerks ist die Minimalvoraussetzung, um sich in diese Richtung zu bewegen: -Tourismus- und Besuche, die Möglichkeit -etwas zusammen zu machen-, regelmäßige europäische Treffen werden dann zur Entstehung von Freundschaften führen.

Ein offenes und vielfältiges Netzwerk

Das Europäische Netzwerk verpflichtet sich zu einer strikten Unabhängigkeit gegenüber Parteien und Gruppen.

Es sucht den offenen Dialog mit der (Zivil)-Gesellschaft und besonders mit den Netzwerken der Sozialwirtschaft, mit der es zahlreiche gemeinsame Werte verbindet. Es arbeitet so oft wie möglich mit den europäischen Institutionen und nationalen Verwaltungen zusammen, dabei wahrt es seine Ausdrucksformen, seine Freiheit und die Möglichkeit zur Kritik.

Der erste Schritt besteht darin, möglichst viele der Strukturen, die mehrheitlich in den jeweiligen Ländern vertreten sind, zu sammeln. Dabei sollen die Unterschiede innerhalb jedes einzelnen Landes gewahrt bleiben. Sollten mehrere Netzwerke eines Landes vertreten sein, unterstützt unser Netzwerk keine Etikettierung.

Seine geographische Einordung muß nicht unbedingt die der EG sein. Es breitet sich im ganzen geographischen und historischen Europa aus. Darüberhinaus strebt es die Verbindung zu anderen regionalen Netzwerken in Asien, Afrika, Amerika und Ozeanien an.

Seine Verwaltungsstrukturen fußen auf den demokratischen Prinzipien des Vereins, d.h.:

- Jedes Mitglied hat unabhängig von seiner Größe gleiche Rechte
- Gleichheit der Geschlechter (Quotierung)
- Rotation der Verantwortlichen
- Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß
- Transparenz

Um eine zu große Abhängigkeit gegenüber dem Staat und öffentlichen Institutionen zu verhindern, setzt das Netzwerk adäquate Mittel in Übereinstimmung mit seinen Grundsätzen zur Verwirklichung seiner Ziele ein.

Hilf dir selbst

Die Verfassung des Europäischen Netzwerks ermöglicht jedem nationalen Mitglied ein neues Maß an Autonomie und Solidarität.

Es definiert die Identität und den Standort jedes Einzelnen im Sinne einer Dynamik, die ihm eine eigenständige Entwicklung und selbständiges Lernen ermöglicht.

Im Grunde ist die Verfassung des Europäischen Netzwerks der Aufbruch zu einer Kultur der sozialen Veränderung, die nicht die Macht, sondern die Mächtigen in Bewegung setzen will und sich durch die Übereinstimmung von Wort und Tat auszeichnet.

Der Einsatz ist groß. Gegen Gefahr vor Krieg und Katastrophen setzen wir uns für die Mobilisierung von benachteiligten Ressourcen der Gebiete und Kommunen ein.

Wir meinen, was die Völker trennt, ist nicht so wichtig wie das, was sie zusammenführt. Ihr Unterschiedlichkeit kann eine neue gemeinsame Identität bereichern.

Da, wo wir uns befinden, fangen wir an, ein 21. Jahrhundert voller Hoffung und Erneuerung zu aufbauen. ●

OST-WEST-EUROPÄISCHES FRAUEN-NETZWERK

Was lange währt ...

OWEN, das Ost-West-Europäische FrauenNetzwerk e.V. in Berlin, lud am 11. Dezember des letzten Jahres zur Abschlußveranstaltung seines internationalen Kongresses »Hilfe zur Selbsthilfe« ins Berliner 'Haus der Kulturen der Welt' ein. Die Veranstaltung bot eine Menge an Erfahrenswertem und ließ eine Menge Fragen offen.

Anne Bussmann, Redaktion Frauen ● Macht zog mich zu dieser Veranstaltung. Die Macht der Nostalgie und die Macht der Neugier. Denn -wenn wir uns nicht selbst helfen, wird uns niemand helfen-, das kenne ich von früher aus der Frauenbewegung. OWEN dagegen kannte ich noch nicht und auch nicht, wie Frauen dies Motiv heute gestalten. Also zog ich des Abends gespannt in die -Schwangere Auster-, auch, um über die Berliner Frauenbewegung einen Überblick zu bekommen. Ich dachte nämlich, daß in der großen, alten Kongreßhalle viele Projekte und Initiativen und noch mehr einzelbewegte, vernetzte Frauen Platz haben.

An der Garderobe, umgeben von zahlreichen festlich gekleideten, ausländischen NachbarInnen, stellte ich fest, daß diese allesamt in den großen Saal gingen und daß der OWEN-Kongreßabschluß im kleinen Vortragsraum zweimal rechts die Treppe runter stattfand. Begrüßt wurde ich dort mit einem Becher Chianti und dem Hinweis, daß leider alles später beginne. OWEN-Informationsmaterial als Pausenlektüre gab es nicht – -aber lassen Sie doch Ihre Adresse hier, wir melden uns dann- – gesagt, getan.

Frau Dr. Regine Hildebrandt, Eröffnungsrednerin und forsche Arbeitsministerin aus Brandenburg, wartete auch. Nach und nach kamen an die 90 Frauen, und es wurde bunt: Sari neben Flanellkostümen neben Batikgewändern neben 'Berliner Schwarz'; verschiedenste Sprachen zwischen Lippenstift und Turnschuhen. Den Anblick und die Souveränität des Daseins dieser Frauen in farbenstrahlendem Tuch habe ich am meisten genossen.

Und die Frauen begannen zu erzählen. 50 Frauen aus 13 Nationen hatten sich eine Woche lang ausgetauscht über ihre Projekte in der jeweiligen Heimat und voneinander und miteinander gelernt. Es sind -Graswurzelprojekte-, Anfänge, um unabhängig zu sein und zu werden von überall viel zu geringer Umverteilung, um die eigenen Lebensbedingungen selbstverantwortlich zu verändern. Sie erzählten von einer Frauenbank in Indien, von Nachbarschaftshilfen, auch unter IndianerInnen, in den USA und in Rußland, von einem Rehabilitationszentrum für Folteropfer in Albanien, von einem Frauengeldkreislauf zur Aus- und Weiterbildung in Ghana, gespeist aus dem Verkauf ihrer handgearbeiteten Produkte, und von der Entwertung ihrer Kompetenzen und angeordneter, aber nicht realer Gleichberechtigung nach der -Wende- in Deutschland. Interessant und anregend war jeder Vortrag. Ein Bild davon, wie die Erzählerinnen zusammengearbeitet haben, möchte ich zeigen: Eine, die Englisch, Russisch und Deutsch kann, sitzt zwischen zwei Russinnen, umarmt diese – das macht schon drei zusammengesteckte, verschwörerische Köpfe – und teilt ihr Können: Sie übersetzt.

Aber ich hatte noch Fragen. Ich wollte noch einiges zu den Projekten wissen und warum keine anderen Berliner Frauenprojekte, die ja alle aus dem Selbsthilfemotiv entstanden sind, am Erfahrungsaustausch teilgenommen haben. Und ich wollte wissen, was OWEN ist und macht, wer es finanziert, wie seine Zielsetzungen sind, mit wem es zusammenarbeitet ...

Als ich meine Fragen stellen wollte, räumten einige Frauen die Stühle beiseite, um einen gemeinsamen Tanz vorzuführen. Fragen hinterher, hieß es. Nach dem Tanz – einiges Publikum war bereits nach Hause gegangen – wurde das Buffet eröffnet. Und weil alle hungrig waren ... In Gesprächen erfuhr ich, daß OWEN als eines von fast 50 selbstverwalteten Frauenprojekten auch vom Brandenburger Arbeitsministerium gefördert wird. Bei den ersten Abräumaktionen versuchte ich, einer Frau von OWEN ein paar Fragen zu stellen. Sie hatte gerade keine Zeit, ich solle sie anrufen. So wählte ich mehrmals die angegebene Nummer und wartete auf das Info-Material.

Heute – nach ca. 120 Tagen – hörte ich nun, daß diese Nummer die Anrufbeantworter- und Faxnummer sei und die Öffentlichkeitsarbeitende im Ausland. Aber die Kongreßauswertung und das Info-Material könne ich natürlich erhalten, wie denn meine Adresse laute. Wieder bin ich gespannt. Meine Fragen habe ich ausnahmslos immer noch; es sind sogar einige dazu gekommen: Wie sieht es aus mit solidarischen Aktionen von Ost- und Westfrauen gegen den Abbau von Fördergeldern? Reichen zum Protest und zum Endlich-Mehr-Macht-Haben Erfahrungsaustäusche? Ab wann ist das Sich-Selber-Helfen im Graswurzelradius eine Sache, die das Zuhausebleiben attraktiv macht? Und wäre genau das eine – zugegeben unverschämt subversive – Strategie für uns?! ●

PS: Jetzt – einen Tag später – weiß ich mehr: OWEN knüpft, organisiert, unterstützt und vermittelt Frauen-Kontakte in alle und aus aller Welt. Falls Ihr mehr wissen wollt: OWEN, Chausseestr. 58, 10115 Berlin, Fon 030/283 22 51/3, Fax 030/283 22 52. Im April erscheint eine Dokumentation des Kongresses.

EUROPA

GROSSBRITANNIEN

Entwicklungsagenturen für Produktivgenossenschaften

Eine starke produktiv-genossenschaftliche Bewegung geht in den meisten europäischen Ländern einher mit einem staatlich anerkannten Netz von genossenschaftlichen Entwicklungsagenturen. Dies ist in Großbritannien nicht der Fall. Regionale oder nationale Förderungen zur Entwicklung von Produktivgenossenschaften existieren dort nicht. Trotzdem hat sich im Laufe der Jahre in Großbritannien ein autonomer nationaler Dachverband für Produktivgenossenschaften (ICOM) entwickelt.

Im Laufe der letzten 15 Jahre ist die Zahl der Produktivgenossenschaften in Großbritannien von 10 auf ca. 1.500 angewachsen. Dieses Wachstum spiegelt sich in der Entstehung von Entwicklungsagenturen: die erste wurde 1976 in Schottland gegründet, 1984 waren es bereits 34 und heute gibt es 80. Gebraucht werden mehr, doch die konservative Regierung subventioniert sie nicht.

Eine Co-operative Development Agency (CDA) hat normalerweise 2-6 MitarbeiterInnen und ein Budget von etwa 130.000 Pfund jährlich (360.000 DM). Trotz ihrer bescheidenen Größe spielt sie eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung neuer und dem Erhalt und Ausbau bestehender Genossenschaften.

ENTSTEHUNG UND FINANZIERUNG

Bestehende Produktivgenossenschaften oder ein politisch motiviertes Umfeld setzte sich in einer Stadt oder einer Region für die Gründung einer Entwicklungsagentur ein und beantragte deren Finanzierung aus städtischen Töpfen oder von der zuständigen Landesregierung. Die Entwicklungsagentur wurde in der Folge aus Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Local Government Act) subventioniert, da sie als Mittel zur Entwicklung von Arbeitsplätzen betrachtet wurde. In der Regel unterstützen mehrere Städte gemeinsam mit der Landesregierung eine Entwicklungsagentur. Das Weiterbildungsprogramm von CDA's wird zu 45% aus dem EU-Sozialfonds und zu 55% aus öffentlichen Quellen finanziert.

WAS SPRICHT FÜR ENTWICKLUNGSAGENTUREN?

Seltener ging die Gründung einer CDA von den Lokalbehörden aus. Obgleich nur wenige CDA's von den konservativen Behörden gegründet oder subventioniert werden, gelten Produktivgenossenschaften mittlerweile bei allen politischen Parteien als Strategie zur Entwicklung von neuen Erwerbsmöglichkeiten. ICOM, der Dachverband der Produktivgenossenschaften hat hier gute Lobbyarbeit geleistet. Lokale, regionale und nationale Verwaltungen wurden mit folgenden Argumenten überzeugt:

1. Produktivgenossenschaften sind im Besitz von Einheimischen und ziehen selten um.
2. Sie bieten hochwertige Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen für die MitarbeiterInnen an: Mitbestimmung bezüglich der Arbeitsinhalte, der flexiblen Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung.
3. Produktivgenossenschaften haben nicht nur kommerzielle, sondern auch soziale Ziele. Sie stellen gesellschaftlich nützliche Waren her oder sind im Bereich der sozialen Versorgung tätig.
4. Das Unternehmen wird nicht aus persönlichem Profitstreben verkauft.
5. Produktivgenossenschaften bieten oft gute und flexible Arbeitstrukturen und Arbeitsbedingungen für Frauen oder andere auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligte an.
6. Menschen mit wenig Vermögen können in einer Produktivgenossenschaft ihre Geschäftsideen verwirklichen.
7. Produktivgenossenschaften sind überlebensfähiger als traditionelle kleine und mittlere Unternehmen.

INTERNER AUFBAU

Die typische Trägerform einer Entwicklungsagentur ist die GmbH mit Aufsichtsrat. Im Aufsichtsrat sitzt die geldgebende Behörde und mehrheitlich VertreterInnen von örtlichen Produktivgenossenschaften. Dies garantiert die Autonomie der CDA und den Einfluß der Produktivgenossenschaften auf die Arbeitsinhalte. Der gewählte Aufsichtsrat tagt regelmäßig und ist für die Gesellschaft verantwortlich. Die MitarbeiterInnen berichten manchmal sogar täglich über ihre Arbeitsinhalte. Manche CDA's haben eine Geschäftsführung, andere treffen ihre Entscheidungen kollektiv, manche haben Einheitslöhne, andere ein unterschiedliches Lohnniveau. Auch die Qualifikationen und Kenntnisse der MitarbeiterInnen unterscheiden sich erheblich. Einige sind professionelle UnternehmensberaterInnen, andere erfahrene Genossenschaftsmitglieder. Größere CDA's (z.B. Scottish Co-operative Development Committee oder Black Country CDA mit 15 MitarbeiterInnen) stellen vorwiegend gelernte Experten aus Produktivgenossenschaften ein.

AUFGABENGEBIET EINER CDA

1. Training

Die CDA's bieten:

- Kurse für Gruppen von Langzeitarbeitslosen mit geringen Kenntnissen über Genossenschaften und einem ersten Unternehmenskonzept,
- Training für eine Gruppe von Wiedereinsteigerinnen, die z.B. eine Kinderkrippe in einer Siedlung von Benachteiligten gründen wollen,
- Training für Frauen, die in der lokalen Buskooperative Fahrerinnen werden wollen: In diesem Fall findet die Fachausbildung in der Berufsschule statt und die Geschäftsausbildung in der CDA,
- Kurse in Marketing und EDV für MitarbeiterInnen bestehender Produktivgenossenschaften. Diese Kurse werden vom EU-Sozialfonds unterstützt.

2. Unternehmensberatung und Unterstützung

Die CDA beraten Produktivgenossenschaften bei der Klärung von Geschäftsideen, Erstellung von Geschäftsplänen, Suche nach Finanzierungsquellen. Sie suchen finanzielle Unterstützung für bestimmte benachteiligte Gruppen, die ihre Geschäftsideen verwirklichen wollen.

3. Schule und Ausbildung

Einige CDA's führen Ausbildungskurse in Schulen durch, um Jugendlichen die Vorteile kooperativen Denkens und des genossenschaftlichen Wirtschaftens nahezubringen. In einigen Schulen wurden sogar genossenschaftliche 'Teen Coops' gegründet, in denen die SchülerInnen ihr eigenes kooperatives Unternehmen organisieren.

4. Betriebsübernahmen durch die Belegschaft

Im Fall eines Konkurses oder von Entlassungen eines großen Teiles der Belegschaft versucht die CDA die ganze oder Teile der Firma zu retten und in eine Produktivgenossenschaft umzuwandeln. Bei der Umwandlung in Belegschaftsbetriebe spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Deshalb ist der CDA an einem guten Verhältnis zu den Gewerkschaften gelegen.

5. GründerInnenzentren

Einige CDA's verfügen über Räumlichkeiten für Werkstätten und Büros, die sie an junge Produktivgenossenschaften vermieten. Die CDA stellt diesen die entsprechende technische Infrastruktur (Fax, Kopierer..) und zwanglose Beratung zur Verfügung. Sobald sich die jungen Unternehmen etabliert haben, müssen sie ausziehen, um Neuen Platz zu machen.

6. Finanzierung

Einige CDA's verfügen über Kreditfonds. Sie gewähren Zuschüsse und Darlehen an neue Genossenschaften und helfen bei der Suche nach Startkapital.

7. Rechtsberatung

Die CDA hilft einer Gruppe von GründerInnen bei der Auswahl und Gestaltung der entsprechenden Rechtsform für ihr Unternehmen und begleitet das Eintragungsprocedere.

8. Kreditvereine

Die CDA's haben die Bedeutung von Kreditvereinen zur Herausbildung von Solidarität unter den BewohnerInnen von Siedlungen mit besonderen Problemen und für die Genossenschaftsbewegung erkannt und unterstützen solche Aktivitäten der BewohnerInnen.

Die genossenschaftlichen Entwicklungsagenturen in Großbritannien haben viel zur Entstehung neuer Arbeitsplätze für Erwerbslose beigetragen. ●

Helen Seymour, ICOM (red. überarbeitet R.Buch)

GEMEINWESENORIENTIERTE LOKALÖKONOMIE

Soziale Ökonomie – Lokale Ökonomie!

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Krise v.a. im der Großindustrie wenden sich viele Menschen wieder ihrer unmittelbaren Umgebung zu. Das »Europäische Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung« will die Interessen Gemeinwesensarbeit, örtliche Selbsthilfegruppen, Entwicklungsagenturen und lokale Beschäftigungsinitiativen vertreten und koordinieren.

Ralph Döring, Redaktion Berlin ● Im November 1992 fanden sich zur Gründung eines Europäischen Netzwerks (EN), im Anschluß an den Berliner Kongreß »In Europa voneinander lernen. Beschäftigungs- und Strukturpolitik in Krisenregionen«, über 40 Personen aus mehreren Ländern zusammen, die an ihren Orten und in ihren Regionen praktisch und wissenschaftlich an der Entwicklung und Umsetzung lokalökonomischer Strategien arbeiten.

Zwischenzeitlich ist die Mitgliedschaft des Netzwerks auf über 60 Personen aus acht, bisher vorwiegend westeuropäischen Ländern (England, Schottland, Deutschland, Frankreich, Dänemark, Schweden, Österreich, Italien und Rumänien) angewachsen. Sie vertreten etwa 50 non-profit Organisationen, die von der kleinen örtlichen Selbsthilfegruppe bzw. Kooperative über Entwicklungsagenturen, Beschäftigungsträgern und wissenschaftlichen Instituten bis zu regionalen oder landesweiten Zusammenschlüssen reichen, z.B.:

Coventry Boatbuilders Coop. – Media Romania – Kommunales Forum Wedding e.V. – Community Development Unit/ Mid Sweden University – ODILE Alsace – Neighbourhood Initiatives Foundation

Die Arbeitsgebiete der Mitglieder lassen sich grob folgenden Kategorien zuordnen:

- Forschung, Beratung und Bildung für lokale Beschäftigungs- und Strukturentwicklung sowie soziale Technikgestaltung,
- Entwicklung und Umsetzung von sozial-ökonomischen Projekten und Unternehmen, z.T. auf Grundlage von Gemeinwesenarbeit,
- lokale/regionale Vernetzung und Lobbyarbeit von und für Initiativen lokaler Entwicklung und ökonomischer Selbsthilfe.

Die einzelnen Aktivitäten reichen von A wie Arbeitslosenberatung bis Z wie Zimmereibetrieb.

Ausgangspunkt Krise

Das Europäische Netzwerk geht davon aus, daß wir derzeit weltweit den krisenhaften Umbruch einer Wirtschaftsweise erleben, die großindustriell-warenförmiges Wachstum über die konkrete Reproduktion von Menschen und ihren Lebensorten stellt. In Europa, und nicht nur hier, sind wir täglich mit einer weiteren Zunahme der Massenarbeitslosigkeit, der Verarmung, der ökologischen Schädigung konfrontiert.

Die Entwicklungen unterscheiden sich von Land zu Land im Ausgangsniveau, im Tempo und nach den historisch-politischen Umständen ihres Verlaufs, nicht aber in ihrer Grundstruktur. Sie folgen einer Spaltung der ökonomischen Entwicklung in

- einen Prozeß der Konzentration von Kapital und Ressourcen in immer enger werdenden 'Wohlstandsinseln' und
- einen gleichzeitigen und gegenläufigen Prozeß der Ausgrenzung einer immer größer werdenden Zahl von Menschen, Gemeinden und Regionen.

Chance für einen Perspektivwechsel

Die mit der Krise verbundene Desintegration aus – bisher oft als unumstößlich oder übermächtig angesehenen – Verflechtungszusammenhängen kann aber zugleich als Chance für einen Neuanfang begriffen werden.

Die Arbeit des Europäischen Netzwerks richtet sich auf einen Perspektivwechsel in dieser Zeit des Umbruchs der herrschenden Wirtschaftsweise und der regionalen Krisen. Weg von der herrschenden, exogen- oder export-orientierten Entwicklungsphilosophie, hin zu eigenständigeren Strategien ökonomischer Selbsthilfe und lokaler Entwicklung.

Zentrale Bestandteile solchen Strategien sind:

- Mobilisierung der lokalen Ressourcen für die Reproduktionsfähigkeit der Orte bzw. Regionen;
- Investition in die (ungenutzten) Fähigkeiten der (arbeitslosen) Bevölkerung als der bedeutendsten lokalen Ressource;
- Finanzierung von sozial und ökologisch nützlicher Arbeit anstelle der Finanzierung von Arbeitslosigkeit;
- Stärkung und Wiederbelebung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe, vornehmlich in den grundbedürfnisbezogenen Sektoren.

'Local work for local people using local resources' hat der Ökonom James Robertson vom Netzwerk-Mitglied »Turning Point 2000« den Ansatz auf eine griffige englische Formel gebracht.

Was bereits in den Krisenregionen Europas an originellen Ideen und Formen ökonomischer Selbsthilfe entstanden ist, ist mehr als eine Notlösung, sondern enthält positive, zukunftsorientierte Entwürfe, möglicherweise den Keim einer neuen, gemeinwesenorientierten Ökonomie.

Europäische Vernetzung für eine gemeinwesenorientierte Ökonomie

Das Europäische Netzwerk will die Arbeit seiner Mitglieder durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für lokale Entwicklung und ökonomische Selbsthilfe unterstützen, gemeinsame wissenschaftliche und praktische Projekte ermöglichen und dem beschriebenen entwicklungspolitischen Anliegen in Europa ein stärkeres Gewicht verschaffen.

Der Erfahrungsaustausch kann stattfinden in Form von

- Informationsvermittlung,
- direkten Besuchen, Arbeits- und Studienaufenthalten,
- Tagungen, Seminaren und Konferenzen.

Bi- und mehrnationale Partnerschaftsprojekte sowie thematische Arbeitstreffen sind in Vorbereitung. Dazu werden internationale Arbeitsgruppen zu den folgenden inhaltlichen Schwerpunkten eingerichtet:

- Ökonomische Gemeinwesenentwicklung – Forschung und Umsetzung
- Alternative Finanzierungsinstrumente
- West-Ost-europäische Zusammenarbeit

Beteiligungen bzw. Gründungen weiterer AGs sind sehr erwünscht.

'Lokale Ökonomie' und 'Soziale Ökonomie'

Die Mitglieder des Europäischen Netzwerks für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung verstehen sich als Teil der 'Sozialen Ökonomie' in Europa.

Innerhalb dieser Bewegung bzw. ihres Organisationsgefüges tritt es ein für die Stärkung und die direkte Kooperation von Initiativen für lokale Entwicklung und ökonomische Selbsthilfe, die von BewohnerInnen und/oder Beschäftigten getragen und bestimmt werden.

Aufgrund seiner praktischen Orientierung, politischen Perspektive und der notwendigen Interessenvertretung v.a. bei den Gliederungen der EU sucht das EN die Zusammenarbeit mit den Organisationen und Netzwerken auf europäischer Ebene, die auf benachbarten Feldern entstanden sind und zum Teil sehr ähnliche Ziele verfolgen. Dazu zählt z.B. COMMACT Europe, REEAS, das 'Europäische Netzwerk für die alternative und solidarische Wirtschaft' (vgl. dazu andere Texte dieses Schwerpunkts) aber auch bereichsspezifische Netze wie TERN für die ländliche Entwicklung, INAISE als Vereinigung von Investoren in die 'Soziale Ökonomie' oder CECOP für die Förderung der Genossenschaften.

Geld, Struktur und Ämter

Bislang arbeitet das Europäische Netzwerk überwiegend informell. Aufgrund mangelnder Finanzierung gibt es lediglich ein vorläufiges Sekretariat, das von den MitinitiatorInnen in Berlin betrieben wird (Adresse s.u.).

Bei seiner Jahrestagung im Rahmen des von ihm mitveranstalteten Kongresses 'Wirtschaft von unten – People's Economy' vom 31.8. bis 4.9. 1994 am Bauhaus in Dessau (vorläufiges Programm und Einladung zur Mitgestaltung siehe unseren Beitrag in dieser Ausgabe auf Seite 10) wird sich das Netzwerk eine formale Struktur geben. Vorgesehen sind:

- ein geschäftsführender Vorstand
- ein fachlicher Beirat
- die fachlichen Arbeitsgruppen
- ein oder mehrere Sekretariate.

In Dessau wird auch über Mitgliedschaftsregelungen und Beiträge entschieden werden. Als Rechtsform wird ein Verein europäischen Rechts angestrebt. Die Finanzierung soll im wesentlichen aus drei Quellen kommen:

- Mitgliedsbeiträge und Spenden
- direkte Zuwendungen der Europäischen Union
- Anteile der Mittel für transnationale Projekte, die im Rahmen des Netzwerks entstehen. ●

Kontaktadresse:
Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung
Ralph Döring
Wiesenstraße 29
D-13357 Berlin
Tel: + 49-30-462.81.77
Fax: + 49-30-462.94.47

Ralph Döring ist Mitarbeiter des 'Europäischen Instituts für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung i.G.', Berlin

EUROPA

EU-GELDER: GEWUSST WIE – TEIL 3

Der europäische Finanzdschungel

Im dritten (und letzten Teil) unserer Serie zum Wirrwarr der Euroknete beschäftigen wir uns mit erfolgreichen und fehlgeschlagenen Projektbeispielen. Nach der Darlegung der Vergabekriterien (in der bisherigen Serie) geht es nunmehr auch um die Förderpraxis. Nebst Fortsetzung der Auflistung wichtiger Einzelmaßnahmen geben wir zudem die wichtigsten Lobbyadressen bekannt.

Von Kurt Regenauer aus Dresden ● Das Münchner Projekt INBUS GmbH betreibt seit Jahresfrist mit Mitteln der Gemeinschaftsinitiative HORIZON die Maßnahme »Ausbildung mit zwei Vorstufen in einer Schreinerwerkstatt«. Zum Gesamtbetrieb gehören jedoch auch eine Recycling-Werkstatt für Alt-KFZ und Elektronik-Schrott, eine Raumaustatter-Werkstatt sowie ein Computer-Zentrum zur Entwicklung und Erprobung von Lernsoftware für benachteiligte Jugendliche. Diese gegen Sozialen Ausschluß gerichtete Arbeit ist neuer Schwerpunkt der derzeit aufgelegten Gemeinschaftsinitiativen zur Sicherung und Entwicklung der Humanen Ressourcen – wie der Arbeitstitel der HORIZON-Nachfolgeprogramme lautet.

Die MünchnerInnen arbeiten in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt und sind damit bislang gut gefahren. Denn gerade diese Töpfe der Strukturfonds waren bislang Revier der großen Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege. Kamen kleine Projekte überhaupt zur bisherigen Kontaktaufnahmestelle im zuständigen Bundesministerium vor, wurde ihnen zumeist beschieden, HORIZON sei nur zugunsten Behinderter ausgelobt.

Ein Gemeinschaftsantrag des Kulturstadt Dresden e.V. mit PartnerInnen aus England, Frankreich und Belgien sowie Portugal – unter dem Motto »Die Farben Europas«, benachteiligte Jugendliche in jährlich 4 verschiedenen Ländern in der Erstellung von Wandgemälden zum Fassadenmaler auszubilden – scheiterte aus ganz anderen Gründen (und nicht nur an der HORIZON-Hürde, ausschließlich Behinderten zuzukommen). Der französische Ausbilder wurde in Deutschland nicht anerkannt.

Denn die Tücken der Handwerksordnung (HWO) sind mit der Vereinheitlichung des europäischen Rechts keineswegs wesentlich außer Kraft gesetzt. So darf der Barbier von Sevilla zwar in Deutschland Haare schneiden, wenn er mehr als sechs Jahre in Spanien praktiziert hat. Aber deswegen werden im wichtigen Ausbildungsbereich längst noch nicht alle ausländischen Qualifikationen anerkannt. Und das ist für Austauschaktionen – oft auch Mitbestandteil des transnationalen Programmanagements von Gemeinschaftsinitiativen – nur allzu häufig notwendig.

FÖRDERUNG VON JUGENDINITIATIVEN

Eine wichtige Ergänzung der humanbezogenen Gemeinschaftsinitiativen war in der Vergangenheit auch PETRA/YIP. Diese Einzelmaßnahme zur Förderung der berufsvorbereitenden Bildung kam – vor allem im europäischen Ausland – ausschließlich selbstorganisierten Jugendinitiativen, die auch wirklich von jungen Menschen unter 28 Jahren getragen wurden, zugute. Ob Jugendauskunftsdienst, Jobbörse, Lernwerkstätte, Kulturwerkstätte oder Wohnprojekte – solche Projekte konnten bis zu 20.000,– DM Zuschuß erwarten, wenn sie eine entsprechende nationale Restfinanzierung aufzulegen in der Lage waren.

Aus solchen Mitteln entstand in Barcelona eine Volxküche, in Bologna eine Literaturförderstelle für Nachwuchsschriftsteller, in Ilioupoli (Griechenland) ein Kostümverleih, in Naerum (Dänemark) ein Lokalradio und eine Kindermedienwerkstatt in Berlin. Via PETRA konnten Jugend-Selbsthilfe-Wohnprojekte aus Hessen, Hull, Belgien und Faro in Portugal einen Austausch, eine mehrsprachige Buchveröffentlichung und das Manifest »Das Recht auf eine Wohnung« erstellen.

Dabei soll auch im Sinn der Jugendministerkonferenz der europäischen Länder zuvorderst versucht werden, mit Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's) zu kooperieren. Allererste Lobbyadresse ist der der Ministerkonferenz zuarbeitende Lenkungsausschuß für zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Jugendbereich (CDEJ, c/o Europäisches Jugendzentrum (CEJ) 30, rue Pierre de Coubertin, F-67000 Straßburg Wacken, Tel.: 0033/88412300, Fax: 0033/88412777).

Erklärte Förderpolitik ist die sachgemäße Information und Beratung für junge Menschen in Europa, die infrastrukturelle Unterstützung und Entwicklung von Jugendmobilität sowie die besondere Berücksichtigung der kommunalen Jugendpolitik (Partizipationschancen, Vereinheitlichung).

FÖRDERUNG VON FRAUENVERNETZUNG

Ein bisheriger Förderschwerpunkt der bisherigen Projekteförderung, der eher noch an Bedeutung gewinnen dürfte, war NOW (New Opportunities for Women). Bisher stand es jedoch Frauen aus Ziel-1-Gebieten, also auch den neuen Bundesländern, über die Sozialfonds-Förderung von Ziel 1 hinaus nicht zur Verfügung. So waren es denn vor allen Westberliner Frauenprojekte wie die Regionale Entwicklungsagentur für Frauenprojekte, die sich auf diese Weise auf Fachtagungen und Treffen mit ausländischen Schwesterprojekten austauschen konnten.

Förderungswürdig im Sinne von NOW sind beispielsweise

- kleine Unternehmen und Genossenschaften, die von Frauen gegründet werden (Bildungsmaßnahmen für Unternehmensführung, Beihilfen zur Existenzgründung und Eingliederungsbeihilfen sowie Starthilfen für Dienstleistungseinrichtungen, die Frauen den Zugang zu bestehenden Förderstrukturen für Betriebsgründungen erleichtern),
- Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung (berufliche Orientierung, berufliche Bildung und Besserung des Berufszugangs),
- Begleitmaßnahmen (Hilfen zur Kinderbetreuung, zur Entwicklung grenzüberschreitender Partnerschaften sowie technische Hilfe zur Projektverwirklichung).

Transnationale Partnerschaften in Forschung und Wirtschaft

Daß westdeutsche Energieprojekte seit eh und je in transnationalen Partnerschaften aktiv sind, stand in dieser Zeitung schon wiederholt zu lesen. Sei es der selbstverwaltete Münchner Energiemulti REA/BTA oder Atlantis Berlin oder Wuseltronic. Partnerschaften bestehen in diverse europäische Länder und können auch mit einer europäischen Anteilfinanzierung für Forschungsaustausch und -förderung einhergehen.

Der Löwenanteil an Forschungsgeldern wurde und wird jedoch nach wie vor für multinationale Prestigeobjekte (EUREKA), vor allem auch aus dem Gebiet der Telematik und Kommunikationstechnologie verbraten. Erst kürzlich mußten die Verantwortlichen einsehen, daß die Forschungsmilliarden für einen Hochauflösungs-Bildschirm (HDTV) aller Voraussicht nach wieder einmal in den Sand gesetzt wurden, da er an dem Markt vorbei geplant wurde.

Einen neuen Aufschwung – zumindest im europäischen Ausland – erfuhren jedoch Vernetzungen alternativwirtschaftlicher Einrichtungen aus den Bereichen Beschäftigung und Soziales. Ihnen gelang es zuletzt immer häufiger, Konsortien zur Akquirierung von Mitteln aus den Gemeinschaftsinitiativen EUROFORM und HORIZON zu bilden, die – so das Grünbuch mit den Empfehlungen der Kommission vom vergangenen Jahr – mit NOW zusammen um ca. 600 Mio. DM wachsen sollen. Vernetzungsadresse eines sehr aktiven Arbeitskreises ist Christian Tytgat von »Solidarité et Emploie« in Lille. Dort soll demnächst für diesen Förderbereich mit Unterstützung der örtlichen Sparkassen eine lokale Spezialbank für diesen Förderbereich aufgelegt werden.

Hieraus erwachsene Projektekontakte sind fernerhin auch vernetzt im Europäischen Netzwerk REEAS (siehe beistehender Bericht), welches seit Dezember die Einrichtung eines Sekretariats für Unternehmens- und Projektkooperationen in Brüssel beantragt hat.

INFORMATIONSNETZE

Der Kontakt nach Brüssel ist jedoch nach aller bisherigen Fördererfahrung immer mit einem erheblichen Recherche- und Übersetzungsaufwand verbunden. Information und insbesondere Kenntnis der wichtigen Lobbyadressen sind oft genug entscheidende Voraussetzungen für eine Antragstellung in der richtigen Form und zum richtigen Zeitpunkt.

Wichtig ist daher auch die Weiterentwicklung eines Infodienstes der Generaldirektion XXIII (für Sozialwirtschaft), der unter dem Namen ARIES firmiert (réseau d'information et de communication de l'économie sociale en europe). Mit ARIES soll ein Online-Computerdienst in Form von Mailboxen aufgebaut werden.

Im Osten betreibt der VDP seit Jahresfrist coopNET, ein ARIES Untersystem, an dem regionale Beratungsstellen und Entwicklungsagenturen angeschlossen werden sollen und auch im Westen verfolgt der NETZ-Bundesverband Pläne, mit ARIES einige Euro-Info-Center aufzubauen. Da auch der REEAS Verwaltungsausschuß auf ARIES setzt, könnte eine Vernetzung entstehen, die neben der beschriebenen REEAS-Vernetzungsebene auch den der Produktivgenossenschaften (auf Euro-Ebene CECOP) und andere – etwa der Stiftungen etc. – umfaßt. ●

Gemeinschaftsinitiativen	Mrd. ECU	davon Ziel 1
Interreg II	2,9	2,3
Leader II (ländl. Entw.)	1,4	0,9
Regis	0,6	0,6
Humanressourcen	1,4	0,8
Adapt	1,4	0,4
Rechar	0,4	0,1
Resider	0,5	0,1
Konver	0,5	0,2
Retex	0,5	0,4
Kleine u. Mittlere Unternehmen	1	0,6
Urban	0,6	0,4
Pesca	0,25	0,1

einige Kommissionsadressen
Europäische Kommission, M. Hugh Quickley, 200, rue de la Loi, B - 1040 Brüssel
Europäische Kommission, M. Hugh Quickley, 200, rue de la Loi, B - 1040 Brüssel
Europäische Kommission, M. Guy Durand, 200, rue de la Loi, B - 1040 Brüssel
Europäische Kommission, GD XVI, M. Eric Dufeil, 200, rue de la Loi, B - 1040 Brüssel
Europäische Kommission, GD XVI, M. Eric Dufeil, 200, rue de la Loi, B - 1040 Brüssel
Europäische Kommission, GD XVI, M. Eric Dufeil, 200, rue de la Loi, B - 1040 Brüssel

EUROPÄISCHE ABKÜRZUNGEN

Komplex wie der EU Finanzdschungel ist auch die Landschaft Europäischer Abkürzungen, zumal viele auf fremde Sprachen (meist französisch) zurückgehen - und unter ganz anderem Label dann in anderen Euro-Sprachen firmieren. Hier eine erste unvollständige Übersicht über den Euro-AKüFi:

ARIES: Association d'information de l'économie sociale = Euro-Info-Netz (auf Computer) der Sozialwirtschaft
CECOP: Comité européen des coopératives de production et travail = Euroverband der neuen Genossenschaften
CL: Computernetzwerk Linksysteme; von CONTRASTE herzlichst animiert, den Euroinfodschungel zu erhellen
CONTRASTE: keine Abkürzung, aber auch auf Euroebene aktiv
coopNET: deutscher Ableger des ARIES-Infosystems, organisiert vom VDP (s.VDP)
DG oder GD: Direction Générale oder General Direktion oder Abteilung der Europäischen Kommission (wichtig für Projekte die GD/DG XXIII für Sozialwirtschaft, die DG/GD V Soziales bzw. die GD/DG XVI Wirtschaft)
EWIV: Europäische Wirtschaftliche Interessengemeinschaft (neue Eurorechtsform für transnantionale Unternehmen) = GEIE en francais bzw. EURALTER als erste EWIV-Gründung des REEAS (s. REEAS)
GFK: Gemeinschaftliches Förderkonzept = zwischen EU-Kommission, Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmte Förderstrategie
KMU: Kleine und Mittlere Unternehmen = PME: Petites et moyens entreprises
NETZ: auch keine Abkürzung, sondern deutscher Bundesverband der Alternativwirtschaft, der deshalb auf Eurohochzeiten tanzt
REA: Regionale Entwicklungs-Agentur für Frauenbetriebe und -projekte in Berlin
REEAS: Reseau de l'économie alternative et solidaire = Europäisches Netzwerk für eine Alternative und Solidarische Wirtschaft (auf deutsch haben wir leider noch keine Akü)
VDP: Verband Deutscher Produktivgenossenschaften mit Sitz in Dessau
ZORRO: einige alternative Infoläden in Berlin und Leipzig, ganz ohne Anbindung an Europäische Geschichten dieser Art

Thematik	Programm	Beschreibung	Institution	Strasse	Ort	Tel./FAX
Unternehmen/Wirtschaft	Büro für Unternehmenskooperation	Vermittlung von Kooperationsmöglichkeiten	Kommission der Europäischen Gemeinschaften	Rue d'Arlon 80	B-1040 Brüssel	T: 00322 / 2303949 T: 00322 / 2304091
	EUROPARTENARIAT	Zweitägige Kontaktbörse für Koooperationsvereinbarunge n zwischen KMU	IHK-Ges. z. Förd. d. Außenwirtsch. u. Untern.führg	Schönholzer Str. 10 / 11	10115 Berlin	T: 030 / 48806130 F: 030 / 48806333
	INTERPRISE	Förderung von Koop. zw. Ind o. Dienstleistungsbetr. in Europa	Kommission der Europäischen Gemeinschaften	200, Rue de la Loi	B-1049 Brüssel	T: 00322 / 2951285 F: 00322 / 2951740
Forschung	Ländlicher Raum	Telematiksysteme für den ländlichen Raum	Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung	Am Michaelshof 8	53177 Bonn	T: 0228 / 826-0 F: 0228 / 826-266
	TIDE	Techn. f.d.soz.ök. Integr. v. Behind. u. älteren Menschen	DLR: D. Forsch.anst. f. Luft- u. Raumfahrt	Rudower Chaussee 5	12489 Berlin	T: 030 / 6775091 F: 030 / 69545-712
Energie u. Umwelt	Umweltforschung (eins von mehr Progr.)	Ökosysteme, Biosensoren, agrartechn. Risiken	Forschungszentrum Jülich GmbH	Hannoversche Str. 30	10115 Berlin	T: 030 / 39981-255 F: 030 / 39981-318
	Nichtnukleare Energien	En.erz. a. foss. Brennst. b. geringster Emission; ern.erb. Energiequ. geoth. En.	EG-Kommission	200, Rue de la Loi	B-1049 Brüssel	T: 00322 / 2953978 F: 00322 / 2963024
	JOULE SAVE	Nichtn. En.; Förd. d. Energieeffizienz	Forschungszentrum Jülich GmbH		52405 Jülich	T: 02461 / 61-3883 F: 02461 / 61-5837
und sonst	Gemeinschaftliche Umweltaktionen	Unterstützung von Demonstrationsvorhaben zu speziellen Umweltthemen	Kommission der Europäischen Gemeinschaften	200, Rue de la Loi	B-1049 Brüssel	0032 / 2 / 2368781
	Thermie	Förderung von Vorhaben, die neue Energietechnologien einsatzreif machen	Kommission der Europäischen Gemeinschaften	200, Rue de la Loi	B-1049 Brüssel	T: 0032-2- 2360436 F: 0032 /2/ 2350150
	NETT	Europäisches Inf.netz f. Umw.schutz-Techn.-transfer	NETT BUS 10	207, Avenue Louise	B-1050 Brüssel	T: 00322 / 6450940 F: 00322/ 6464266
	STAR	Entw. best. benacht. Reg. d. EG durch bess. Zugang mittelst. Untern. z. fortgeschr. Telekomm.	Kommision der Europäischen Gemeinschaften	200, Rue de la Loi	B-1049 Brüssel	T: 00322 / 2360235 F: 00322/ 2358821
	STRIDE	Stärk. d. Forsch.- u. Innov.potentials v. Reg. m. Entw.rückst.	Kommission der Europäischen Gemeinschaften	200, Rue de la Loi	B-1049 Brüssel	T: 00322 / 2356965 T: 00322 / 2365256 F: 00322/ 2362568

EIN EUROPÄISCHER KONGRESS AM BAUHAUS DESSAU:

EUROPA

»Wirtschaft von unten – People's Economy«

»Lokale Akteure für eine Soziale Ökonomie in Europa« und »Lokalökonomische Entwicklung in den Neuen Bundesländern« sind die Schwerpunktthemen der Fachkonferenz, die vom 31. August bis 4. September 1994 am Bauhaus Dessau stattfinden soll.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Harald Kegler (Bauhaus Dessau) ● Es klingt paradox: Dieses Bauwerk in Dessau gilt gemeinhin als Symbol industrieller Hochkultur abendländischer Zivilisation – und hier soll ein Kongreß, ein Treffen zu Fragen lokaler, sozialer Ökonomie, der Selbsthilfekultur, der -non-profit--Wirtschaft, der Genossenschaftsbewegung u.ä.m. stattfinden. Bedeutet dies nicht eine Profanisierung des Baushauses? Sperrt sich nicht die einstige Schule moderner Gestaltung, dieses -Jahrhundertereignis der modernen Kunst- einer Inanspruchnahme durch Basisinitiativen, PraktikerInnen und TheoretikerInnen alternativer Wirtschaftskultur? Obgleich das Stellen dieser Fragen eine Verneinung suggeriert und das Paradoxon von den VeranstalterInnen als -aufgelöst- aufgenommen werden kan, kann es keinesfalls als selbstverständlich gelten, einen solchen Kongreß zu diesem Thema am Bauhaus Dessau zu veranstalten. Notwendig wird eine nähere Betrachtung aus zwei Gründen: Zum einen lastet auf dem Bauhaus der Mythos einer Weltbedeutung erlangten Kultur-Geschichte, repräsentiert durch die Protagonisten Gropius, Klee oder Schlemmer sowie durch Produkte, wie Stahlrohrmöbel, Avantgarde-Kunst und -Beton-Glas--Architektur. Zum anderen besteht die Gefahr leichtfertigen vertuns einer Chance zur Auseinandersetzung mit der im Bauhaus gespeicherten Geschichte und der visionären Neubesetzung dieses -Ortes-. Schließlich (gab und) gibt es viele Begehrlichkeiten auf dieses Bauhaus, die vom Austragen politischer Machtspiele bis zum noblen Designzirkus im Öko-Gewand reichen. Aber auch historisierende Nostalgie und provinzielle Vernutzung sind allgegenwärtig.

INTERNATIONALES LERNFEST AM BAUHAUS

Den Kongreß an diesen Ort zu legen, bewirkt programmatische Debatten ob man will oder nicht. Das ist eine Absicht, schließlich geht es bei dem gewählten Thema um eine Dimension, die an die Grundfesten der industriegellschaftlichen Kultur rührt, deren Symptome Massenarbeitslosigkeit, Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, Erosion urbaner Kultur und regionaler Eigenheit und anderes mehr sind. Doch stellt dies nur den Hintergrund dar. Hauptsächlich sollen die gelebten Versuche, diesem Teufelskreis der -Megamaschine- eine andere Zukunft entgegenzuhalten, dargestellt werden. Es geht nicht um das -Exerzieren- von neuen Theorien oder politischen Lippenbekenntnissen, sondern um das Zusammenführen der vielfältigen Praktiken jenseits der dominanten -Weiter-so-Wirtschaft-, die jene Symptome produziert. Die -Wirtschaft von unten- symbolisiert sich in real entfaltenden Utopien und Initiativen gemeinwesenorientierter Tätigkeit, ressourcenschonender Ökonomie, einer Neukonstituierung solidarischer, kooperierender, selbstbestimmter Lebensformen in Städten und Regionen. Daß sich solche Projekte nicht durch Referate und sterile Podiumsrunden zelebrieren lassen, versteht sich von selbst. Damit wird die andere Absicht der Veranstaltung angedeutet: Der Kongreß wird ein internationales Lernfest am Bauhaus, in der -gebeutelten- und -verschütteten- Region zwischen Bitterfeld und Wittenberg.

Damit sind wir wieder in der Bauhausgeschichte: Feste fungieren am Bauhaus der 20er Jahre als ein zentrales Moment der Vermittlung eines kulturellen Selbstverständnisses von Lehrenden und Studenten und ironischer Auseinandersetzung mit dem Bauhaus und den Zeitverhältnissen. Der Brückenschlag in die Gegenwart ist naheliegend, was die Vermittlungsintention zwischen Trägern unterschiedlicher Erfahrungen mit ähnlichen Hoffnungen betrifft. Daß heute nicht minder Anlaß zur Ironie auf die Verhältnisse gegeben ist, liegt auf der Hand.

Das Kongreßthema rührt an Traditionslinien und Begründungszusammenhängen der Moderne schlechthin, die für eine Wertung und Orientierung gegenwärtiger Praxis der -Wirtschaft von unten- fundamentale Bedeutung erlangen. Die am Bauhaus der 20er Jahre geprägte Gestaltungskultur muß als Ausdruck einer aus der Kultur der Arbeit des Industriezeitalters entwickeltes Verständnis angesehen werden. Dies bedeutet nicht schlechthin kausale Verhältnisse von Ökonomie und Gestaltungskultur zu suchen, sondern sich zu vergegenwärtigen welche Dimensionen der Ort -Bauhaus- bereithält für eine Kultur der -Wirtschaft von unten- als einer, die mit der wachstumsversessenen Konsumtionsorientierung und der entmenschlichten -Ford-Toyota--Arbeitskultur bricht.

Im historischen Bauhaus laufen widersprüchliche Linien zusammen, die einerseits heute Anlaß geben zur Kritik am -fordistischen Sündenfall- dieses Jahrhunderts als auch zur Auseinandersetzung mit Reformansätzen herausfordern.

DAS BAUHAUS

Das Bauhaus, 1919 in Weimar gegründet, verstand sich als Antwort auf die Kulturkrise am Ende des 1. Weltkrieges und suchte durch Rückgriff auf vorindustrielle Produktions- und Ideenbezüge eine grundlegende Erneuerung der Gesellschaft zu erreichen. Hier spielten die mittelalterlichen Bauhütten (daher der Name Bauhaus) und der theosophisch vermittelte Geist der Gotik (das Titelblatt des Bauhausprogramms -Kunst und Handwerk – eine neue Einheit- zitiert ein Schnitt mit dem Titel -Kathedrale des Sozialismus- von Feininger) eine wesentliche Rolle. -Pioniere der Einfachheit- (Schlemmer) sollten ausgebildet werden als künstlerisch wirkende Sendboten einer geläuterten Kultur des Abendlandes. 1923 geriet das Bauhaus, nicht ohne äußeren Druck, in das Fahrwasser fordistischer Arbeitskultur: -Kunst und Technik – eine neue Einheit- hieß die von Gropius ausgegebene Devise. Den Wandel beschreibt Schlemmer, Bauhausmeister für Bühne und Malerei, 1923: -Das staatliche Bauhaus, gegründet nach der Katastrophe des Krieges, im Chaos der Revolution und zur Zeit der Hochblüte einer gefühlsgeladenen explosiven Kunst wird zunächst zum Sammelpunkt derer, die zukunftsmäßig himmelstürmend die Kathedrale des Sozialismus bauen wollen. Die Triumphe von Technik und Industrie vor dem Krieg und deren Orgie im Zeichen der Vernichtung ... während dessen riefen jene leidenschaftliche Romantik wach, die flammender Protest war gegen Materialismus und Mechanisierung von Kunstleben. Die Umkehrung der Werte, Wechsel von Standpunkt, Name und Begriff ergibt das Gegenbild, den nächsten Glauben. Dada, Hofnarr in diesem Reiche, spielt Ball mit dem Paradoxen und macht die Atmosphäre frei und leicht. Amerikanismus auf Europa übertragen, die alte in die neue Welt gekeilt, Teil der Vergangenheit, dem Mondschein und der Seele, so schreitet mit Eroberergeist die Gegenwart einher. Vernunft und Wissenschaft, -des Menschen allerhöchste Kraft-, sind die Regenten und der Ingenieur ist der gelassene Vollstrecker der unbegrenzten Möglichkeiten ... Moderen Phänomene aus Eisen, Beton, Glas, Elektrizität ... Geschwindigkeit des Starren ... Organisation des Unorganischen-.

Trotz der Orientierung auf die For(d)schrittsverheißung fließbandgetragener Wohlstandskultur, vermittelt durch neue Bilderwelten von grafischer Fotografie, -mechanischem Ballett-, standartisiertem Wohnungsbau, fanden transzendente Ideen der Gotik und anderer kultureller Verarbeitungsversuche der Herausforderung des faszinierend und monströs erschienen Industrialismus Eingang in die Bauhaus-Arbeit.

Ein weitreichender Bruch vollzog sich seit 1928 mit dem Wechsel der Direktorenschaft als Hannes Meyer – ein Schweizer Architekt aus der Genossenschaftsbewegung –, die Leitung übernahm. Damit gewannen – zwar nur kurzzeitig (bis 1930) – Reformtraditionen Bedeutung, die im Grunde auf William Morris, dem Gilde-Sozialismus, der Freiland- und Freigeldwirtschaft, dem Anarchismus und der Genossenschafts- und Gartenstadtbewegung fußten. Das Prinzip der kooperativen Arbeit wurde zu einem tragenden Moment am Bauhaus. Die sozial engagierten Bauhaus-Projekte um 1930 blieben bemerkenswerte Fragmente. Ihre Bedeutung wird durch den Einfluß des Ökonomen Otto Neurath, der am Bauhaus lehrte und zur sozialistischen Bewegung der bayerischen Räterepublik und des Wiener Kreises gehörte, unterstrichen.

Mit der Schließung des Bauhauses 1933 brachen diese Entwicklungen ab, wurden aber weltweit rezipiert. Erst 1987 entstand in der DDR das Bauhaus Dessau als Institution wieder.

Wenn sich das Bauhaus heute – im Kontext ökologischer und landschaftsgestaltender Fragen – ökonomischen Dismensionen zuwendet, dann widerspiegelt es eine ureigene Traditionslinie. Dabei wird sowohl die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der industriellen Moderne als auch das Herausarbeiten von kulturellen Bezugspunkten betrieben. Beides ist unerläßlich, um das Bauhaus zu einem Forum für Zukunftsfragen zu profilieren, in dem die Debatte über -Wirtschaft von unten- als internationales Thema ebenso Raum hat, wie praktische Projekte zur entsprechenden regionalen Erneuerung zwischen Bitterfeld und Wittenberg. Mit dem Vorhaben -industrielles Gartenreich- betreibt das Bauhaus Dessau die Verknüpfung jener Grundsatzdebatte mit konkreten Versuchen.

Mit der Konferenz -Wirtschaft von unten- gehen die Initiatoren, das Social Economy Consortium (Großbritannien), der Verband der Produktivgenossenschaften (VDP, Dessau), das Europäische Netzwerk und die Arbeitsgemeinschaft für ökonomische Selbsthilfe und regionale Erneuerung sowie das Bauhaus Dessau ein Gemeinschaftsvorhaben an, das bisherige bzw. getrennte Aktivitäten bündelt, der bisherigen Arbeit neue Impulse verleiht und die neuen Bundesländer bzw. Osteuropa ins Blickfeld rückt. Damit sollen dem internationalen Erfahrungs- und Kulturaustausch, der Praxis und Forschung sowie dem politischen Stellenwert neuer ökonomischer Sichten und Projekte in der Öffentlichkeit Anstöße gegeben werden. ●

DAS VORLÄUFIGE PROGRAMM:

»Lokale Akteure für eine Soziale Ökonomie in Europa«

vom 31. August bis 2. September 1994

Europaweit führt die beständig wachsende Massenarbeitslosigkeit sowie ihre lokal und regional ungleiche Verteilung – in Ost und West – zu ebenfalls beständig wachsender sozialer und ökonomischer Ausgrenzung. Betroffen sind nicht nur Einzelpersonen und deren Familien, sondern ganze Bevölkerungsgruppen, Gemeinden und Regionen. Da hier offenbar weder die private Wirtschaft, noch der öffentliche Sektor in ausreichendem Maße Beschäftigung und Einkommen schaffen können, wird der Aufbau eines neuen (oder dritten) gemeinnützigen Wirtschaftssektors zur zentralen gesellschaftlichen Aufgabe. Dabei kommt der lokalen bzw. regionalen Handlungsweise eine besondere Bedeutung zu. Die Konferenz will deshalb besonders die lokalen AkteurInnen -für eine soziale Ökonomie-, aus Ost und West, aus Wissenschaft, Politik und Praxis, aus Genossenschaften, selbstverwalteten Betrieben, Gemeinwesenunternehmungen und anderen gemeinnützigen, sozial oder ökologisch verpflichteten Projekten und Initiativen, sowie Entscheidungsträger aus lokalen, regionalen und nationalen Verwaltungen und europäischen Institutionen zu einem Erfahrungsaustausch über Ideen und Konzepte, Handlungsfelder und Instrumente zusammenbringen.

31. August: 18 bis 21 Uhr Eröffnungsveranstaltung
1. September: 9 bis 12.30 Uhr
Ideen und Konzepte einer neuen gemeinwesenorientierten Wirtschaftsweise, 9 Seminare
14 bis 18 Uhr
Wege zur Selbsthilfe: Internationale Erfahrungen, 8 Werkstätten
ab 20 Uhr: **Kultur und Kommunikation**
2. September: 9 bis 12.30 Uhr
Instrumente und Handlungsfelder einer sozial und ökologisch nützlichen Wirtschaftsweise, 7 Seminare

»Lokalökonomische Entwicklung in den Neuen Bundesländern«

2. bis 4. September 1994

Die politische und ökonomische Entwicklung hat in den Neuen Nundesländern fast über Nacht und quasi flächendeckend eine Krisenregion an der Peripherie der EU – mit der -Hauptstadt- Berlin als Zentrum – entstehen lassen, wobei sich hier die Probleme von Massenarbeitslosigkeit, sozialer und ökonomischer Ausgrenzung in besonderem Maße zuspitzen. Umso dringender ist die Aufgabe, neue Wege ökonomischer Selbsthilfe auf lokaler und regionaler Ebene zu entwikkeln und umzusetzen.

Die Konferenz will deshalb insbesondere die lokalen AkteurInnen aus den Neuen Bundesländern zu einem Erfahrungsaustausch zusammenbringen und zu einer Auseinandersetzung mit den auf europäischer Ebene entwickelten Ideen und Konzepten anregen. Dabei soll das Projekt des längerfristigen Aufbaus von -Werkstätten für lokale und regionale Erneuerung- im Mittelpunkt stehen.

2. September: 14 bis 18 Uhr
Werkstätten für lokale und regionale Erneuerung (9)
ab 20 Uhr: **Kultur und Kommunikation**
3. September: 9 bis 12.30 Uhr
Problemfelder und Aktionsmöglichkeiten in den Neuen Bundesländern, 7 Seminare
14 bis 16 Uhr: **Abschlußveranstaltung**
ab 19 Uhr: **Kulturprogramm**
4. September: Exkursionen in die Umgebung von Dessau-Bitterfeld

Bestellungen für das ausführliche Tagungsprogramm, Angebote zur Mitarbeit, Programmvorschläge und Anmeldungen nimmt entgegen:
Tagungsbüro
Stiftung Bauhaus
ARGE Ökonomische Selbsthilfe und regionale Erneuerung
Gropiusallee 38, 06846 Dessau
☎ (03 40) 6508 240, Fax 6508 233

EIN BERICHT AUS DER MAILBOX:

Neonazis nutzen Mailboxen

»Es geht keinesfalls darum, eigenständige staatliche Gebilde oder ähnlichen Unsinn ins Leben zu rufen. Nein, befreite Zonen bedeutet für uns (...) die Etablierung einer GEGENMACHT. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen WIR sanktionsfähig sind, d.h. WIR bestrafen Abweichler und Feinde, WIR unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten (...)«

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Gabriele Hooffacker (München) ● Dieser Text stammt nicht von der RAF, sondern aus der rechtsextremen Erlanger Mailbox »Widerstand«. Die Revolution geht diesmal von rechts aus – zumindest, wenn es nach dem Willen der Mailboxbetreiber, einem breiten Bündnis von »legalistischer« NPD und »extremistischen« Rechtsaußen-Gruppierungen geht. Sie raisonnieren in internen Zirkeln (»Anti-Antifa«) über die Notwendigkeit einer rechtsextremen Revolution, über die strategische Bedeutung der Taten Einzelner sowie über die Notwendigkeit, »Aktionen« gegen politische Gegner, gegen Ausländer im internen Zirkel abzusprechen.

Möglich macht das die neue Technik der Telekommunikation: Per Computer und Telefonadapter (»Modem«) kann von jedem Telefonanschluß aus beim Mailbox-Computer angerufen werden. Diese Technik wird im Normalfall von Softwarefirmen dazu benutzt, den Kunden technischen Support zu leisten. Unternehmen binden ihre Außendienstorganisation per Telekommunikation an, Wissenschaftler diskutieren weltweit Forschungsergebnisse übers Datennetz, und ein Privatsender wie Radio Hamburg bietet seinen HörerInnen die Möglichkeit, per Mailbox in Kontakt miteinander zu kommen. Amnesty international verbreitet seine Aufrufe zur Rettung von Menschenleben über Mailboxen und Datennetze〈 und Umweltschutzorganisationen informieren über Gift im Essen per Mailbox.

LEGALE FASSADE...

Die Rechten sind also keineswegs die ersten, die diese Technik verwenden. Sie nutzen sie nur besonders perfide: In ihrem Netz gibt es einen öffentlich zugänglichen Bereich, in dem schwarzweiß-rote Fahnen zu sehen sind, germanische Runen und ein paar harmlose Sprüche: genug, damit sich die »Kameraden« heimisch fühlen, aber nicht genug für den Staatsanwalt. Dieser Bereich entspricht der Strategie des Legalismus: keine Angriffspunkte für die Gerichte bieten. Stattdessen üben sich die Rechtsextremen darin, den politischen Gegner – Bürgermeister, die ihre Auftritte verbieten lassen, im Bereich der Menschenrechte engagierte Bürgerinitiativen, kritische Journalisten – vor den Kadi zu zerren. Der Staat als Helfer, sehr zum Gaudium der Rechten – wie in Weimar.

... Verschwörerpläne intern

In den internen Zirkeln des »Thule-Netzes« hingegen werden Verschwörerpläne geschmiedet. Hier erhält nur Zugang, wer einen Gewährsmann aus der rechten Szene nennen kann und namentlich bekannt ist. Möglich machen das die verschienen »Userlevels« in der Mailbox: Wer vom Systembetreiber nicht ausdrücklich zugelassen wurde, steht hier vor verschlossenen Türen. Aus diesem Bereich stammen Texte wie der eingangs zitierte oder der folgende: »Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivisten der Stadt ZWEITRANGIG. Entscheidender wird das Verhalten derer sein, die für die Sache des Volkes kämpfen, unwichtig wird das Gezappel der Systemzwerge sein. Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen.«

Über mögliche Reaktionen staatlicher Stellen – denn dem Staat gilt der Angriff – wird hier nachgedacht: »Natürlich besitzen die Staatstragenden weiterhin alle Möglichkeiten der Repression, von der Pistole und dem Wasserwerfer bis zur Abhörwanze. Aber diese Waffen werden stumpf, sie werden entweder nicht mehr eingesetzt, weil die GEGENMACHT so groß geworden ist, daß offene Unterdrückung nicht mehr machbar, weil unkalkulierbar geworden ist oder aber der Einsatz der Unterdrückungsinstrumente wird wirkungslos. Das gilt vor allem für psychologische Waffen (Abhörwanzen, Erpressung, Existenzvernichtung, Hetze, Kriminalisierung usw.)«. Es ist schon erstaunlich, daß sich die Rechten über den Rechtsstaat, über BND und Verfassungsschutz so ungestraft lustig machen dürfen.

Des Weiteren wird über die Vorbereitung der »politischen Tat« diskutiert; die Mitleser werden ermahnt, derartige Aktionen nicht allein und unvorbereitet vorzunehmen. Leseprobe aus der Mailbox »Widerstand«: »Die politische Tat ist nur dann sinnvoll, wenn sie Signal ist für nachfolgende Taten. So muß die erste Überlegung des politischen Täters sein, ob Nachfolgetaten zu erwarten sind. Nicht zuletzt deshalb bedarf es einer intensiven, generalstabsmäßigen Vorbereitung einer Tat, die abklärt: Was tun? Wer soll es tun? Mit welchem Ziel soll es getan werden? Welche Reaktion ist bei den Freunden zu erwarten? Welche bei den Feinden? Welche bei den Unentschlossenen? Eine isolierte Tat erreicht nichts oder das Gegenteil (...)«. Offensichtlich versucht hier eine rechtsintellektuelle Führungsriege, den Hau-drauf-Skins Grundlagen in politischer Taktik und Strategie beizubringen – bislang zum Glück nicht sonderlich erfolgreich.

NEUE QUALITÄT: VERNETZUNG

Als Ahnfrau und Namenspatronin haben sich die rechten Mailboxbetreiber die Thule-Gesellschaft ausgesucht, eine Vorläufer-Organisation der NSDAP, die vor dem ersten Weltkrieg antisemitisches und deutschnationales Gedankengut in den damaligen Münchner Schickeria-Kreisen verbreitete. (vgl. auch frühere Ausgaben von CONTRASTE (Red.)) Ausgehend von der Erlanger Mailbox »Widerstand« soll ein flächendeckendes Computernetz unter dem Namen »Thule-Netz« aufgebaut werden. Nach Angaben der Betreiber nehmen derzeit rund 19 Mailboxen am Thule-Netz teil; tatsächlich dürften es weit weniger Computersysteme sein, die zuverlässig funktionieren.

»Vernetzung« heißt das Schlagwort, das die Rechtsextremen den Bürgerintiativen der 80er Jahre abgeschaut und ihren politischen Zielen angepaßt haben. Organisatorischer Hintergrund der im Thule-Netz zusammengeschlossenen Gruppen: ein Bündnis zwischen der legalistischen NPD und ihren Nachwuchsorganisationen Junge Nationaldemokraten (JN) und Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) auf der einen und der rechtsextremen »Freiheitlichen deutschen Arbeiterpartei« (FAP) auf der anderen Seite. In der Erlanger Mailbox »Widerstand« treten Organisationen quer durch die rechten Reihen auf: von den »Stiefelnazis« bis zu REPs und Redakteuren der rechtsintellektuellen Zeitschrift »Junge Freiheit«. Ihre Pseudonyme: Warlord, Hagestolz, Blunck, Loki, Alfred Tetzlaff. Und alle sind sich einig.

Einer der »Macher« ist Karl-Heinz Sendbühler, 36, der nach einer Karriere bei den Jungen Nationaldemokraten und dem NHB in München zum bayerischen NPD-Funktionär aufgestiegen ist. Er steht für die Fraktion der intellektuellen »Neuen Rechten«. In einer Fernsehsendung prahlte er damit, daß die Thule-Mailbox »Widerstand« für Verfassungsschutz und politische Gegner praktisch nicht zu knacken sei. Daß er dabei den Mund ein wenig zu voll genommen hat, beweisen Mitschnitte aus den internen Zirkeln des Thule-Netzes, die in Mailbox-Kreisen kursieren und hier in Ausschnitten dokumentiert sind.

Der ideologische Hintergrund des Thule-Netzes läßt sich mit dem Schlagwort »nationalrevolutionäre Position« beschreiben, wie sie der Nationaldemokratische Hochschulbund in den letzten Jahren propagierte. Die Papiere des NHB waren bis vor kurzem in der »Widerstand« komplett dokumentiert. Sie liegen auch gedruckt in der NHB-Zeitschrift »Vorderste Front« vor. Ihr Konzept, die Intellektualisierung des rechten Terrors, läuft auf eine Nazi-Stadtguerilla hinaus. Das Thule-Netz ist ein Baustein bei der Verwirklichung dieses Konzeptes. Dazu gehört auch die Aufnahme esoterischer Elemente, eines »Neuen Heidentums« und einen sogenannten »Neuen Denkens« in die rechtsintellektuelle Ideologie – Unbedarfte mag das Gebräu an die Broschüren im Bioladen um die Ecke erinnern.

DER STAAT – MACHTLOS?

Polizei und Staatsgewalt rufen nach schärferen Gesetzen. Das Bundesinnenministerium prüft, wie die zunehmende Nutzung von modernen Kommunikationstechniken durch Rechtsextreme eingedämmt werden kann. Um eine Vernetzung rechtsextremer Organisationen zu verhindern, werde nach den Worten seines Parlamentarischen Staatssekretärs Eduard Lintner (CSU) über ein Verbot der »höheren Ebenen der Kommunikationstechnik« nachgedacht.

Soll das heißen, daß bundesdeutsche Wissenschaftler nicht mehr übers »Internet« mit ihren amerikanischen oder russischen Kollegen diskutieren können? Daß amnesty international Menschenrechtsverletzungen nicht mehr übers Netz anprangern darf? Daß ein Telekommunikationsanbieter wie »Compuserve« in Zukunft einen Bogen um die Bundesrepublik machen soll? Für demokratisch engagierte Computerexperten wie das angesehene »Forum InformatikerInnen für den Frieden« (FIFF) schießen solche Forderungen übers Ziel hinaus: »Mord, Totschlag und Volksverhetzung sind strafbar. Die Polizei darf bei diesen Delikten Telefone überwachen. Strafbar ist nach §86 StGB auch bereits das Verwenden von Symbolen nationalsozialistischer Organisationen.«

Zur Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln gehört bisher schon das Ausspähen von Mailboxen und anderen informationstechnischen Mitteln. Dabei ist das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur Amtshilfe verpflichtet. Das gesamte rechtliche Instrumentarium ist jeweils im Anhang des bundesdeutschen Verfassungsschutzberichts abgedruckt – es umfaßt an die zwanzig Seiten an rechtlicher Grundlage allein für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes.

Das FIFF kommt deshalb zu dem Urteil: »Das rechtliche Instrumentarium ist durchaus ausreichend zur Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten. Die scheinbare Hilflosigkeit der Strafverfolger liegt also nicht an fehlenden Gesetzen, sondern eher an ihrer Nichtanwendung.« Bedenklich findet FIFF vor allem die Auswirkungen eines solchen Verbots, nämlich die weitreichende Kontrolle und Überwachung der gesamten Informations- und Kommunikationstechnik.

Die Staatsschützer kennen die Erlanger Mailbox »Widerstand« und auch das, was in den internen Zirkeln dort abläuft, zumindest teilweise. Die Telekommunikationsanbieter haben inzwischen zur Selbsthilfe gegriffen und eine Interessenvertretung gegründet: Die »Arbeitsgemeinschaft freier Mailboxen« (AGFMB) hat sich zum Ziel gesetzt, ein eigenes Qualitätssiegel für Telekommunikationsdienstleister auf die Beine zu stellen, das Neonazi-Aktivitäten ausschließt. Sie bietet dem Staat an, ihre technisches Know-how bei der Verfolgung »schwarzer Schafe« unter den Mailboxen zur Verfügung stellen. Denn bei solch massiven Angriffen ist eine Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte nötig. ●

TROTZ EINIGER HEMMFAKTOREN WAR ES EIN GELUNGENER AUFTAKT

»Frauen streiken – nicht immer, aber immer öfter«

ppp Bonn (lr) ● Laut und unüberhöhrbar waren sie, die Frauen – ihr massenhaftes Auftreten ließ jedoch zu wünschen übrig. Dies lag einerseits an der dezentralen Aktionsform des FrauenStreikTages am 8. März. Bewußt hatten die Veranstalterinnen zu vielfältigen regionalen Protestaktionen aufgerufen – angefangen von symbolischen Arbeitsniederlegungen und betrieblichen Diskussionen über Frauendiskriminierung, über Kauf- und Putzboykott bis hin zu witzig-phantasievollen Protestaktionen auf öffentlichen Plätzen. Dies erschwerte zumindest die öffentliche Wahrnehmung des breiten Frauenwiderstandes. Auch daß sich nicht alle Aktivitäten auf einen Tag – den internationalen Frauentag – konzentrierten, schwächte die Kräfte der Frauen, auch wenn die vom deutschen Frauenrat am 5. März organisierte Demonstration »Frauen bewegen das Land« dann offiziell als Auftaktveranstaltung des Frauenwiderstandes firmierte. Es hätte sicherlich auch vielen Frauen Sicherheit gegeben, wenn die Gewerkschaften wie 1991 in der Schweiz offiziell zum Frauenstreiktag (»Wenn Frau will, steht alles still«) und nicht nur zur Protestaktion aufgerufen hätten. Schließlich gab es in der Geschichte der Gewerkschaften viele politische Demonstrationsstreiks – z.B. Mahnstreiks für den Frieden – nur eben nicht zu Frauenanliegen.

RITA SÜSSMUTH ZEIGTE IHRE GRENZEN

Von diesen ganzen Hemmfaktoren einmal abgesehen, war es dann doch ein gelungener Auftakt. Vorausgesetzt, die Aktivitäten erschöpfen sich nicht in einem einzigen Aktionstag zu Beginn des Superwahljahres. Aber das wollten alle Rednerinnen der verschiedenen Kundgebungen nicht. Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies äußerte in Stuttgart die Hoffnung, »daß der heutige Arbeitsplatz noch vor Parteien und Verbänden haltmacht«. Der Streik allein sei nicht das »Ziel«, betonte auch die Schriftstellerin Gisela Notz bei einer Protestaktion im Bonner Regierungsviertel. Ursprünglich sollte direkt im Bundestag demonstriert werden – doch Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth verbot dies mit der Begründung, die Parlamentsräumlichkeiten dürften nicht für einen »unzulässigen« Streik mißbraucht werden. Unzulässig? Frauen gehören nicht ins Parlament? Gerade fing Rita Süssmuth an, sich der Frauenquote auch innerhalb der Union anzunähern, da offenbarte sie hier so undifferenziert ihre Grenzen.

Auch Bundesfrauenministerin Angela Merkel nutzte zwar medienträchtig die Demonstration des Frauenrates am Samstag. Am eigentlichen Frauenstreik war sie jedoch abgetaucht. Da konnte die streikvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kiefer am Montagnachmittag auf dem Bonner Münsterplatz zwar fordern: »Hoffentlich streikt Angela Merkel auch hier«. Aber wogegen sollte die Frauenministerin auch streiken – gegen die von ihr selbst verantwortete oder zumindest mitgetragene Frauenpolitik der Bundesregierung, unter der die meisten Frauen leiden? Gegen den entmündigenden 218-Gesetzentwurf der Koalition? Gegen ABM-Kürzungen und weiteren Sozialabbau zu Lasten von Frauen? Gegen ihr handzahmes Gleichstellungsgesetz, das die Privatwirtschaft völlig ungeschoren läßt? »Hören sie endlich auf, sich gegen die Quoten zu stellen!« ruft ihr Engelen-Kiefer unter Beifall der Demonstrantinnen zu. Auch die Teilzeitoffensive der Bundesregierung klebe immer noch am Bild der »dazuverdienenden Hausfrau«. Sozial abgesicherte Teilzeitarbeitsplätze, die dann auch für Männer interessant würden, verweigert diese Bundesregierung.

»JETZT SCHLÄGT'S 13«

Die Rede der führenden Gewerkschafterin wird immer wieder von Trillerpfeifen unterbrochen – pünktlich um 13 Uhr setzt ein ohrenbetäubender Krach ein – getreu dem Veranstaltungsmotto »Jetzt schlägt's 13«. Um das Bonner Rathaus wird eine lila Schleife geschlungen. Auch die Altstadt wird von den Bonnerinnen zur Frauenstadt umfunktioniert. In Berlin und Hannover wird in den Fußgängerzonen das Frauenspiel des Lebens »... und raus bist Du!« gespielt. Usw. usw. ●

Anzeige

Bürgerrechte & Polizei Informationsdienst

Neu! CILIP 47

Bürgerrechte & Polizei

Schwerpunkt:
Bundesgrenzschutz

Preis/Einzelheft: DM 10 p.V.
Jahresabo (3 Hefte)
Personen: DM 24 p.V.
Institutionen: DM 45 p.V.

Bestellungen an die Redaktion:
Bürgerrechte & Polizei/CILIP
c/o FU Berlin
Malteserstr. 74-100
D-12249 Berlin
Tel.: 030/7792-462
Fax: 030/775 10 73

BEHÖRDEN-UND UNTERNEHMER-UNFREUNDLICH

telegraph

Schwerpunkt-Themen sind:
Antifa, Stasi, Kriegsdienstverweigerung, Strukturen von Unten, wirtschaftliche- und politische Machenschaften der neuen (alten) "Herren" im Lande.
Aber auch kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Strukturen.
Der "telegraph" erscheint monatlich, ist zu erhalten über Infoläden und ausgesuchte Buchhandlungen, oder im Abo über: Redaktion "telegraph", Schliemannstr.22, O-1058 Berlin (ab 1.7.93: 10437)
Einzelhandelspreis: 04 DM
Jahresabo: 45 DM
Halbjahresabo: 23 DM
Probeabo (2 Ausg.) 06 DM
Auslandsabo: 60 DM
Förderabo: 70 DM

BRD: DATEN, BEFUNDE UNDLYSEN ZU SOZIOKULTURELLEN ZENTREN

»Keine weiteren Einsparungen!«

Seit über zwanzig Jahren gehören soziokulturelle Zentren und Initiativen in den westlichen Bundesländern zur kulturellen Infrastruktur in vielen Städten und Gemeinden. Eine neue Untersuchung der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren belegt die Nachfrage gleichzeitig aber auch die unsichere Zukunft angesichts diverser Spardrohungen.

6. Mai 1992: Trauermarsch durch Potsdams Straßen zur Beerdigung der Kultur — Foto: Manfred Rüdiger

Von Gerd Spieckermann (Essen) ● Die überwiegende Mehrzahl entstand Ende der 70er/ Anfang der 80er Jahre im Umfeld der Jugend- und Neuen Sozialen Bewegungen. Husmann/ Steinert (1) erfaßten 1987 in der bisher einzigen bundesweit durchgeführten Untersuchung achtzig Einrichtungen in Westdeutschland. Seitdem ist die Zahl der Zentren in der Bundesrepublik kontinuierlich gewachsen, was beispielhaft an der Mitgliederentwicklung der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V. nachvollzogen werden kann: (1987: 118, 1991: 132, 1993: 208, 1994:: 228).

Die gestiegene Bedeutung der Soziokultur fand auch ihren Ausdruck im politischen Bereich. Herausragendes Beispiel dafür ist die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zur Soziokultur: »Die Soziokultur ist in den letzten Jahren zu einer festen Größe im kulturellen Leben der Bundesrepublik Deutschland geworden. (...) Die Soziokultur ist ein wesentlicher Bestandteil der heutigen kulturellen Praxis. Sie vermittelt in zahlreichen Einrichtungen kulturelle Angebote außerhalb der etablierten Kulturbereiche und entwickelt in jenen Bereichen so nicht übliche Möglichkeiten sowohl zur öffentlichen Auseinandersetzung mit Kunst wie zur aktiven Beteiligung an ihrer Entstehung.« (1990)

Hinter der gewachsenen Bedeutung des soziokulturellen Praxisfeldes ist die empirische Bestandsaufnahme der strukturellen wie inhaltlichen Gegebenheiten der Einrichtungen zurückgeblieben. Neben dem bereits genannten Forschungsprojekt von Husmann/ Steinert existieren keine weiteren bundesweit durchgeführten Untersuchungen. Lediglich für einzelne Bundesländer wurde Datenmaterial soziokultureller Zentren und verwandter Bereiche erhoben.

Dies wiegt um so schwerer, da mit der deutschen Vereinigung auch in den ostdeutschen Bundesländern die Möglichkeiten zur Entfaltung einer soziokulturellen Infrastruktur geschaffen und diese auch von den Akteuren auf vielfältige Weise genutzt wurden. Dabei sind zwei Entwicklungen zu unterscheiden, die sich zwangsläufig von der Geschichte der Soziokultur in den alten Ländern abheben. Grob charakterisiert läßt sich sagen, daß einerseits Kultureinrichtungen neuen Typus entstanden – v.a. im und aus dem Umfeld der Bürgerbewegungen und der KünstlerInnen-Szenen – die, zielgerichtet die neugewonnenen Bewegungsspielräume nutzend, aktive kulturelle Arbeit auch als Beitrag zur gesellschaftlichen Umgestaltung im Sinne von Demokratie, Bürgernähe, Dezentralität begreifen.

Andererseits bestand für die ausgeprägte breitenkulturelle Infrastruktur in Form von bezirklichen oder auch betrieblichen Kulturhäusern die Notwendigkeit, nun unter geänderten gesellschaftlichen Vorzeichen, vorwiegend in kommunale Trägerschaften überführt, die Umstrukturierung und Neuorientierung der Einrichtungen zu gewährleisten. Auf diesem Hintergrund bildet sich in den neuen Ländern eine deutlich unterschiedliche soziokulturelle Landschaft, deren Spezifika Jörg Stüdemann wie folgt beschreibt: »Die Hypothek, daß Kunst in der DDR neben ihrer klassenkämpferischen Instrumentalisierung gleichfalls als Ausdruckssphäre gesellschaftlicher Gegenentwürfe oder oppositioneller Lebenshaltung eine entscheidende Position in der Gesellschaft einnehmen konnte, beeinflußt nachhaltig die innere Verfaßtheit soziokultureller Bestrebungen. Bemerkenswert ist der Raum, der heute hier Kunstprojekten gewährt wird. Berührungsängste (...) gegenüber konventionellen bürgernahen Kulturvereinen oder Freizeitzirkeln kennt die soziokulturelle Szene Ost nur sehr begrenzt. Daß soziokulturelle Einrichtungen zumindest in Sachsen zudem eine Palette sozialer und jugendpflegerischer Aufgaben abdecken (...) ergibt sich u.a. aus der relativ dünn entwickelten Trägerbasis von den Wohlfahrtsverbänden bis zu den Kirchen in diesem Feld. Soziokultur bekleidet eine vorübergehende Stellvertreterfunktion.«(2) Diese Unterschiedlichkeit muß im Zusammenhang mit der empirischen Erhebung immer mitgedacht werden, da sie zumindest teilweise die Vergleichbarkeit zwischen Ost und West eingrenzt und die Klassifikation als »soziokulturelles Zentrum« erschwert.

DIE UNTERSUCHUNG

Bei der Auswahl der zu befragenden Einrichtungen wurde davon ausgegangen, daß die Definition eines »soziokulturellen Zentrums« allein über die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte nicht zu leisten ist, da dabei Überschneidungen zu Bürgerhäusern, Jugendfreizeiteinrichtungen u.ä., aber auch zu kommerziell betriebenen Kultureinrichtungen nicht zu vermeiden wären. Daher wurden als Kriterien gewählt:

a) die Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren oder

b) die Mitgliedschaft in einer Landesvereinigung soziokultureller Zentren, auch wenn diese nicht Mitglied der Bundesvereinigung ist (Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Thüringen),

c) die Kooperation und Zusammenarbeit mit der Bundesvereinigung und/ oder Landesvereinigungen über einen längeren Zeitraum.

Das die Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes anhand von formalen Gesichtspunkten erfolgen muß, verdeutlicht natürlich – im Gegensatz zu anderen Kultureinrichtungen – die Heterogenität des untersuchten Praxisfeldes. Gleichwohl lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen, die ausreichend tragfähig sind, um die beschriebene Auswahl zu rechtfertigen. Die Mitglieder der Bundesvereinigung und der verschiedenen Landeszusammenschlüsse haben sich auf allgemeine Grundsätze geeinigt, die wie folgt zusammenzufassen sind:

- Betonung eines erweiterten Kulturbegriffs,
- Förderung der künstlerischen/ kreativen Eigenbetätigung,
- Integration verschiedener Altersgruppen,
- Einbeziehung von sozialen und ethnischen Minderheiten,
- nicht-kommerzielle Ausrichtung,
- Basis- und Nutzerorientierung,
- Gewährleistung von demokratischen Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen.

Nicht zuletzt ist ebenfalls von Bedeutung, daß sich mit der Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung oder von Landeszusammenschlüssen die Selbstdefinition als soziokulturelles Zentrum dokumentiert.

Versandt wurden insgesamt 311 Fragebögen, mehr als die Hälfte (165) haben geantwortet.

BESCHÄFTIGTE

Die personelle Ausstattung von Kultureinrichtungen ist sicherlich ein ganz entscheidender Faktor für die Gewährleistung eines qualitativ hochstehenden kulturellen Angebotes. Von daher galt in der durchgeführten Befragung der Beschäftigungssituation in soziokulturellen Zentren größte Aufmerksamkeit.

Es zeigte sich verdeutlicht ein eklatantes Mißverhältnis: fast 60% der in soziokulturellen Zentren anfallenden notwendigen Arbeiten wird unbezahlt – »ehrenamtlich« – geleistet.

Werden nur die 2.409 bezahlten Arbeitskräfte berücksichtigt, so befinden sich 58,5% der MitarbeiterInnen nicht in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, arbeiten also in aller Regel ohne grundlegende soziale Absicherung.

Von den befragten soziokulturellen Zentren müssen immerhin noch 11,4% völlig ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigte auskommen. 31% verfügen über keine, 19% nur über 1 – 2 unbefristete Personalstellen.

HAUSHALTSSTRUKTUR

Die Tatsache, daß soziokulturelle Zentren durchschnittlich7 38,8% ihres Haushalts selbst erwirtschaften, hebt sie von anderen Kultureinrichtungen, z.B. Theater, Museen, Orchestern, deutlich ab.

Allerdings befinden sich soziokulturelle Zentren hier ökonomisch in einem entscheidenden Zwiespalt: Grundsätzlich gilt, daß jede Mark, die von ihnen selbst erwirtschaftet wird, die zum eigenen Selbstverständnis gehörende politische, wirtschaftliche und organisatorische Selbständigkeit nach außen und die gewünschte inhaltliche Unabhängigkeit sowie den Erhalt von selbstverwalteten Strukturen nach innen sichern hilft.

Parallel dazu zwingt jedoch die erforderliche Eigenerwirtschaftung zu einer verstärkten Orientierung am Marktgeschehen. Dabei dürfen sowohl die BetreiberInnen von soziokulturellen Zentren als auch die öffentlichen Geldgeber, die verstärkt die Wirtschaftlichkeit von Kultureinrichtungen fordern, zwei entscheidende Gefahren nicht übersehen:

1. Der Anspruch der Soziokultur, möglichst vielen Menschen den Zugang zu kulturellen und künstlerischen Ereignissen zu öffnen, v.a. aber auch zur eigenständigen kreativen Tätigkeit anzuregen, gerät dann in Gefahr, wenn durch hohe Eintrittsgelder und Kursgebühren Bevölkerungsteile allein aus materiellen Gründen ausgeschlossen bleiben. Besonders spezielle Zielgruppen soziokultureller Zentren wie z.B. Kinder und Jugendliche, ausländische MitbürgerInnen wären als erste von einer solchen »selektierenden« Kulturpolitik betroffen.

2. Die alleinige Konzentration auf marktgängige Angebote führt zwangsläufig zum Verlust von innovativem Potential, zum Verzicht auf künstlerische Experimente, zur Aufgabe von nicht-profitablen Arbeitsfeldern (z.B. Sozial-und Stadtteilarbeit). Großer Publikumszuspruch und hohe Umsatzzahlen in den gastronomischen Bereichen allein sind keine Merkmale von inhaltlicher oder künstlerischer Qualität.

EINSCHÄTZUNG

Die genaue Betrachtung des erhobenen und hier dargelegten Datenmaterials zur Situation der soziokulturellen Zentren in der Bundesrepublik Deutschland 1992 kann nur wenig hoffnungsfroh stimmen.

Positiv ist zu vermerken, daß sich das Konzept Soziokultur in den letzten Jahren weiter verbreitet und längst den Rahmen von Großstädten gesprengt hat. In den neuen Bundesländern hat sich seit Ende 1989, also in weniger als fünf Jahren, eine differenzierte soziokulturelle Infrastruktur gebildet, auch wenn es nach wie vor noch »weiße Flecken« wie z.B. in Mecklenburg-Vorpommern zu geben scheint.

Desweiteren ist festzuhalten, daß die Bereitschaft des Publikums zugenommen hat, Angebote in soziokulturellen Zentren wahrzunehmen. Eine Hochrechnung auf Grundlage der festgestellten BesucherInnen-Zahlen ergibt, daß 1992 rund 14 Millionen Menschen an Veranstaltungen, Kursen u.ä. in den Einrichtungen teilgenommen haben. Als Gäste von Kneipen oder Cafés in den Zentren können mindestens weitere 6 Millionen Menschen kalkuliert werden, da diese erfahrungsgemäß gerade die entscheidenden »offenen Bereiche« oder die wichtigsten Kommunikationsorte, frei von Verzehr- oder ähnlichen Zwängen, bilden.

Die große Gefährdung soziokultureller Arbeitsansätze in der Bundesrepublik offenbart sich v.a. in der Personalsituation der befragten Einrichtungen. Die eigentlich auf Kontinuität angelegte Arbeit der Zentren ist momentan nur zu 10% auch personell längerfristig gesichert: Ungesicherte und unterbezahlte Arbeitsverhältnisse, Einbeziehung von individuellen Leistungsansprüchen an das Sozialversicherungssystem, unbezahlte Mehr- und sogenannte ehrenamtliche Arbeit kennzeichnen das Dilemma der Mehrzahl der Einrichtungen. Husmann und Steinert beschreiben dies völlig zu recht als ein »(...) sozialpolitisches Experimentierfeld, auf dem eine wirtschaftsliberale Vision einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft in ihren negativen Dimensionen vorgelebt wird: hochqualifizierte Mitarbeiter, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, das Abfinden mit kürzeren Zeiten des Beschäftigtseins, flexible Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung gepaart mit ständigen Überlastungen (...)«.

Auf die Risiken der derzeitigen Haushaltsstruktur von soziokulturellen Zentren mit einem hohen eigenerwirtschafteten Anteil an den Gesamtkosten ist bereits weiter oben hingewiesen worden. Es ist eine irrige Auffassung von Kulturpolitik und -verwaltung, mit dem Hinweis auf Professionalität und Effizienz von Kultureinrichtungen, diesen Bereich noch weiter ausdehnen zu wollen, ohne die Identität und die inhaltliche Ausformung der Zentren grundsätzlich in Richtung von reiner Kommerzialität zu verändern.

Fatalerweise spitzt sich die finanzielle Situation momentan noch weiter zu. Seit 1992 haben sich Veränderungen in der öffentlichen Förderungspolitik ergeben, die – insbesondere auch in den neuen Bundesländern – das soziokulturelle Arbeitsfeld zusätzlich belasten: Reduzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Reduzierung der Übergangsfinanzierung Kultur, Beschlüsse über pauschale Minderausgaben in Ländern und Gemeinden, Einschränkung der Vergabe von Projektmitteln u.a.

In der gegenwärtigen politischen Debatte um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten und um eine grundlegende Strukturreform der Kultureinrichtungen müssen die verantwortlichen PolitikerInnen zur Kenntnis nehmen, daß im soziokulturellen Bereich keine weiteren Einsparungen zu realisieren sind, ohne den Verlust eines Teils der Zentren billigend in Kauf zu nehmen. Die vorliegende Untersuchung macht im Gegenteil deutlich, daß 1. soziokulturelle Zentren durchaus Vorbildfunktion für andere Kultureinrichtungen im Sinne eines effizienten Einsatzes öffentlicher Mittel und einer hohen Wirtschaftlichkeit haben und daß 2. zur Konsolidierung des Arbeitsfeldes – und damit zum Erhalt eines kulturellen Angebotes für rund 14 Millionen Menschen – zielgerichtete Investitionen und Förderungen notwendig sind. ●

Anmerkungen:

(1) Udo Husmann, Thomas Steinert, Vielfalt als Konzeption. Zu der Arbeit soziokultureller Zentren und den Anforderungen an ihre Mitarbeiter. Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V., Bonn 1990

(2) Jörg Stüdemann, Soziokultur in Sachsen. In: Informationsdienst Soziokultur Nr. 4, Essen 1993

Ungekürzt nachzulesen in: InformationsdienstlzSoziokultur 1/94

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.

WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 66, April 1994

Schwerpunkt: Glanz und Elend - Die Modernisierung der Metropolen
Stadt der Inseln ... Metropolenvergleich: New York, L.A., Berlin ... Teleports ... Ökologische Stadterneuerung ... Kommunaler Klimaschutz

Naturwissenschaft und Technik:
Aluminium: Der Weltmarkt und die sozial-ökologischen Folgen

Gesellschaft und Politik:
Denkfabrik für Bio-EthikerInnen: Das Institut für Wissenschaft und Ethik ... EG-Datenschutz: Zwiedenken auf europäisch

Frauen:
Bildungsarbeit und Neue Technologien

Bestellen Sie mit diesem Coupon
☐ Probeheft für 3 DM in Briefmarken
☐ Das aktuelle Heft für 10 DM (Scheck!)
Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D - 52064 Aachen
Contrast

Anzeige

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
26

Religion und Gewalt

Missgluckte Sakularisierung, Nationalismus, Xenophobie, Antisemitismus, Esoterik, New Age, Mythen, Religioser Sozialismus, Theologischer Materialismus vs. Ökonomie des Todes, Psychoanalyse, Freuds Judentum, Vaterlose Gesellschaft und Gemeinschaftsgefuhl

D Claussen, H Zinser, E Gugenberger, P Leuzinger, W Spieler, H Thielen, M Jager, R Heim, M Zufle, B Rothschild, P Passett, E Modena

Diskussion

H Schappi Zum SPS-Wirtschaftsprogramm
R Graf Gramscis Gefangnishefte

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

13 Jg /Heft 26 · Dezember 1993

208 Seiten, Fr. 18.--
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich
Tel. 01 / 451 22 09

GENOSSENSCHAFTEN

SPD sucht Schulterschluß

Zu einer Diskussion über die Rahmenbedingungen von Genossenschaften in der Wirtschaftsordnung hatten SPD-Bundestagsfraktion und der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens am 24. Februar nach Bonn geladen. Vertreter der Fraktion, darunter Parteivorstands- und Präsidiumsmitglied Christoph Zöpel und der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Uwe Jens, sagten zu, sich im Falle eines Wahlerfolgs der SPD für die Belange der Genossenschaften einzusetzen.

Ludger Porada, Red. Genossenschaften ● Der Einladung ins Bundeshaus waren ca. 200 Personen aus der Genossenschaftsbewegung, den Gewerkschaften und interessierte Abgeordnete gefolgt. Im Einzelnen will sich die SPD für folgende Forderungen einsetzen:

- die Modifizierung von Steuergesetzen mit dem Ziel der Gleichstellung von Genossenschaften gegenüber anderen Unternehmensformen,
- die Modifizierung des Rabattgesetzes, wie es insbesondere von den Konsumgenossenschaften gefordert wurde und
- die steuerliche Förderung des genossenschaftlichen Wohneigentums.

In der Wohnungspolitik wolle sich die SPD, so Zöpel, für die Erleichterung von Neu- und Ausgründungen von Genossenschaften einsetzen. Mit Blick auf die neuen Bundesländer sollen Verbesserungen des Altschuldenhilfegesetzes erreicht werden. Bei der darin geforderten Privatisierung von 15% des Wohnungsbestands sollen MieterInnen bzw. Genossenschaftsmitglieder vorrangig berücksichtigt werden. Außerdem will die Partei die Gemeinden auffordern, Grund und Boden für den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu annehmbaren Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Für die Produktivgenossenschaften unterstreicht die SPD die Forderung nach Gleichstellung der Genossenschaften bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln. Außerdem wolle sich die SPD, betonte Zöpel, für die Förderung von Produktivvermögen in genossenschaftlicher Form sowie auch für die Bereitstellung von mehr Risikokapital einsetzen. Er stellte in Aussicht, sich um die Aufnahme der Genossenschaftsförderung in das Regierungsprogramm zu bemühen.

Trotz Wirtschaftskrise baute die FREIE SCHOLLE in den Jahren1930/31 ihr Genossenschaftshaus im Rahmen eines Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Im Friedrich Ebert Haus fanden zwischen 1931 und Anfang 1933 Genossenschafts-, SPD- und Gewerkschaftsversammlungen und Veranstaltungen des Kulturkatells, des Zusammenschlusses von SPD, Arbeitersport- und Arbeitergesangsverein statt.

»In der Scholle« wohnten fast ausnahmslos in den Gewerkschaften, der SPD, teilweise auch in der KPD organisierte Facharbeiter, Angestellte und Handwerker. Die wechselseitige Mitgliedschaft im Arbeiterturn- oder Gesangsverein, bei den Naturfreunden, der Sozialistischen Arbeiterjugend, den Kinderfreunden, den Arbeitersamaritern, den Esperantisten, der Büchergilde und dem Konsumverein stärkte den Zusammenhalt in der Siedlung und ließ im Gegensatz zu heutigen Neubausiedlungen eine eigene selbstbestimmte Siedlungskultur entstehen.
(Bielefeld, Heeper Fichten)

Genossenschaftsgesetz bleibt unangetastet

Die SPD machte sich die Einschätzung der Verbandsvertreter zu eigen, daß eine grundlegende Reform des Genossenschaftsgesetzes weder erwünscht noch sinnvoll sei. Damit wurde eine alte Forderung des »Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens« nach einer Herabsetzung der Mindestmitgliederzahl nicht mehr aufgegriffen. Die Mindestmitgliederzahl von sieben galt bisher als Haupthindernis bei der Gründung von Produktivgenossenschaften. Wesentliche Erleichterungen sehen hier Politiker und Praktiker in den Möglichkeiten des neuen Umwandlungsgesetzes. Das Gesetz, das in Kürze verabschiedet werden soll, erlaubt z.B. die einfache und steuerneutrale Umwandlung einer Personengesellschaft in die Rechtsform der Genossenschaft. Aufgrund dieser Regelung wird sogar eine Welle von Umgründungen erwartet. Hans Detlef Wülker, Vorstandsmitglied des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands, machte deutlich, daß weitere Veränderungen des Genossenschaftsgesetzes, die über die am 25. Dezember 1993 verabschiedeten Regelungen (Registerverfahrensbeschleunigungsgesetz und Vertreterversammlung) hinausgehen, nicht geplant sind. Europäischen Anstrengungen zur Harmonisierung der Genossenschaftsgesetze erteilte Wülker eine deutliche Absage.

Kritik von den Produktivgenossenschaften

Die Veranstalter mußten sich die Kritik von Vertretern der Produktivgenossenschaften gefallen lassen, ihre Interessen im offiziellen Tagungsablauf ungenügend berücksichtigt zu haben. Weder der Verband Deutscher Produktivgenossenschaften noch das Netz für Selbstorganisation waren auf dem Podium vertreten, wo die traditionellen Genossenschaften unter sich blieben. Nur Wolfgang Beywl als Vorstandsmitglied des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens machte auf die Bedeutung der Produktivgenossenschaften im Zusammenhang mit Beschäftigungspolitik aufmerksam. Er forderte die »alten« Genossenschaften zur Dialogbereitschaft auf. Vertreter der neuen Genossenschaften beklagten in der Diskussion immer wieder die restriktive Praxis der Verbände bei der Gründung neuer Genossenschaften. ●

KOMMENTAR:

SPD und Genossenschaften, ein schwieriges Verhältnis

Mehr als fünf Jahre nach Verabschiedung des Parteitagsbeschlusses von Nürnberg zur Reform der Genossenschaften befaßte sich erstmals wieder ein bedeutendes Parteigremium mit den Interessen der »Dritten Säule der Arbeiterbewegung«. »Wir Sozialdemokraten wollen dem traditionellen Genossenschaftswesen neue Anstöße geben und die Rahmenbedingungen für die Gründung von neuen Genossenschaften verbessern«, hieß es im Parteitagsbeschluß, der im wesentlichen folgenlos blieb. Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, ehemals als Mittler zwischen Politik und Praxis gegründet, führt seit Ende 1992 nur noch ein ehrenamtliches Schattendasein. Warum also ist das Verhältnis der beiden Kräfte der Arbeiterbewegung so unverbindlich, und woher kommt das plötzliche Interesse? Ist es die Nähe zu den Gewerkschaften, die mit der Gemeinwirtschaft auch gern die Genossenschaften begraben hätten, oder paßt das genossenschaftliche Identitätsprinzip von Kapital und Arbeit nicht ins sozialdemokratische Weltbild? Es scheint, als ob genossenschaftliche Problemlösungskompetenz nur in Krisenzeiten gefragt ist, wenn traditionelle Instrumente, wie z.B. in der Wohnungspolitik nicht mehr greifen. Auch in der Diskussion um die Bedeutung der Genossenschaften bei der Bewältigung der Beschäftigungskrise wurde deutlich, daß die SPD eine neue Orientierung dringend nötig hätte. Der politische Wille allein, mit klassischen Instrumenten Vollbeschäftigung zu erreichen, reicht sicher nicht aus. Eine weitergehende Diskussion, die sich nicht um eine offene, qualitative Analyse der gegenwärtigen Beschäftigungssituation herumdrückt, könnte auch der Genossenschaftsidee neuen Schwung verleihen. Dabei wäre auch zu hoffen, daß die SPD die Genossenschaftsidee nicht nur als »Notprogramm« betrachtet.

Ludger Porada

LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN

Mit allen Mitteln vom Markt verdrängen – Politik gegen unerwünschte Genossenschaften

Die Nachfolgebetriebe der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) sollen sich wirtschaftlich nicht stabilisieren. Zumindest politisch wird alles dafür getan. Mit den Altschulden aus der DDR-Zeit werden viele in den Ruin getrieben.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● »Es ist davon auszugehen, daß sich aus den sozialistischen Genossenschaften mehrheitlich eingetragene Genossenschaften bilden werden. Diese haben in beiden Bereichen, im landwirtschaftlichen wie im handwerklichen Bereich nur mittelfristige Existenzchancen. Ausnahmen könnten dabei die Regel bestätigen.....Mehrheitlich darf jedoch davon ausgegangen werden, daß in einem Zeitraum zwischen drei und sechs Jahren eine größere Zahl von LPeGen in deutlich wirtschaftlichen Schwierigkeiten sein werden. In wieweit hieraus dann Liquidationen, in welcher Form auch immer, gegeben sind, ist schwer abschätzbar. Mit hoher Wahrscheinlichkeit zu vermuten ist jedoch, daß kaum einer LPeG Existenzchacnen über eine Dekade hinaus ermöglicht werden dürfte.«

Diese Prognose stammt von dem Genossenschaftswissenschaftler Werner Großkopf. Sie steht in einer nicht veröffentlichten Studie, finanziert von der Deutschen Genossenschaftsbank, verteilt an alle Genossenschaftsverbände. Zu erfüllen scheint sich diese Voraussage schneller als erwartet. Laut der Zeitschrift Stern ist jede zweite der rund 3.000 noch bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften akut vom Konkurs bedroht. Der Jurist Friedrich Schmidt dazu: »Hier wird der Wirtschaftszweig plattgemacht, der als einziger in der früheren DDR wirklich funktionstüchtig war.«

ALTSCHULDEN ERDRÜCKEN

Hintergrund ist die Altschuldenproblematik: Die Altschuldenlast der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wird zur Wende auf 7,6 Milliarden DM bilanziert. Mit Zins und Zinseszins beläuft sie sich heute auf mehr als zehn Milliarden. In der DDR-Zeit wurden sie den Genossenschaften meist willkürlich ohne jeden Bezug zur eigentlichen Geschäftstätigkeit aufgebürdet.

Ein Beispiel: Die zur Zeit in Liquidation befindliche landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft Hedersleben mußte den Hederslebener Hof finanzieren. Dies ist ein Hotel- und Gaststättenbetrieb, der vor der Wende vorwiegend von Parteifunktionären genutzt wurde. Wie selbstverständlich ging er mit dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten ins Kommunaleigentum über. Die Kreditlast aber müssen laut Recherchen des Journalisten Harald Schröder die Genossenschaftsmitglieder tragen.

»Der Ruin ist staatlich verordnet. Denn selbst leistungsfähige Betriebe sind kaum in der Lage, Zins und Tildung für die Altschulden zu erwirtschaften«, so die Einschätzung im Stern. Beginn der Ungerechtigkeit ist die Währungsunion: Sparguthaben und Bargeld werden zum Kurs von eins zu zwei in DM umgetauscht, bis zu 6.000 DM sogar eins zu eins. Für Schuldner erweist sich dieses Verfahren als Katastrophe. Für die im Rahmen der Planwirtschaft aufgebürdeten Kredite gibt es meist keine entsprechenden Gegenwerte.

HART GEGEN LPG-NACHFOLGEBETRIEBE

Bei Firmen und Wohnungsunternehmen wird mittlerweile großzügig verfahren. Dagegen bleibt Bonn bei den ehemaligen LPGs auffällig hart. Vermutungen, daß hier auch die westdeutsche Bauernlobby eineRolle spielt, liegen nahe. Tatsächlich hätten viele bäuerliche Kleinbetriebe gegen die umstrukturierten ostdeutschen Großunternehmen mit einer entsprechenden Leistungsfähigkeit schlechte Chancen.

Daß ein solcher Wettbewerb nicht entsteht, dafür sorgt besonders intensiv die Deutsche Genossenschaftsbank. Sie will offensichtlich engagiert zur schnellen Erfüllung der von ihr finanzierten Prognose beitragen. Von ihr wurde die Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft (BLN) der ehemaligen DDR aufgekauft – Hauptgläubiger der ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe. Vorgeworfen wird der DG Bank, die Altschulden kompromißlos einzutreiben. Müssen landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften deshalb Konkurs anmelden, kann sie auf den Bund als Ausfallschuldner zurückgreifen. Der Magedburger Rechtsanwalt Raphael Deipenbrock sieht dies als staatliche Lizenz, die Betriebe in den Bankrott zu treiben.

KLAGEWELLE DROHT

Deipenbrock und sein Kollege stellen die Rechtmäßigkeit der Übernahme des DDR-Kreditinstituts durch die DG Bank in Frage. Nach ihrer Einschätzung wurden Vermögenwerte in Werten zwischen zwei und drei Milliarden DM gegenleistungsfrei übertragen. Damit sei gegen Grundsätze des Haushaltsrechts verstoßen worden: Der Vertrag ist nichtig. Schließt sich das Oberlandesgericht in Naumburg ihrer Auffassung an, dürften Schadensersatzforderungen gegen das Bundesfinanzministerium gute Chancen haben.

Gegen die Altlastenregelung ist sogar eine Beschwerde vorm Bundesverfassungsgericht anhängig. Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, Professor in Nürnberg, hat sie eingereicht. Er sieht hier »eine haushaltstechnische Manipulation, die sich vor keinem Grundrecht rechtfertigen läßt.« Auch hier kann, wird der Beschwerde stattgegeben, eine Welle von Schadensersatzforderungen folgen.

Nur für viele Landwirtschaftsbetriebe ist es dann schon zu spät. In einer Nachfolgestudie zur Entwicklung von Produktivgenossenschaften in der ehemaligen DDR - vielleicht vom gleichen Genossenschaftsinstitut - wird es dann wieder heißen:

»Bereits Aereboe stellte 1928 fest: 'Mögliche landwirtschaftliche Betriebsgenossenschaften sind immer nur dort und so lange lebensfähig gewesen, wie sie von großem religiösen Opfermut oder religiösem Fanatismus ihrer Mitglieder getragen werden. Im übrigen hat der genossenschaftliche Betrieb in der Landwirtschaft auf einer auch nur etwas weiter fortgeschrittenen Entwicklungsstufe den Wettbewerb mit den Privatbetrieben nirgend aushalten können.'« Mit Politik, so wird das Ergebnis dieser Studie sein, hat dies alles nichts zu tun. ●

ZU DDR-ZEITEN EINE WIRTSCHAFTLICHE KRAFT

Genaue Angaben über die Zahl der heutigen landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften in Ostdeutschland kursieren zur Zeit nicht in der Öffentlichkeit. Zum Ende der DDR-Ära gab es 3.844 »Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften« (LPG) mit rund 730.000 Beschäftigten. 75% von ihnen waren Genossenschaftsmitglieder. Die Kooperativen bewirtschafteten 86% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und produzierten 84% der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Ein Jahr später, am 1.1.1991, befinden sich knapp 20% in der Liquidation. Ein Drittel plant die Umwandlung in die Kapitalgesellschaft und hat sie zur Hälfte schon vollzogen, zwei Drittel wollen die Rechtsform der eG wählen, habendie Umwandlung aber erst zu 16% zu diesem Zeitpunkt hinter sich gebracht.

Anzeige

Politische Ökologie

Es ist Rezession – und alle machen mit?

Jetzt lesen!

Soll oder Haben
Umweltschutz in der Rezession

Politische Ökologie Nr. 36
14,80 DM

In der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
Politische Ökologie
Cosimastr. 4/II
81927 München
Tel. 089/91 79 40
Fax: 089/910 15 17

SAATGUTNACHBAU/PFLANZENZUCHT

SaatGUT

Dreschflegel heißt ein Zusammenschluß von Gärtner/innen und landwirtschaftlichen Betrieben, die sich mit der Nachzucht biologischen Saatgutes beschäftigen.

Von Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Unsere entfernten Vorfahren – so heißt es in einer Information der Dreschflegel GbR – ernährten sich von über 1.000 Wildgemüsesorten, von denen heute bereits 50% ausgestorben sind. Wir begnügen uns dagegen mit gerade 20 Gemüsearten. Das wesentliche Merkmal modernen Saatgutes ist hoher Ertrag. Die mangelnde Widerstandsfähigkeit wird durch Pestizideinsatz, die fehlende Anpassungsfähigkeit durch chemische Düngung ausgeglichen. Die industrielle Produktion im landwirtschaftlichen Bereich verlangt nach einheitlichen Pflanzen.

GENETISCHE VIELFALT ALTER LANDSORTEN

Früher hatte jeder Landstrich Deutschlands seine eigene Möhrensorte, seinen eigenen Kohl usw. Diese »alten Landsorten« paßten sich im Laufe der Jahrhunderte dem Boden und dem Klima der Gegend an. Sie besaßen eine hohe genetische Vielfalt und viele Möglichkeiten, auf äußere Faktoren angemessen zu reagieren. Heutzutage wird oft mit gebeiztem und vorgespritzten Saatgut oder Hybridsaatgut gearbeitet. Hybride bringen gute Ernten in der ersten Generation, werden in der Nachzucht aber unfruchtbar und degenerieren. So müssen jährlich die Samen beim Züchter nachgekauft werden. Die Züchtungen großer Saatbetriebe gehen in die Richtung industrieller Produktion: In Amerika wurde eine Tomate gezüchtet, die eine Aufprallgeschwindigkeit von 21,5 km/h verkraftet. Würfelförmige Tomaten und Tomatenerntemaschinen zeigen die Entwicklungsrichtung an.

ERFAHRUNG UND UNABHÄNGIKEIT DURCH NACHZUCHT

Kriterien für Dreschflegel-Saatgut sind: Unkrauttoleranz, Schädlings- und Krankheitstoleranz, Keimfähigkeit, Anpassungsfähigkeit an den Standort, Winter- und Dürreresistenz, Eignung für Mischkulturen, Wurzelbildung und Aufnahmefähigkeit für Nährstoffe, sowie der Geruch und der Geschmack neben dem Aussehen und dem Ertrag. Obwohl der Nachbau und die Nachzucht von Saatgut, Arbeit und Zeit kostet, macht es den Gärtner unabhängiger, bereichert ihn an Erfahrung und die Sorte paßt sich im Laufe der Jahre dem Standort an.

Der Dreschflegel ist offen für interessierte HobbygärtnerInnen und Anbaubetriebe, die an Saatgutnachbau und Pflanzenzucht interessiert sind. Er bietet für diejenigen, die biologisches Saatgut suchen, das in ihre Region paßt, viele – auch weniger bekannte – Sorten an, die alle freiblühend sind (keine Hybride). Weitere Informationen gibt es bei der Dreschflegel GbR · (biol Saatgut) · Wolfgang Kreimer · Föckinghauser Weg 9 · 49324 Melle · Tel. (0 54 22) 89 94 (17 bis 19 Uhr). ●

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Norbert Hofmeier wurde im August 1986 zusammen mit Thomas Thoene, Thomas Richter und Barbara Perau in Duisburg verhaftet und 1989 vom Staatsschutzsenat in Düsseldorf wegen Mitgliedschaft in der RAF und eines Sprengstoffanschlags auf den Sendemast einer Bundesgrenzschutzkaserne erst zu 10 Jahren, im Revisionsverfahren dann zu 8 Jahren Haft verurteilt. Bis zum Prozeß war er in Ossendorf, während des Prozesses in Düsseldorf, und seitdem ist er in Bochum inhaftiert.

Im „Mai-Papier" der RAF von 1982 wurde das Konzept einer gemeinsamen revolutionären Front entworfen, das in unterschiedlichen Zusammenhängen diskutiert und teilweise umgesetzt wurde, von direkter Auseinandersetzung mit Gefangenen aus der RAF bis hin zu Sprengstoffanschlägen von illegalen Militanten (kämpfenden Einheiten) vor allem 1985/86. Der Staatsschutz reagierte u.a. mit der Verhaftung von legal lebenden Menschen aus dem antiimperialistischen Widerstand – der Illegalen konnte er nicht habhaft werden.

In den Prozessen wurde die „Gesamt-RAF" konstruiert, um alle Gefangenen wegen Mitgliedschaft in der RAF verurteilen zu können und einen möglichst hohen Abschreckungseffekt zu erreichen.

Norbert war und ist weder RAF noch illegaler Militanter. Die Verurteilung beruhte auf politischer Gesinnung.

Norbert Hofmeiers politische Geschichte beginnt mit den Ausläufern der Studentenbewegung. Anfang der 70er Jahre zog er nach Duisburg und arbeitete bis zu seiner Verhaftung als Maschinenschlosser bei Thyssen. Er war Teil der linksradikalen Bewegung ab Mitte der 70er Jahre: der Kämpfe gegen Fahrpreiserhöhung, der Anti-AKW-Bewegung, Hausbesetzungen, internationaler Solidaritätsbewegung. Als Konsequenz seiner Politik gehörte er zu denjenigen, die sich mit dem Mai-Papier auseinandersetzten und eine direkte Auseinandersetzung mit Gefangenen aus der RAF führten.

Im August 1994 wird Norbert nach Ablauf der vollen acht Jahre endlich entlassen werden.

NEUE BROSCHÜRE FÜR UMWELTFREUNDLICHES REISEN

Übernachtungsverzeichnis für Rad-WanderInnen auf dem Öko-Hof

In diesem vom saarländischen »Arbeitskreis ökologisches Reisen« herausgegebenen Verzeichnis sind Adressen von ökologisch wirtschaftenden LandwirtInnen aus 16 europäischen Ländern aufgeführt, die für einzelne Übernachtungen oder z.T. auch längere Aufenthalte eingerichtet sind. Die jeweiligen Möglichkeiten der Unterbringung sind in der Regel abhängig von der Jahreszeit und nach Absprache kann ein ausgiebiger »Urlaub auf dem Bauernhof« verlebt werden.

Die Formen der Unterbringung sind vielfältig und reichen von Zeltplätzen, über Unterbringungen im Stroh und Heu, bis hin zu eingerichteten Zimmern mit Verpflegungsmöglichkeiten. Die Unkostenbeiträge pro Übernachtung sind entsprechend gestaffelt und speziell zu erfragen.

Aufgeführt werden Anschriften aus Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schottland, Schweden, Schweiz, Spanien und Ungarn.

Die 82-seitige Broschüre im DIN A5-Format kostet bis zum 15.5.94 14 DM, danach kostet sie 16 DM. Hinzu kommen Versandkosten von jeweils 4 DM. Bestellungen werden durch Vorauskasse in bar oder durch Verrechnungsscheck entgegengenommen.

Bestellungen bis Ende April bei: Arbeitskreis Ökologisches Reisen, Rainer Driewer, Zum Hirtengarten, 66440 Blieskastel. Ab Mai: Christine Dittmann, Mindener Weg 6, 32457 Porta Westfalica

WiederverkäuferInnen

Für WiederverkäuferInnen kostet die Broschüre bei Abnahme von mindestens 3 Exemplaren 11 DM/Sück incl. Versand.

Anzeige

ökowerk
Unser Konzept für Ihre Altersversorgung
★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!
Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

KURZMELDUNGEN

Ausstellung zu neuen Wohnformen

Oft wird Kritik laut, wenn es um Zersiedelung, Autoverkehr und allgemeine Naturzerstörung geht. Konstruktive Vorschläge zur Verbesserung sind dünn gesät. Die im Kultur-Cafe ProVisorium in 72622 Nürtingen (Heiligkreuzstr.) bis 21. April dauernde Ausstellung »Wege zu neuen Wohn- und Lebensformen« von Günter Kretzschmar zeigt das Modell einer Stadt der kurzen Wege. Umweltschutz und Lebensqualität werden hier großgeschrieben. Am 20. April um 19.30 Uhr wird eine Podiumsdiskussion im Cafe ProVisorium stattfinden. Das Cafe ProVisorium ist donnerstags von 19 bis 1 Uhr und samstags von 11 bis 15 und 19 bis 1 Uhr geöffnet. Ein Besuch lohnt sich!

Raumgifte – erkennen und vermeiden

Gifte stecken in vielen Baumaterialien und beeinträchtigen unsere Gesundheit. Seit diese Problematik ins öffentliche Bewußtsein gerückt ist, werden auch viele Alternativen angeboten. Für VerbraucherInnen ist es oft schwierig, sich auf diesem neuen Markt zurechtzufinden und zu entscheiden, was für die eigenen Bedürfnisse und Möglichkeiten richtig ist.

Bereits zum vierten Mal findet dazu im Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen des Vereins für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V. ein **Bildungsurlaub statt. Die Referenten, ein Architekt und ein Schreiner, wollen einen Überblick über »Gifte« geben, mit denen Wohnungen ausgestattet werden, wie diese Stoffe vermieden werden können und wie bei Ausbau, Renovierung, Pflege und Hygiene Rücksicht auf die Gesundheit und die Umwelt genommen werden kann. Neben der Auseinandersetzung mit umweltbewußtem VerbraucherInnenverhalten soll in einem praktischen Teil der Umgang mit verträglichen Materialien geübt werden. Zur Abrundung sind auch interessante Exkursionen in einen Ökobaumarkt, ein Umweltlabor und eine giftstoffsanierte Schule geplant. Der Bildungsurlaub findet statt vom 6. bis 10.6.1994.**
Information & Anmeldung:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1 · 34620 Kaufungen

Aktuelle Workcampliste

Soeben ist »Was tun? – Was tun! die aktuelle Workcampliste des Christlichen Friedensdienstes« erschienen. Sie enthält Informationen über mehr als 250 Workcamps im In- und Ausland für das Jahr 1994.

In Workcamps kommen junge Menschen aus verschiedenen Ländern zusammen, um in einem 2-3 wöchigen Arbeitseinsatz ein soziales oder politisches Projekt zu unterstützen. Nach Frankreich können auch junge Erwachsene unter 18 Jahren vermittelt werden.

Die Jugendlichen leben, lernen und arbeiten zusammen und haben die Möglichkeit, das Ferienland und seine Leute einmal anders kennenzulernen, als auf den Wegen des Massentourismus. Dabei sind die Selbstorganisation und die Eigeninitiative der Gruppe wichtig. Der cfd bietet Arbeitsprojekte in Ägypten, Armenien, Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Italien, Lettland, Litauen, Libanon, Kroatien, Marokko, Niederlande, Polen, Portugal, Rußland, Spanien, Syrien, Tschechische Republik, Tunesien, Ukraine, Ungarn, Weißrußland, USA, Zypern an.

Die Anmeldegebühr beträgt im Inland 110 DM, das Mindestalter ist 17 Jahre. Für Camps im Ausland beträgt die Anmeldegebühr 240 DM für Teilnehmende aus Westdeutschland, Teilnehmende aus Ostdeutschland zahlen 200 DM, das Mindestalter ist in der Regel 18 Jahre. Die Anreise organisieren die Teilnehmenden selber und tragen auch die Kosten. Die Projektpartner stellen freie Unterkunft und Verpflegung.

Die Workcampliste ist gegen ein Rückporto von 4 DM in Briefmarken beim Christlichen Friedensdienst, Rendelerstr. 9-11, 60385 Frankfurt/Main zu erhalten.

Natur pur !

Im Rahmen eines Bildungsurlaubes veranstaltet das »Netzwerk für Bildung und Kultur e.V.« in Kiel zwei Seminare zu den Themen »Moor« (13.-17.6.94) und »Gewässer« (19.-23.9.94). Die beiden fünftägigen Seminare bringen die TeilnehmerInnen hautnah mit der Natur in Kontakt. Nähere Informationen gibt es beim Netzwerk für Bildung und Kultur e.V., Iltisstr. 58, 24143 Kiel.

REZENSIONEN

Widerstand gegen die Vernichtung

Meist herrscht in der (linken) Öffentlichkeit bei der Betrachtung der Shoah das Bild vor, die Juden und Jüdinnen seien wehrlos in ihren Tod gegangen. In weiten Teilen ist dies angesichts der erdrückenden Übermacht der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschine und des Antisemitismus in den Bevölkerungen der von Deutschland besetzten Ländern richtig. Ein weiterer Grund war die Unmöglichkeit für die Juden und Jüdinnen, sich das Unglaubliche vorzustellen.

Aber es gab auch Widerstand. Die spektakulärsten Ereignisse, außer dem Aufstand im Warschauer Ghetto und dem in Treblinka, sind die Revolte im KZ Sobibor im Oktober 1943, desweiteren sprengten am 7. Oktober 1944 im KZ Auschwitz Häftlinge einen Teil des Krematoriums in die Luft.

Aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto erschien schon letztes Jahr »Revolte gegen die Vernichtung«. In ihm schildert Reuben Ainsztein den jüdischen Widerstand gegen die Liquidierung des Warschauer Ghettos, der am 19. April 1943 in eine offene Revolte mündete. Das Buch ist eine minutiöse Schilderung der »militärischen« Ereignisse der Vorbereitung und während des Aufstandes aus der Sicht der Beteiligten. Die Entstehung der unterschiedlichen Widerstands- und Kampfgruppen und ihre widersprüchliche Zusammenarbeit vor und während des Aufstandes wird erläutert. Dabei wird auch das schwierige Verhältnis der jüdischen Aufständischen zu den außerhalb des Ghettos operierenden PartisanInneneinheiten deutlich, die den Aufstand, wenn überhaupt, nur widerwillig unterstützten.

Jean-Francois Steiner beschreibt in »Treblinka« den Aufstand im KZ Treblinka, in das auch die meisten JüdInnen aus dem Ghetto des nur einige hundert Kilometer entfernten Warschau verschleppt worden waren. Dieser fand – kurz vor der geplanten Auflösung des Lagers – am 2. August 1943 statt. 600 von 1.000 Insassen gelang die Flucht. Nach einer kurzen Schilderung der Ereignisse im litauischen Wilna, wo nach dem Einmarsch der Deutschen im Jahr 1941 40.000 Juden und Jüdinnen ermordet werden, wird der entwürdigende Lageralltag in Treblinka und die aufkeimende Widerstandsbereitschaft ausführlich beschrieben. Die mühevolle Planung ist wegen der geplanten Auflösung des Lagers ein Wettlauf mit der Zeit und dem eigenen Tod. Inmitten der brennenden Berge wieder ausgegrabener Leichen wird der Aufstand vorbereitet, die Aufständischen sind immer wieder mit Rückschlägen konfrontiert, müssen ihre Pläne ändern, schließlich glückt der Massenausbruch. Nur 40 derer, die fliehen können, erleben das Kriegsende.

Die beiden Bücher sind wie Erzählungen geschrieben und lesen sich deshalb – wenn mensch von den grauenhaften Tatsachen absieht – nicht wie ein Sachbuch (obwohl Ainsztein viele Fakten liefert). Vor allem das Handeln der einzelnen AkteurInnen, ihre Motive und Ängste werden beschrieben. Hauptmotiv war, sich – auch wenn keine Aussicht auf Erfolg bestand – zu wehren, nicht wehrlos in den Tod zu gehen und, wenn möglich, der Nachwelt von den Greueltaten der Nationalsozialisten zu berichten.

Die Reihe »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits-und Sozialpolitik« erscheint seit Nummer 11 im sozialrevolutionären Verlag »Schwarze Risse«, der damit das Erscheinen dieser fast einzigartigen Zeitschrift weiter ermöglicht. Der links-renommierte Rotbuch-Verlag sah sich unter Angabe ökonomischer Gründe zu einer weiteren Betreuung nicht mehr imstande. Wer politische Differenzen vermutet, dürfte nicht ganz falsch liegen: das Projekt »militanter« HistorikerInnen passte wohl nicht mehr in das national-liberale Verlagsprogramm. Die aktuelle Ausgabe der jährlich erscheinenden »Beiträge« hat Arbeitsmigration und Flucht im Zwischenkriegseuropa zum Thema. Nach einem Beitrag der Flüchtlingsbewegungen im historischen Längsschnitt von ca. 1850 bis heute behandelt (Eberhard Jungfer), beschreibt Susanne Heim die Zwangsemigration der JüdInnen von 1933 bis 1938. Ahlrich Meyer beschreibt die Flucht von JüdInnen aus Osteuropa nach Frankreich und wie diese sich in die dort entstehende Widerstandsbewegung einbrachten. Horst Kahrs analysiert den Arbeitskräftetransfer von Polen nach Deutschland im ersten Drittel dieses Jahrhunderts und arbeitet heraus, wie Flüchtlingspolitik Resultat staatlicher Arbeitsmarktpolitik einerseits, und andererseits der Wanderungsbewegungen von unten hin zu Arbeit und Reichtum ist. ●

Bernd Hüttner

Reuben Ainsztein: Revolte gegen die Vernichtung. Der Aufstand im Warschauer Ghetto; Verlag Schwarze Risse Berlin 1993; 228 S. mit Fototeil, 25 DM
Jean-Francois Steiner: Treblinka. Die Revolte eines Vernichtungslagers; Harald Kater Verlag Berlin 1994; 342 S., 29,80 DM
Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Band 11: Arbeitsmigration und Flucht; Verlag Schwarze Risse Berlin 1993; 228 S., 26 DM

Wege zur Permakultur

»Das Buch »Wege zur Permalkultur« beschreibt Situationen, in denen sich Menschen mit Permakultur beschäftigen. Es versucht keine Wahrheiten über Permakultur zu finden, es will Eindrücke vermitteln.« Mit dieser nüchternen Werbung auf der Rückseite ist dieses Buch treffend charakterisiert; eine Charakterisierung , die die große Schwäche und – auf der anderen Seite – große Stärke dieses Bandes bereits anklingen läßt. Beginnen möchte ich mit dem, was mich nicht befriedigte: Permakultur ist in den USA eng verbunden mit dem dortigen Bioregionalismus, eine ernstzunehmende spirituell-politische Bewegung, die über eine eigene Geschichte verfügt und neben einem naturnahen Gemüseanbau auch interessante ganzheitliche Sichtweisen entwickelt hat. Davon erfährt der/die LeserIn fast nichts. Da Permakultur bei uns im deutschen Sprachraum nicht gerade zur Allgemeinbildung gehört, wäre eine erklärende, sachlich ausgewogene Einführung in die Thematik wünschenswert.

Dennoch bietet dieses Buch, das die Entwicklung und Realisierung der praktischen Anwendung des Permakulturkonzeptes in Niedersachsen beschreibt, durchaus Interessantes; allerdings dürften vor allem Insider der alternativen Öko-, Spirit- und Kommuneszene hier eine sprudelnde Info-Quelle vorfinden. Erfolge und Mißerfolge der verschiedenen Permakulturprojekte werden anschaulich dargestellt. Was mir dabei positiv auffiel, war die große Bedeutung von »Gemeinschaft«, von Zusammenhalt, die in einzelnen Beiträgen thematisiert wird. Betrüblich ist, daß es – im Gegensatz zu Australien oder den USA – nach 10 Jahren Permakultur in Deutschland kein diesbezügliches, wirtschaftlich überlebensfähiges Projekt gibt. Die Zukunft der deutschen Permakultur soll nun – so einzelne Autoren dieses Bandes – verstärkt in den Städten verwirklicht werden. Dazu wünsche ich gutes Gelingen! Das ist etwas, was wir wirklich nötig hätten.

Roman Schweidlenka

Percy Greube (Hg): Wege zur Permakultur, Piks Verlag, o.O. 1993, 200 Seiten, 25,80 DM.

JOBSUCHE

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

Druckermeister (mit Ausbildungsberechtigung), 33 Jahre, mit Erfahrung in selbstverwalteten und »normalen« Betrieben, sucht neue Tätigkeit. Möglichst AV, Kalkulation, Kundenberatung oder Ausbildung. Bin örtlich ungebunden.
Ralf Barth
Burggrafenlacherweg 3
65428 Rüsselsheim
☎ (0 61 42) 1 55 86

PROJEKTE

Frau 37, kommuneerprobt und einigermaßen lebenserfahren, sucht neue Gruppe auf dem Lande, in der Miteinander und ehrlicher Kontakt das wesentliche sind. Talente und Mängel sind jeweils reichlich vorhanden:
Conni Scherrle, Arndtstr. 30,
10965 Berlin
☎ (0 30) 693 75 10

Libertäres Projekt in Neustadt a. d. Weinstraße sucht für Projektierung einer Druckerei engagierte/n Offsetdrukkerln. Kontakt:
☎ (0 63 21) 3 50 55 (Elli)

Familie (32, 35, 2, 2, Kinderkrankenschwester, Gärtner/Landespfleger) suhen Menschen, junge Familien, Hof, zur Gründung einer Hofgemeinschaft, bzw. Einstieg in bestehende.
Jutta und Reinhard Nigge
Agavenstr. 5
44289 Dortmund

Landprojekt mit momentan 5 Erw. und 4 Kindern sucht ab 1.4.94 2 Menschen, davon mindestens 1 Frau, zum einsteigen. Sie oder er sollte Interesse an Nebenerwerbs-Garten, Hofkäserei oder Landwirtschaft haben. Es gibt auch noch Raum für neue, andere Bereiche. Hollerhof, Holunderstr. 8, 27321 Morsum-Oetzen.

Wendland: Wir, bald zu dritt, suchen Mitbewohner mit Kleinkind für WG bei größerem Gemeinschaftsprojekt auf anthroposophischer Basis. Brachliegende Holzwerkstatt und viele weitere Möglichkeiten. Titus & Mareille, ☎ (0 58 55) 6 30

VERSCHENKE

Dampfmaschine, Generator, Kessel, und Feuerung zu verschenken. War Stromerzeuger im großen Sägewerk. 150 PS. ☎ (0 42 83) 8815 & 7 15.

SONSTIGES

Wir bringen Euch in Schwung bei Tagungen, Kongressen, Betriebsfesten und anderen Feiern. Politisches Aktionstheater und Mitspielaktionen.
Fordert Informationen an bei:
KLAUS, die Gruppe für ungewöhnliche Maßnahmen, Tel. & Fax (0 61 51) 5 34 53

NICARAGUA

Nicaragua im Würgegriff von IWF und Weltbank
Bei einer Arbeitslosigkeit von ca. 70% ist die Übernahme »ihres« Betriebes durch die ArbeiterInnen oft die letzte Lösung um dessen Schließung zu verhindern. Der **Werkhof e.V.** will das »Überleben« dieser ArbeitnehmerInnenbetriebe sicherstellen und unterstützt die Betriebe mit Ausbildung, Beratung und Finanzmitteln.
Weitere Infos bei:
Werkhof e.V. · Rundeturmstr. 16
64283 Darmstadt
Spendenkonto: PGiro Fffm Nr.
117315-602, BLZ 500 100 60

graswurzel revolution

Seit über 20 Jahren und jeden Monat neu
Die Graswurzelrevolution (GWR):
anarchistisch, gewaltfrei, antisexistisch

Superqualjahr

In der GWR zu lesen: Wir haben keine Wahl / militärische und gewaltfreie Interventionen in Bosnien / Volker Rühe ist beleidigt / Antirassistische Telefone / Kurt Wafner erzählt von Querdenkern unterm Stahlhelm / Vergessene Kriege im Kaukasus / Mexiko: Rebellion im "Land des Frühlings" / Kampagne "Stoppt Nazi–Zeitungen" / Anarchismus und die Gewaltfrage / Sexuelle Gewalt gegen Jungen / Die Anti–AKW–Bewegung ist wieder da: schlanker, fröhlicher und mit Mut zum Erfolg / Antifaschismus und die Rechte der Tiere: Wie eine Gesellschaft mit den Tieren umgeht, offenbart viel über ihr wahres Gesicht / u.v.a.m.

Schnupperabo (4 Ausgaben) gibt es
gegen Einsendung eines 10 DM–Scheines an
GWR, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow

Für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 1/1994
Schwerpunkt:
Demokratie & Recht
- Verstaatlichte Demokratie
- BürgermeisterIn als Volkstribun
- Wer kontrolliert die Kontrolleure?
- Der liebe Gott und die Bundesbank
- Selbstbedienungsladen Bundestag

Weitere Themen:
- Polit. Justiz, §ammel§urium u.v.m.

Probe-Abo
(ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 Mark
Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13, 33602 Bielefeld

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM.
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

UTOPIE

Broschüre, 60 Seiten, 5,50 (+ 1,50 Porto) DM

Ideen für eine freiheitlich-solidarische Gesellschaftsordnung

- mit Marktwirtschaft aber ohne Kapitalisten
- mit Politik aber ohne Nationalstaaten
- Mit Weltwirtschaft aber ohne Armut
- mit Konflikten aber ohne Gewalt

Bestellung mit Briefmarken oder Scheck an das Gewaltfreie Aktionsbündnis Hamburg, Nernstweg 32, 22765 HH oder Überweisung an Enno Prahm, PGA Hmb, BLZ 200 100 20, Kontonr. : 60 49 10 - 205.

Über – blick bekommen!

Bei den fünf Ökoführerschein–Seminaren verschaffen sich Jugendliche Überblick in Sachen Natur und Umwelt.

Interessiert, fit zu werden in Sachen Umweltschutz?

Dann Infos anfordern:

Projekt Ökoführerschein
Herrlichkeit 1b
27283 Verden/Aller

Ein gemeinsames Projekt mehrerer Jugend – und Umweltverbänden

Bijî Azadî!

Freiheit für Kurdistan!

-32seitige Broschüre von StudentInnen, die 1992 und 1993 an Delegationsreisen nach Nord-West-Kurdistan teilnahmen.

Inhalt: Bericht über eine Delegationsreise/ Einlenken oder Umdenken?-Die Arbeiterpartei Kurdistans am Scheideweg/ "Widerstand heißt leben!"-Kampf in den Knästen/ Das GAP-Projekt/ "Kein Gott! Kein Staat! Kein Vaterland!"/ Die Zeitung "ÖZGÜR GÜNDEM"/ Der Krieg in Kurdistan und die deutsche Öffentlichkeit/ Die deutsch-türk. Wirtschaftsbeziehungen/ Die Studierenden in Kurdistan und das türk.Hochschulsystem/ "Es gibt wichtigere Fragen als die akademischen!"/ "Gott, Domestostürk und die Fliegen"
Ein Exemplar: 4 DM in Briefmarken. Jedes weitere Exemplar: 2 DM. Bitte bar und im Voraus!
Kontakt- und Bestelladresse: Infogruppe Bankrott (Kurdistanbroschüre), c/o FS Politik, Scharnhorststr.103, 48151 Münster.

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.1/94 (Nr.48) enthält u.a.:

Herby Sachs:
Aufstand in Chiapas
Augenzeugenbericht 1.1.-3.1.
★
Michael Wilk:
Staatlichkeit als Okkupation Teil 2
★
Gregor Dill:
Masse und Mythos Kritik an G. Sorel
★
Ronald Ofteringer:
Über Krieg und Befreiungskampf in Kurdistan
★
Agentur BILWET:
Medien oder Barbarei
★
Interview mit Agentur BILWET
★
Manon Tuckfeld/J.C. Müller:
Zur Kritik an der Rosa Luxemburg-Nostalgie
★
Ferner: Fußball und die extreme Rechte, Die Rolle von Krankheiten im Ausbau von Disziplinierung und sozialer Kontrolle, Bremer Anarchosyndikalisten vor 1933, Rezensionen, Die Unregierbaren, Kongreß- und Tagungsberichte etc.
72 S., 7.-

Trotzdem ★ Verlag
Kurzfristig im Programm (Mai)
Noam Chomsky
Clintons Vision –
die neue Außenpolitik der USA
ca. 80 S., 10.-

Trotzdem ★ Verlag + SF-Redaktion
PF 1159, D-7043 Grafenau/Württ.
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264

AKP

Alternative Kommunal Politik

Manches ist gar nicht zum Lachen . . .
. . . in der Kommunalpolitik. Denn dort existiert zuviel Altparteienfilz, zuviel tagespolitisches Klein-Klein, zuwenig ökologisches und soziales Bewußtsein. Als Zeitschriftenprojekt der grün-bürgerbewegten, kommunalpolitischen Szene zeigen wir neue - bessere - Wege auf.

Die AKP berichtet laufend in Schwerpunkten über alle wichtigen Felder der Kommunalpolitik wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr, Frauenpolitik, Dritte-Welt-Solidarität, Asyl usw.

Ein Nachrichten- und Magazinteil sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

★ ★ ★

Die AKP erscheint 6 mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 9.- DM (zzgl. 2.- Versand), das Abo gibt es portofrei für 54.- DM. Auslandsabos kosten 75.- DM. Gesamtkatalog oder kostenloses Probeheft anfordern:

Redaktion und Vertrieb:

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 Fax. 05 21/17 75 68

Fachzeitschrift für alternative Kommunalpolitik

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01099 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 12049 Berlin, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; **Alternative Energie/Technik:** 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe:** 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Genossenschaften:** 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk:** 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; **Jugendumweltbewegung:** 37073 Göttingen, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Güterbahnhofstr. 10, ☎ (0551) 48 71 03, Fax (0551) 48 71 04; **Sozialpolitik:** 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Naturkost:** 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 67434 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Jahnstr. 11, ☎ (06321) 73 91, Fax (06321) 3 47 01
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.1;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp;
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

BTX: Seite *3821001#
Mailbox:
CONTRASTELINK-N.nbg.sub.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

SCHREINEREIEN

Vom 22.April bis 24. April ist es wieder so weit: Ein Wochenende in der Handwerkergenossenschaft in Mannheim zum Thema der Herkunft auch »ökologischer« Hölzer. Kommt nun nach dem Tropenholzboykott auch der Boykott der borealen Hölzer wie z.B. aus Kanada, Skandinavien oder Sibirien? Ergeben Ökolabels einen Sinn bei der Einkaufspolitik? Ob nun endgültig vom Ende der Wälder gesprochen werden muß oder Gegensteuern noch hilft, beantwortet Dipl. Biologe Rudolf Fenner von Robin Wood. Welche Maßstäbe Industrie und Handel von ökologisch zertifizierten Produkten anlegen, beantwortet voraussichtlich ein Referent des derzeit größten Handelsunternehmens mit ökologischen Plattenmaterialien. Arbeitsgruppen zu den Möglichkeiten des Handelns selbstverwalteter Schreinereien stehen gleichfalls auf dem Programm wie der Austausch der Neuigkeiten des letzten halben Jahres. Anmeldung und Kontakt bei Doris Lehmann, Handwerkergenossenschaft, Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24 in 68159 Mannheim. Fax ist 0621/105517. Anmeldungen sind ab sofort erwünscht.

TISCHLERINNEN

Das 5. Bundesweite Tischlerinnentreffen findet in diesem Jahr vom 23. bis 25.9. in der Nähe von Kassel statt. Informationen dazu bei: Fiona Dancy, Kirchweg 1, 34269 Kaufungen.

HESSEN-REIHE:

Wege aus der Krise – hin zum Regenbogen
Mit dieser Auftaktveranstaltung zur Veranstaltungsreihe für selbstverwaltete Betriebe in Hessen wird gleichzeitig Rückschau gehalten auf die Entwicklung der letzten 10 Jahre. VertreterInnen aus mehreren, schon lange existierenden Betrieben werden darstellen, was denn ihren Betrieb so einmalig macht und welche Umbrüche oder Strukturveränderungen zur jetzigen, erfolgreichen Betriebsform geführt haben. Ziel ist, Erfahrungen für andere transparent zu machen und gemeinsam Problemlösungsstrategien zu diskutieren.
Eingeladen sind VertreterInnen von ASH Krebsmühle, Blätterwald, Wagner & Co., Werkhof Darmstadt, AUEN.
Termin: Samstag, 23. April 1994, 10 bis 17 Uhr, abends Fest
Ort: Ökozentrum, Schäfergasse 46, Frankfurt
Anmeldung: AG Seminarreihe im VSBH, Karin Schröder, Lindenstr. 33a, 36037 Fulda

ISO/CASH COOP

Verhandlungsführung
Im Seminar Verhandlungsführung für selbstorganisierte Projekte & gemeinnützige Vereine vom 9. bis 11.5.94 in Dietzenbach sind noch 5 Plätze frei. Im Seminar soll die Fähigkeit der TeilnehmerInnen, erfolgreiche Verhandlungen zu führen v. a. durch Selbsterfahrung weiterentwickelt werden. Kosten: 420 DM für 3 Trainingstage (incl. Übernachtung & Verpflegung). Trainer: Fritz Wartenpfuhl – Frankfurt, Hermann Bullinger – Felsberg.
Anmeldung: ISO / cash-coop
Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt
☎ (0 69) 70 30 03

KOMMUNE NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine schon über sieben Jahre bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit rund 60 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin:
10.-12.6.94
»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen bei dem Aufbau einer eigenen Altersversorgung.
Schwerpunkte des Seminars werden sein:
- Altersversorgung durch Schatzbildung oder Solidargemeinschaft?
- Staatliche Altersversorgung, private Lebensversicherung oder betriebliche Altersvorsorge?
- Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge (Direktzusage, Pensionsrückstellungen, Unterstützungskasse, Pensionskasse) und ihre rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Konsequenzen.

Anhand der Situationen der TeilnehmerInnen werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten erläutert und diskutiert werden.
Termin: 8.-10.5.94
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen
Kirchstr. 1
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 30 15

BAG DER LEBENSMITTELCOOP

Kooperativen – eine sozial-ökonomische Alternative in dieser Gesellschaft?
9. Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen vom 12. bis 15.5.94 in Bremen
Anmeldung & Tagungsunterlagen:
Frank Weber · Pfingststr. 3
38118 Braunschweig
☎ (05 31) 89 21 78

NETZ-SEMINARREIHE

Motivation und teamorientierte Führung
Termin: 29. bis 30.4.94 in Neckargerach
Die Datev-Buchführung als betriebliches Analyse-, Kontroll- und Planungsinstrument
Termin: 19. bis 20.5.94 in Freiburg
Gute Ideen noch besser verkaufen. Mit Marketingkommunikation und Werbung zu mehr Erfolg
Termin: 2.5.94 in Frankfurt
Einführung in die Moderationstechnik
Termin: 26. bis 27.5.94 in Düsseldorf
Anmeldung & Information:
Netz-Bildung
Börnestr. 10
40211 Düsseldorf
☎ (02 11) 164 95 83
Fax 35 15 91

MÜNSTER

Ziel- und Entscheidungsfindung in kooperativ geführten Betrieben und Projekten
16. bis 20.5.94, als Bildungsurlaub anerkannt.
Information & Anmeldung:
Projektwerkstatt Bildungswerk
Achtermannstr. 10-12
88143 Münster
☎ (02 51) 51 11 77

JUGENDUMWELTBEWEGUNG

Anders leben – anders arbeiten
Die vorgezeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, Ausbeutung der meisten Menschen auf der Erde. Hierarchien in der Gesellschaft, Konsumorientierung sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, dezentrale Strukturen sind Ansätze für eine neue herrschaftslose Gesellschaft, wie sie in libertären Theorien beschrieben wird.
Termine für die Einführungsseminare:
20.-24.5. Verden (Pfingsten)
27.-29.5. Läufertsmühle (b. Heidelberg)
10.-12.6. Asel (Ostfriesland)
Anmeldung & Information:
Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden

netz NRW
Huckarder Straße 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 16 24 76

netz Hessen (VSBH)
Schäfergasse 46
60313 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 / 131 04 07

netz Baden-Württemberg
Erwinstraße 29
79102 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761 / 70 90 23

netz Bremen
c/o Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstraße 12-19
28203 Bremen
Tel.: 0421 / 70 14 61

netz Bayern
c/o IBPro
Kaulbachstraße 85
80802 München
Tel.: 089 / 34 57 23

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

netz NRW
Börnestraße 10
40211 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 164 95 83

netz NRW
Staufenstraße 27
48145 Münster
Tel. 0251 / 3 31 99

SONSTIGES

Rhetorik für Jugendliche
Wir haben viel zu sagen!
Du lernst auf diesem Seminar, wie Du auf Gruppen wirkst, wie Du eine Rede gliederst, wie daß, was Du sagst, auch gehört wird. Trotzdem – eine Erfolgsgarantie ist damit nicht zu haben. Denn zu erfolgreicher Kommunikation gehören immer zwei oder mehr Menschen. Ebenso einen großen Anteil übernehmen deshalb bei dem Seminar Übungen zum Aktiven Zuhören, zum Konsensprinzip und gleichberechtigter und konstruktiver Gruppenrhetorik. Dabei versuchen wir als TeamerInnen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Hintergrundinformationen und praktischen Ausprobieren zu schaffen.
Termine: 13.-15.5.94 und 16.-18.9.94 (Verden)
Kosten: 30 bis 60 DM nach Selbsteinschätzung
Information & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie & Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden

»Raumgifte – erkennen und vermeiden
Industrieinteressen und (Ohn)Macht der VerbraucherInnen.« Bildungsurlaub vom 6. bis 10.6.94 im Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen, ☎ (0 56 05) 30 15. Teilnahmegebühr: 240,– DM

»Wo leb' ich denn?«
Eine Tagung zur Zukunft von Stadt und Land vom 25. bis 27.4.94.
Die Ökologiestation Bremen und die Stiftung Worpswede veranstalten eine gemeinsame Tagung mit dem Ziel, mit der örtlichen Bevölkerung der Teufelsmoor-Wümme-Niederung und umzu über deren Zukunft zu diskutieren und anschließend Initiativgruppen zu gründen, die sich mit Themen wie Landwirtschaft und Naturschutz, lokale Ökonomie und kulturelle Identität der Region beschäftigen und die Ergebnisse in die Tat umsetzen wollen.
»Keine Planung vom grünen Tisch, aber von Betroffenen für Betroffene« ist die Devise der VeranstalterInnen. ExpertInnen aus In- und Ausland werden ebenso teilnehmen wie eine Delegation aus der »Partnerregion« Odermündung (Mecklenburg/Vorpommern – Wojewodschaft Szczecin, Polen).
Wer an einer Teilnahme interessiert ist, kann das Tagungsprogramm anfordern bei der Ökologiestation, Am Güthpol 9, 28757 Bremen, ☎ (04 21) 658 46 36, Fax 658 46 26.

FORUM BÜRGERINNEN- UND BÜRGERBEWEGUNG:

Zukunft der Arbeit – Zukunft der Demokratie
Freitag, 29.4.: Eröffnung im Plenum – Offene Fragen an die Zukunft der BügerInnenbewegung
Anschließend: Podiumsdiskussion zum Thema: »Direktwahl des Bundespräsidenten – Pro und Contra«
Samstag, 30.4.: 10 Uhr: Einführung in die Foren d. Wolfgang Ullmann
10.30 Uhr: Aufteilung in Foren
1. Forum Arbeit & Wirtschaft
Einleitungsbeiträge: Astrid Zinsmeier (UnternehmensGrün), Raimund Bleischwitz (»Weizäcker-Institut«, Wuppertal
11.30-12.30 Uhr: Diskusssion
Arbeitsgruppen (14-18 Uhr):
AG 1: Arbeit – Menschenrecht oder Kostenfaktor? Arbeit für alle! Wie ist das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe an der Arbeit zu erreichen? (Thesen: Prof. Peter Grottian, FU Berlin)
AG 2: Steuerreform, Ökosteuer und soziale Absicherung (Thesen: Astrid Zinsmeier (UnternehmensGrün) und N.N. (BUND)
AG 3: Wege und Chancen einer alternativen Ökonomie. Modelle und Projekte der Selbsthilfe... (Dr. Maria Icking, Düsseldorf – Netz); Projekt LETS: Prof. Gottschalk, Frankfurt/Main)
AG 4: Müssen die Gewerkschaften ihre Rolle verändern? Denkanstöße von innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften. (Klaus Grehm, Arbeitslosenverband und Prof. Jürgen Hofmann, ÖTV)
2. Forum Demokratie & BürgerInnenbeteiligung
10.30 Uhr: Einleitungsbeiträge von Prof. Andreas Gross (Eurotopia, Zürich) u. Gerald Häfner (Bündnis 90/Die Grünen, angefr.)
11.30-12.30 Uhr: Diskusssion
Arbeitsgruppen (14-18 Uhr):
AG 1: Das Demokratiedefizit der Europäischen Union
AG 2: Runde Tische – Elemente einer erneuerten Demokratie?
AG 3: Einmischung in eigener Sache: Bürgerbeteiligung im allgemeinen und konkreten, zum Beispiel in Umweltfragen
18 Uhr: BÖRSE: Initiativen stellen sich vor / Offener Abend, Kulturprogramm
Sonntag, 1.5.: 9.30 Uhr Ergebnisse der Arbeitsgruppen/Beschlüsse im Plenum
11.30 Uhr: Beschlüsse und Beratungen zur organisatorischen Weiterarbeit des Forum BürgerInnenbewegung
13 Uhr: Ende des Kongresses
Weitere Informationen:
Forum BürgerInnenbewegung
Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165
10117 Berlin
☎ (0 30) 229 13 96
Fax 207 16 12

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Moderation
Arbeitstechniken einer Gruppenmoderation
Termin: 28. bis 29.4.94, jeweils 10-16.30 Uhr
Frauen im beruflichen Auf- und Umbruch
Termin: 2. bis 6.5.94, jeweils von 10-15 Uhr
Buchführung für Freiberuflerinnen
Termin: 27. bis 29.5.94, 27.5. von 16-20 Uhr, 28./29.5. von 10-16 Uhr
Erzieherin – und nun? aussteigen, umschulen, weiterbilden?
Termin: 30.-31.5.94, jeweils 10-17 Uhr
Information & Anmeldung
Frau und Arbeit
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

FRAUENsICHT e.V.

Ohnmächtige Wut und mörderischer Haß – Agressionstraining für Beraterinnen sexuell mißbrauchter Frauen und Mädchen vom 27.06. bis 1.7.94 in Charlottenberg/Westerwald. **Anmeldeschluß: 25.4.94.**
Information & Anmeldung:
FrauenSicht e.V.
Feministische Weiterbildung
Holbeinstr. 32
50733 Köln
☎ (02 21) 737 000

HESSEN-REIHE

Frauen starten in die Selbständigkeit
Eine tolle Idee oder einfach nur der Wunsch, zusammen mit anderen Frauen sich eine eigene Existenz aufzubauen? Dieses Seminar soll Frauen einen Überblick über die wichtigsten Stationen auf dem Weg in den eigenen Betrieb geben. Dazu Informationen und Fachwissen zu folgenden Themen:
- Rechtsformen (mit Vor- und Nachteilen)
- gesetzliche Bestimmungen/Auflagen
- Kostenplanung/Umsatzentwicklung/Finanzierungsplan
- Markt- und Strukturanalyse
- Marketing

Diskussion zu Hindernissen und Stolpersteinen auf dem Weg in die Selbständigkeit, wie Vorurteile gegenüber Gründerinnen, Doppelbelastung, fehlendes Eigenkapital, branchenfremde Gründung.
Termin: 6.5., 14-19 Uhr und 7.5.94, 10-15 Uhr
Leitung/Ort: Gudrun Krieger und Christiane Stapp-Osterod, Frankfurter Frauenbetriebe
Anmeldung/Information: AG Seminarreihe im VSBH, Karin Schröder, Lindenstr. 33a 36037 Fulda

REGIONALENTWICKLUNG

Region in Aktion – oder: Region im Abseits?
– Wohin steuert die (ländliche) Regionalentwicklung in Baden-Württemberg?
Termin: 10. Mai 1994 in der Volkshochschule Ulm.
Anmeldung & Information:
Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg e.V.
Franken-Dom-Str. 74
97944 Boxberg-Wölchingen

GESUNDHEIT

Zukunft der Gesundheit
Perspektiven sozial-ökologischer Gesudheitspolitik und -arbeit
Termin: 10. bis 12.06.94 in Soest/NRW
Anmeldung & Information:
Gesundheits-Akademie
Braunschweiger Str. 53b
28205 Bremen

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

— Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1